

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

1868



1893



1918

Nummer 26

Berlin 29. Juni 1918

26. Jahrgang

Ruhig troht der Wald

Stehen viele Bäume in einem Wald,
Denn ein Stamm gibt dem andern Stamm erst rechten Halt.
In der Tiefe verschlingen Millionen Wurzeln die knorrigen Hände.
Ruhig troht der Wald jedem Sturm im Gelände.

In der grünen Tiefe klingen Säge und Beil,
Dröhnen dumpfe Hämmer auf Klammer und Eisenkeil.
Brechende Äste, stürzender Bäume saufender Niederfall.
Uralter Arbeit Schaffenswiderhall!

Aus dem scharfgezahnten Rachen des Gatters dringt
Stöhnen und Köcheln. Bis es den harten Stamm bezwingt,
Stößt das Gatter den heißen Atem in die flimmernde Luft.
Mensch und Erde stauben von herber Arbeit herbem Duft.

Endlose Säle, in bläuliche Schleier gehüllt . . .
Hobel gleiten, Meißel stoßen, die Säge brüllt.
Millionen Hände tasten den schmalen Weg zwischen Riemen und Rad
Auf der Arbeit gefahren- und todumlauertem Pfad.

Hobel, der über Kanten und Ecken schleift,
Säge, die mit fressenden Zähnen durch jede Faser beißt,
Meißel und Bohrer, gestemmt in jeden Kern,
Singen alle das Lied vom Wald, doch der Wald ist fern.

Aber sein hohes Lied will nimmer ruhn,
Summt in alles Sinnen, klingt in jedes Tun,
Mahnt und spornet, tönt schöner Verheißung voll,
Wenn nur ein Feder tut, was er kann und soll.

Stehen viele Bäume in einem Wald,
Denn ein Stamm gibt dem andern Stamm erst rechten Halt.
In der Tiefe verschlingen Millionen Wurzeln die knorrigen Hände.
Ruhig troht der Wald jedem Sturm im Gelände.

Karl Bräger.



1868 - 1893 - 1918

Das Jubiläum unseres Verbandes fällt in eine Zeit, die nicht recht angetan ist, zu jubilieren und Feste zu feiern. Aber deshalb soll dieser wichtige Erinnerungstag in der Geschichte unserer Organisation nicht unbemerkt vorübergehen. Ein Doppeljubiläum ist es, das wir begehen können: Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband ist ein Vierteljahrhundert alt, und 50 Jahre sind verflossen, seitdem die erste gewerkschaftliche Zentralorganisation der deutschen Holzarbeiter gegründet wurde.

Am 1. Juli 1893 ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband ins Leben getreten. Seine Gründung ist auf dem Kongress der deutschen Holzarbeiter beschlossen worden, der in den Tagen vom 4. bis 7. April 1893 in Kassel tagte. Es berührt eigenartig, daß auf diesem Kongress der 25 Jahre zuvor erfolgten Gründung der Holzarbeiter-Gewerkschaft mit keinem Wort gedacht wurde. Die Gegenwart und die nächste Zukunft nahmen offenbar die Gemüter der Kongrestteilnehmer dermaßen in Anspruch, daß sie nicht dazu kamen, den Blick auch rückwärts schweifen zu lassen. Unter den Teilnehmern des Kasseler Kongresses waren sicher einige, die auch schon der alten Organisation angehört hatten, aber die Erinnerung an die Tätigkeit der Holzarbeiter-Gewerkschaft war verwischt. Zwar wird der Name ihres Gründers und Führers, des tatkräftigen Theodor York, auch heute noch rühmend genannt, wenn man der besten Männer aus der deutschen Arbeiterbewegung gedenkt, aber der von ihm geleiteten Holzarbeiter-Gewerkschaft war kein langes Leben beschieden. Sie hatte den Kampf gegen eine Konkurrenzorganisation zu führen. Und als der Bruderkampf schließlich beigelegt war, die konkurrierenden Verbände sich verschmolzen hatten und die Bahn frei wurde für eine gesunde Entwicklung, da kam das Sozialistengesetz und zerstörte mit brutaler Gewalt alle aufsteigenden Hoffnungen.

Die Gründungsgeschichte der Holzarbeiter-Gewerkschaft führt uns zurück in die Zeit der Kämpfe um das Koalitionsrecht, aber auch in die Zeit des Bruderkampfes zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen, den „Kassaleanern“ und den „Eisenachern“. In den Parlamenten wurden damals heftige Kämpfe wegen der Aufhebung der Koalitionsverbote geführt, aber erst die am 1. Oktober 1869 in Kraft getretene Gewerbeordnung brachte den Arbeitern das bescheidene Maß von Koalitionsfreiheit, dessen wir uns auch heute noch erfreuen.

In Erwartung der Aufhebung der Koalitionsverbote rüsteten sich die politischen Parteien, die sich auf die Arbeiter stützten — neben den beiden sozialdemokratischen Fraktionen auch die Fortschrittspartei — zur Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen. Als erster erschien der von Kassale gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein auf dem Plan. Seine Führer Schweizer und Frisshöfer beriefen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress, der am 26. September 1868 in Berlin eröffnet wurde. Hier erfolgte die Gründung einer Reihe zentralisierter Berufsverbände, darunter auch die der Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Die älteste auf modern-gewerkschaftlicher Grundlage errichtete Organisation der Holzarbeiter ist von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden. Das macht es erklärlich, daß der unselbige Bruderkrieg, der die Sozialdemokratie damals in zwei Lager spaltete, auch bei den stets politisch sehr regen Holzarbeitern lauten Widerhall fand. Die Gründung einer gegen die „Gewerkschaft“ gerichteten Konkurrenzorganisation unter dem Namen „Allgemeiner Tischler- (Schreiner-) Verein“ erfolgte zwar erst einige Jahre später, aber der Gegensatz zwischen den beiden Organisationen war so stark, daß er sogar die Einigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen überdauerte. Erst im Jahre 1877 konnte die Verschmelzung der beiden Organisationen zum „Bund der Tischler- und verwandten Berufsgenossen“ als endgültig vollzogen betrachtet werden. Wenige Monate später wurde der Bund auf Grund des inzwischen in Kraft getretenen Sozialistengesetzes aufgelöst.

Das Sozialistengesetz war ein großartiger Mißerfolg der Bismarckschen Politik. Bestimmt, die Sozialdemokratie zu vernichten, hat es bewirkt, daß sie unter seiner Geltung zur stärksten Partei in Deutschland heranwuchs. Unter der Verfolgungswut der Behörden litten die Gewerkschaften in gleicher Weise wie die politischen Organisationen, aber der Organisationsgedanke ließ sich nicht unterdrücken. Als der erste Schrecken des Sozialistengesetzes überwunden war, ging man daran, neue Gewerkschaften ins Leben zu rufen; zunächst in Gestalt von örtlichen Fachvereinen. Über ihnen schwebte fortwährend das Damoklesschwert der polizeilichen Auflösung und in nicht wenigen Fällen ist es auch vernichtend niedergefallen, aber die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes machte Fortschritte. Trotz der gesetzlichen Schwierigkeiten traten die Fachvereine der verschiedenen Städte miteinander in Verbindung, und sehr bald wurden wieder Zentralverbände ins Leben gerufen, darunter der Deutsche Tischlerverband, der im Jahre 1883 gegründet wurde.

Nach 12jähriger Dauer war das Sozialistengesetz am 30. September 1890 abgelaufen, und die nun gewonnene verhältnismäßige Freiheit wurde sofort benutzt, um die Gewerkschaften organisatorisch auszubauen. Am 16. November 1890 tagte in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften, auf welcher die Generalkommission ins Leben gerufen wurde. In der Folge wurde sehr eifrig über die beste Organisationsform diskutiert. Die Schaffung umfassender Industrieverbände wurde als erstrebenswertes Ziel bezeichnet, man glaubte aber dieses Ziel nur allmählich erreichen zu können. Die Generalkommission hatte als Zwischenstufe „Unionen“ vorgeschlagen, eine lose Verbindung der Verbände der verwandten Berufe. Die Entwicklung ist über diese Zwischenstufe hinweggegangen. Der Industrieverband wird schon lange als die beste Organisationsform anerkannt.

Die Berufsorganisationen der Arbeiter der Holzindustrie waren mit die ersten, die aus der Erkenntnis des Nutzens des Industrieverbandes die praktischen Konsequenzen zogen. Auf dem Holzarbeiterkongress

zu Kassel im April 1893 waren vertreten die Verbände der Bildhauer, der Drechsler, der Glaser, der an Holzbearbeitungsmaschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter, der Ristenmacher Berlins, der Korbmacher, der Stellmacher, der Tapezierer und der Tischler. Nur ein Teil dieser Verbände trat sofort dem neugegründeten Deutschen Holzarbeiter-Verband bei, nämlich die Verbände der Ristenmacher, der Drechsler, der Stellmacher und der Tischler. Der Tischler-Verband war der weitaus größte dieser Verbände. Dessen Vorsitzender, Karl Kloss, wurde auch zum Vorsitzenden des neuen Verbandes berufen. Als zweiter Vorsitzender wurde der Drechsler Theodor Leipart gewählt. Als Sitz des Verbandes wurde Stuttgart bestimmt, wo auch der Tischler-Verband seinen Sitz hatte.

Ueberblickt man die Entwicklung unseres Verbandes in den 25 Jahren seines Bestehens, dann kann man sagen, daß die bei seiner Gründung gehegten Erwartungen nicht nur in reichem Maße erfüllt, sondern weit übertroffen wurden. Das Tätigkeitsgebiet des Verbandes hat sich nach jeder Richtung erweitert. Im Laufe der Jahre hat sich eine Reihe von weiteren Berufsverbänden mit unserem Verband verschmolzen. Noch umfasst er nicht alle zur Holzindustrie gehörigen Berufsgruppen. Es war aber bisher Grundsatz in unserem Verband, keinen Druck auf andere Organisationen auszuüben, um ihren Anschluß zu beschleunigen. Mit den in Frage kommenden Berufsverbänden, die aus irgendeinem ihnen wichtig dünkenden Grunde ihre Selbstständigkeit wahren wollen, unterhält unser Verband jederzeit ein freundschaftliches Verhältnis.

Die Angehörigen der Berufsgruppen, die zugunsten des Holzarbeiter-Verbandes auf ihre eigene Berufsorganisation verzichtet haben, hatten noch keinen Anlaß, diesen Verzicht zu bereuen. Der große Industrieverband kann die Interessen seiner Mitglieder viel wirksamer wahrnehmen, als es eine kleine Branchenorganisation vermöchte. In der Führung von Lohnkämpfen und bei der Eringung günstiger Arbeitsbedingungen kann der Industrieverband erfolgreicher operieren als der Berufsverband, und die Angehörigen keiner der im Holzarbeiter-Verband vertretenen Berufsgruppen konnten sich bisher über Vernachlässigung in dieser Hinsicht beklagen. Für die Pflege der besonderen Brancheninteressen sind in allen größeren Zahlstellen besondere Sektionen eingerichtet; durch Branchenkonzferenzen und vornehmlich durch die Zentral-Kommissionen wird die Verbindung zwischen den Berufsangehörigen in den verschiedenen Orten aufrechterhalten.

Durch die Zusammenfassung der Arbeiter aus den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie ist nicht nur die Mitgliederzahl des Holzarbeiter-Verbandes gewaltig gestiegen, im gleichen Maße sind unser Ansehen und unser Einfluß bei Freund und Feind gewachsen. Wir haben uns bei den Unternehmern durchgesetzt. Ein weit ausgebautenes Netz von Tarifverträgen regelt die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Branchen, und wir sind unausgesetzt bemüht, dieses Netz zu erweitern und zu vertiefen.

Wohl wissen wir, daß wir von den Zielen, die wir erstreben, noch weit entfernt sind. Unermüdllich müssen wir auf dem Posten sein, das Erreichte zu sichern, und stets müssen wir uns zum Kampf bereit halten, um weitere Fortschritte zu erzielen. Die Erkenntnis der Unvollkommenheit der heutigen Zustände kann uns aber nicht hindern, mit Bestriedigung auf den seither zurückgelegten Weg zurückzublicken. Nicht nur direkt durch seine Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch durch eine umfangreiche sozialpolitische Tätigkeit, durch seine Bemühungen zum Schutz der Arbeiter vor den Berufsgefahren, durch ein wohlausgebautes Unterstützungs-system, durch eine umfangreiche Wirksamkeit zur Erweiterung des geistigen Gesichtskreises der Berufsangehörigen hat unser Verband Großes geleistet zur Hebung der Lage der Holzarbeiter. Die stolze Entwicklung unseres Verbandes in den 25 Jahren seines Bestehens wird so recht sinnfällig, wenn man die bescheidenen Räume in Stuttgart, die zuerst das Verbandsbureau beherbergten, mit dem stattlichen verbandseigenen Gebäude in Berlin vergleicht, in welchem die Verbandsleitung jetzt ihren Sitz hat.

Der lang dauernde Krieg hat den Aufstieg unseres Verbandes gehemmt. Seit über 100 000 Verbandsmitglieder sind ins Feld gezogen, viele von ihnen haben in der Verteidigung der Heimat ihr Leben lassen müssen. Ihrer gedenken wir mit Behmut bei unserem Verbandsjubiläum. Die Kollegen, die hinausgezogen sind zur Verteidigung des Vaterlandes, haben auch unsern Verband geschützt und sich wohlverdient gemacht um unsere Organisation. Die schweren Schläge, die der Krieg unserm Verband versetzt hat, sind jetzt überwunden, wir marschieren wieder vorwärts. Wohl wissen wir, daß uns noch schwere Prüfungen bevorstehen, aber unser Verband hat seine Widerstandskraft bewiesen, und wir dürfen seiner künftigen Entwicklung mit Zuversicht entgegensehen.

Fünzig Jahre sind verflossen seit der Gründung der ersten gewerkschaftlichen Zentralorganisation der Holzarbeiter. Die Gewerkschaft der Holzarbeiter hat es nur zu einer bescheidenen Blüte gebracht, aber dennoch bliden wir voller Achtung zu jenen ältesten Pionieren unserer Bewegung auf. Sie haben bahnbrechend gewirkt und mit dazu beigetragen, daß wir nachgeborenen vorwärts kommen konnten. Die gleiche Anerkennung gebührt jenen Kollegen, die vor 25 Jahren an der Wiege unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gestanden haben. Ein gut Teil von ihnen wirkt noch in unserer Mitte für ihre alten Ideale, viele sind gestorben, manche haben ihre Fahne verlassen. Gleichviel, das Gebäude, das sie damals errichtet haben, hat sich als standfest erwiesen. Der heutigen Generation obliegt es, das Erbe, das wir von unseren Vorgängern übernommen haben, zu hegen und zu pflegen. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist unser Heiligum; er ist unser Schutz und Schirm in allen Nöten. Möge er weiter blühen, wachsen und gedeihen! M. Ranjer.

Zum Ehrentag der Deutschen Holzarbeiter.

Die Holzarbeiterbewegung in Deutschland ist nur ein Teil der nationalen und internationalen allgemeinen Arbeiterbewegung, deren kulturell-ökonomische Bestrebungen und Ziele in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die besten Kräfte der deutschen organisierten Holzarbeiter freiwillig in sich aufgenommen und mit ganzer Hingabe an das Allgemeininteresse gefördert haben. In den 50 Jahren, die jetzt vollendet sind, hat die Arbeiterbewegung der ganzen Welt bedeutende Erfolge errungen. Die deutschen Holzarbeiter haben daran mitgearbeitet, die großen Widerstände, die gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse stets aufs neue aufgetürmt worden sind, zu brechen. Die in der allgemeinen Arbeiterbewegung erzielten Fortschritte, zu denen wir mitgeholfen haben, waren die Vorbedingung für die Entwicklung unserer eigenen Organisation. Die Genugtuung über die Größe der Holzarbeiterbewegung und über unsere Erfolge verdanken wir also nicht den eigenen angestrengten Bemühungen allein, sondern ebenso sehr dem Zusammenwirken aller Kräfte in der gesamten Arbeiterbewegung. Dieser Dankespflicht bewußt, entbieten wir allen Arbeitsbrüdern im Reich und jenseits der Landesgrenzen an unserem heutigen Ehrentage unseren aufrichtigen Gruß!

Mit Liebe und tiefem Empfinden grüßen wir auch unsere Verbandskollegen im Kriegsheer. Wir gedenken mit Wehmut derer, die in den blutigen Schlachten ihr Leben opfern mußten, und erwarten voller Hoffnung die Heimkehrenden, von denen wir wissen, daß sie mit Sehnsucht des Tages harren, der sie, nach glücklichem Ueberstehen aller Mühsale und Gefahren, in unsere Reihen zurückführen wird.

In der Erinnerung an die Vergangenheit gedenken wir ferner mit dankbaren Gefühlen der alten Kämpfer aus den eigenen Reihen, die mit soviel Idealismus und Treue, mit soviel Uneigennützigkeit und Ausdauer und unter so großen Opfern den steinigen Boden fruchtbar gemacht haben, damit der ausgestreute Samen der Organisation zur geistlichen Entwicklung kommen konnte.

Ihre Zahl war im Anfang klein. Es hat eine lange Zeit gedauert, bis sie zu wachsen begann. Unermüßlich setzte das Mühen um die Aufklärung fort. Erst waren es hunderte, dann tausende und endlich zehntausende Helfer, die in all den Jahren, die hinter uns liegen, ihre Feiertage und ihre Sonntage der Agitation für den Verband gewidmet haben. Die vielfach sogar die Familie vernachlässigten, weil Sitzungen und Versammlungen im Dienst des Verbandes ihnen wichtiger galten.

Unsern Dank den Frauen, die ihren Mann, und den Kindern, die ihren Vater dem Verband hingegeben und dafür selber ihn so oft entbehrt haben. Aber die Opfer, die sie damit gebracht, und die Dienste, die diese Männer und Väter für die große gemeinsame Arbeiterfamilie geleistet haben, waren notwendig und nützlich für den allgemeinen Fortschritt. Es sind nicht die schlechtesten Familienväter, die ihre Kräfte auch dem Gemeinwohl widmen, von dem doch das Wohl des einzelnen stets abhängig ist.

Der Dienst in der Arbeiterbewegung ist ein schwerer Dienst. Viele haben in den Jahren sich aufgeregelt. Mancher ist erlahmt. Immer war jedoch eine Ablösung bereit. Denn es ist für den Ueberzeugten stets auch eine Freude, der Arbeiterbewegung dienen zu können. Trotz alledem.

So haben wir tausende, zehntausende und schließlich fast zweihunderttausend Streiter gesammelt. Und täglich fahren wir fort, neue Mitkämpfer in unsere Scharen aufzunehmen. Allen, die guten Willens sind, stehen unsere Reihen offen. Wir hoffen auf den Anschluß aller.

Wir haben gestritten und gekämpft um das Leben und das Recht des Arbeiters. Einen langen, immer wiederholten Kampf um die Hebung des Arbeiterstandes, um die Freiheit und Würde des Arbeiters. Der gewerkschaftliche Kampf geht oft um kleine Dinge, die doch für das Leben des Arbeiters und für die Arbeiterklasse großes Gewicht haben. Wir kämpften um die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, um das Prinzip des Mindestlohns, um den Zehnstundentag, dann um den Neun- und den Achtstundentag, um den Arbeitsnachweis, um Sicherungen bei der Akkordarbeit, um Schutz gegen Unfallgefahren und Gesundheitschädigungen, um zahlreiche andere ebenso wichtige Forderungen.

Der Widerstand der Arbeitgeber im Bunde mit dem Druck der Behörden, Arbeitswilligen, Krisenzeiten haben uns manche Niederlage bereitet. Aber vieles haben wir doch durchsetzen können. Durch den Einfluß des Verbandes ist die Stellung des Arbeiters in der Werkstatt und der Fabrik schon auf eine ganz andere Grundlage gestellt worden. Nicht minder auch seine Stellung im öffentlichen Leben, in Staat und Gemeinde, gegenüber den anderen Klassen der Gesellschaft. Die Befreiung des Arbeiters, die einst Lassalle als das eigene Werk der Arbeiterklasse begeistert empfohlen hat, ist der Verwirklichung bereits ein gutes Stück nähergeführt. Selbstbewußtsein, Menschenwürde, Wertschätzung der Arbeit, Wissen und Bildung sind als wichtige Voraussetzungen für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiterlage mit guten Erfolgen durch die Organisation gefördert worden.

Doch es sind erst die Anfänge, die uns nach den schweren Mühen und Opfern der Vergangenheit jetzt als Erfolge erfreuen können. Sie zeigen uns das Ziel um so deutlicher und sind ein Beweis dafür, daß die Fortsetzung unseres Kampfes auch in Zukunft nicht vergeblich sein kann. Sie berechtigen uns, mit gestärktem Mut und fester Zuversicht unseren Weg fortzuschreiten, neuen Aufgaben und größeren Zielen entgegen.

Die Aufgabe des Verbandes erschöpft sich nicht darin, nur die Tagesbedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen. Diese bilden einen bedeutenden Teil seiner Tätigkeit, weil viele Mitglieder ihren unmittelbaren täglichen Interessen das größte Gewicht beilegen. Für die Gesamtheit aber ist ein weiterer Gesichtskreis notwendig. Der Zusammenhalt der Masse kann nur dadurch gefördert und dauernd gesichert werden, daß ihm ein schöpferischer Inhalt gegeben wird. Das ist einmal die Idee der Solidarität, zum andern sind es die Ziele, die der Verband sich setzt. Die Idee, daß alle Kollegen und Kolleginnen solidarisch denken und fühlen müssen, ist unwandelbar, die Ziele dagegen verändern sich, sie wachsen mit der Stärke des Verbandes.

Es war zunächst kein bewußt gewolltes Ziel, Tarifverträge mit den Arbeitgebern abzuschließen. Als aber die Entwicklung dahin führte, war auch das nächstliegende Ziel für den Verband gegeben. Die Tarifverträge mußten als Mittel dienen, den Aufstieg zu verbesserten Arbeitsbedingungen zu beschleunigen, zugleich aber ausgleichend zu wirken, rückständige Verhältnisse besonders vorwärtszutreiben.

Daß die Gestaltung der Dinge dann dem sogenannten Reichstarif zusteuern werde, darüber konnte kein Zweifel sein. Für die Arbeiterschaft bedeutete das zunächst eine Gefahr. Ihre Macht gegenüber dem organisierten Unternehmertum wurde durch den Grundgedanken des Reichstarfs beeinträchtigt. Jetzt stehen wir dieser Gefahr unmittelbar gegenüber. Es war der Krieg, der die langgehegten Wünsche der Arbeitgeber in dieser Hinsicht vor der Zeit erfüllt hat.

Damit ist dem Verband für die nächsten Jahre ein großes neues Ziel gestellt. Inmitten des Krieges hat seine Tätigkeit auf diesem Gebiet schon tatkräftig eingesetzt. Die Richtlinien für die neue Taktik sind gezogen, ein großer Teil der Mitglieder ist bereits mit ihnen vertraut. Während noch die Kriegsnot auf uns lastet, arbeiten wir schon der Entwicklung unserer zukünftigen Lohnkämpfe vor. Immer klarer wird die Erkenntnis, daß unsere Bewegung noch tiefer auf den Grund der Verhältnisse eingehen muß. Jeder Fortschritt gebiert neue Zukunftsaufgaben. Schon seither drängen unsere Tarifverträge weit in die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und unseren Mitgliedern ein, aber viele Gebiete haben sie noch unberührt oder sehr ungelöst gelassen. Je weiter wir vordringen, um so mehr breitet sich das Gebiet der notwendigen Verbandstätigkeit aus. Manche dieser Aufgaben läßt sich unter dem sogenannten Reichstarif leichter lösen als vordem. Es gilt nur, auf dem Posten zu sein.

Die allgemeinen und persönlichen Interessen der Verbandskollegen werden hierbei in der kommenden Zeit in immer sich steigendem Maße Berücksichtigung fordern und auch finden. Selbst etwaige Fehlschläge und ein vorübergehender Mißgang, die unvermeidlich sind, werden das nicht hindern. Wir müssen und werden in allen Betrieben eine Arbeitsverfassung einführen, für deren Inhalt die heutigen Verträge erst ein schwaches Vorbild sind. Von den Arbeitgebern hoffen wir, daß sie sich der notwendigen Entwicklung nicht entgegenstellen. Tun sie es, so wird ihr Starrsinn dem Zwang weichen müssen, den die Macht unseres Verbandes dann auf sie ausüben wird.

Nicht nur die großen Hauptberufe, die die Mehrheit des Verbandes bilden, sondern auch die Angehörigen der kleinen Branchen müssen in diese Vorwärtswentwicklung der Arbeitsverhältnisse einbezogen werden. Der Eifer der Ortsverwaltungen muß wachsen in dem Maße, als die Mühen größer werden. Und diese werden in Zukunft für alle Funktionäre des Verbandes nicht gering sein. Sie werden jedoch sicher belohnt durch ein steigendes Vertrauen der Mitglieder und ein fortwährendes Anschwellen der Mitgliederzahl, je mehr der Verband überall seinen Wert und seine Unentbehrlichkeit erweist.

Auch die Grundlage für eine gesunde, den Aufgaben der Zukunft angepaßte innere Verbandsentwicklung haben wir in den letzten Monaten gelegt. Es wird sich erweisen, daß die durchgeführten Neuerungen im Beitrags- und im Unterstützungswesen dem Verband die Erfüllung seiner zukünftigen Aufgaben wesentlich erleichtern. Sie haben insbesondere das finanzielle Rüstzeug des Verbandes für zukünftige Arbeitskämpfe gestärkt. Die Verbandskollegen dürfen diesen Kämpfen mit Ruhe entgegengehen.

Der Verband will aber nicht nur die rein wirtschaftlichen Interessen der deutschen Holzarbeiter dauernd vertreten, sondern daneben auch ihre geistliche und kulturelle Lage auf eine immer höhere Stufe heben. Die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch fortschreitende Steigerung der Löhne und Beschränkung der Arbeitsdauer können für sich allein die Arbeiterschaft niemals ganz befriedigen. So wie wir in der Vergangenheit gestrebt haben nach Vermehrung unserer staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, nach Gleichberechtigung und persönlicher Menschenwürde, so soll unser Wirken auch zukünftig diese hohen Ziele verfolgen.

Last uns deshalb die Macht, die aus der Einigkeit erwächst, auch weiterhin stärken durch Vertiefung des Wissens, durch Hebung der Bildung. Die alten Mahnworte der ersten Vorkämpfer unserer Bewegung:

Einigkeit macht stark!
Wissen ist Macht!
Bildung macht frei!

haben noch immer volle Geltung. Mit leuchtender Klarheit zeigen sie uns den Weg, den wir weitergehen müssen. Heute schauen wir eine lange Strecke zurück und fühlen Befriedigung über das seither Geleistete. Darauf aber wenden wir den Blick in die vor uns liegende Zukunft, mit Mut und Hoffnung und mit fester Entschlossenheit:

Es muß weiter vorwärtsgehen! Th. Seipart.

Die Vorläufer des Verbandes.

Der Zusammenschluß von Holzarbeitern zu gemeinsamer Abwehr wirtschaftlichen und sozialen Drucks ist nicht erst eine Erscheinung unseres kapitalistischen Zeitalters. In jener „guten alten Zeit“ schon, in der die Zünfte den Ton des öffentlichen Lebens angaben und die Obrigkeit stets hinter sich hatten, wenn es gegen die Gesellen ging, mußten diese den Wert der Einigkeit vorzüglich zu schätzen. In ihren Bruderschaften und Gesellenchaften verfügten sie über straffdisziplinierte Organisationen mit festen Unterstützungseinrichtungen und einem stets wachen Kampfesmut, der sich zwar oft genug an kleinlichen Ehrenhändeln entzündete, aber auch ebenso leicht aufflammte, wenn es galt, notwendig gewordene Verbesserungen der Arbeits- und Kostverhältnisse zu erringen oder Verschlechterungen abzuwehren.

Ein näheres Eingehen auf diese alten Gesellenverbände würde jedoch an dieser Stelle zu weit führen, und es kann darauf auch um so leichter verzichtet werden, als sich in keinem unserer Gewerbe ein direkter Ueber-

gang von der alten Handwerksgefellensorganisation zur modernen Gewerkschaft feststellen läßt. Jener wurde die Lebensmöglichkeit genommen, als die handwerksmäßige Produktionsweise von der kapitalistischen verdrängt wurde. Die neue Zeit schuf einen neuen Typ des Lohnarbeiters, den modernen Proletarier, der sich zu lebenslänglicher Lohnsklaverei verdammt sah, während der vormalige Handwerksgefellens stets die wirtschaftliche Selbständigkeit als Ziel vor Augen hatte. Die soziale Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern erfuhr eine gewaltige Verbreiterung, das Kräfteverhältnis im gegenseitigen Ringen verschob sich merklich zugunsten der letzteren und lähmte den Willen zum Widerstand. Hinzu kam, daß die Behörden mit verdoppeltem Eifer darüber wachten, daß auf den Trümmern der alten Gesellenverbände sich nicht neue Gebilde ähnlicher Art erhoben. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Erinnerung an die alten kampffrohen Verbände schon verblaßt, von den Regungen eines neuen Organisationsgeistes aber noch nichts zu verspüren. Wohl hatte das Revolutionsjahr 1848 auch in den fortgeschrittensten Arbeiterkreisen einige Bewegung verursacht, doch die auf dem Fuße folgende Reaktion erstickte etwa aufsteigende Organisationsgedanken schon im Keim.

Erst in den sechziger Jahren gelang es dem großen Wecker *Cassalle*, Bresse zu legen in den Ball dumpfer Resignation, der die deutsche Arbeitererschaft umlagerte. Mit seinem „*Offenen Antwortschreiben*“ vom 1. März 1863 richtete er das Banner auf, um das sich die ersten Pioniere der neuen deutschen Arbeiterbewegung scharten, darunter als der Ersten und Besten einer der Tischler *Theodor York* aus Hamburg. Im Zentrum der Bewegung, dem „*Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein*“, erwartete man zunächst alles Heil von der nur politischen Organisation, um durch Einwirkung auf den Staat die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen. Doch schon 1868 stand auf der Generalversammlung ein Antrag zur Debatte, Arbeitseinstellungen zu organisieren, und ein anderer, zwecks Gründung von Gewerkschaften einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongress einzuberufen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nichtsdestoweniger nahmen es zwei hervorragende Mitglieder, *Schweiger* und *Frische*, auf sich, einen solchen Kongress auf eigene Faust einzuberufen. Am 26. September 1868 traten in Berlin 206 Delegierte zusammen, die 142 000 Arbeiter der verschiedensten Berufe aus 110 Orten vertraten.

Die bedeutungsvolle Arbeit des Kongresses gipfelte in dem Beschluß, für die verschiedenen Gewerbe resp. Gewerbegruppen Gewerkschaften zu gründen. In Ausführung dieses Beschlusses wurde dann auch bald die Gründung der „*Holzarbeiter-Gewerkschaft*“ vollzogen, mit *York* als Vorsitzenden und *Soman* (*Altona*) als Kassierer. Damit war ein erster Schritt getan, doch fehlte es der neuen Organisation einseitigen ebenso sehr an Mitgliedern wie an Mitteln. Für die Agitation boten wohl die Mitgliedschaften des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einige Stützpunkte, andererseits wirkte aber gerade von dorthin ein grundsätzliches Mißtrauen gegen gewerkschaftliche Gründungen vielfach lähmend. Dem unermüdblichen Eifer *Theodor Yorks* gelang es dennoch, in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Gesellschafter hinter sich zu sammeln.

Am 25. Mai 1869 hielt die Gewerkschaft in Kassel ihre erste Generalversammlung ab. Sie zählte um diese Zeit in 43 Orten 1560 Mitglieder, ein in Anbetracht der Verhältnisse ganz respektabler Erfolg. Die Hoffnungen auf einen weiteren gedeihlichen Aufschwung wurden nun aber bitter enttäuscht durch unselbige Zwischigkeiten in der politischen Arbeiterbewegung, die auch die jungen Gewerkschaften aufs tiefste erschütterten. Das zeigte sich auf der zweiten Generalversammlung der Gewerkschaft im April 1870 in Mainz, wo nur noch 25 Mitgliedschaften mit rund 1100 Mitgliedern gezählt wurden. Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges vervollständigte den Niedergang und drückte die Mitgliederzahl bis auf 254 in 9 Orten im ersten Quartal 1871 herunter.

Wenn sich nach Beendigung des Krieges die Gewerkschaft auch wieder erhob und es bis zur dritten Generalversammlung, die im Juni 1872 in Erfurt tagte, auf 1400 Mitglieder brachte, so stand das nun doch in keinem rechten Verhältnis mehr zu dem Aufwand an Mühe. Verständlich wird der geringe Erfolg aber an den Wirren in der politischen Arbeiterbewegung, die sich gespalten hatte in „*Lassalleaner*“ und „*Eisenacher*“, welche beiden Richtungen sich wie Todfeinde bekämpften. Die Holzarbeitergewerkschaft mit ihrem Führer *York* zählte seit Mitte 1869 ausgesprochenenmaßen zur *Eisenacher* Richtung, wodurch ihr natürlich der Erfolg in den lassalleanisch gesinnten Kreisen verjagt blieb. Deshalb konnte die Gewerkschaft auch in Berlin keinen Boden gewinnen, obwohl gerade hier bei der großen Zahl von Holzarbeitern und dem regen politischen Leben alle Vorbedingungen für eine erfolgreiche Agitation gegeben waren, besonders als nach Kriegsschlus der Milliardenregen der Kriegsentwädigung über die Reichshauptstadt sich ergoß und eine fabelhafte wirtschaftliche Hochkonjunktur erzeugte. Obwohl nun überall auch unter den Holzarbeitern das Streben nach einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse lebendig wurde, profitierte doch die Gewerkschaft zunächst wenig davon. Man glaubte, ohne feste Organisation ebensoviel erreichen zu können, ja, man sprach offen aus, daß die gewerkschaftliche Organisationsform für den Lohnkampf viel zu schwerfällig sei. Praktisch führte diese Anschauung anfangs der sechziger Jahre vielfach zur Gründung von sogenannten „*Streikkassen*“, einer ganz losen Form der Organisation, mit dem alleinigen Zweck, für einen geplanten Lohnkampf Gelder zu sammeln. Meistens verschwanden diese Gebilde wieder sofort nach Beendigung des Kampfes, zuweilen aber wurde die Streikkasse weitergeführt mit einer ständigen Kommission an der Spitze, einem Vertretersystem und festen Wochen- oder Monatsbeiträgen, wodurch sie dann einer festen Organisationsform schon viel näherkam. In Berlin gingen im November 1871 die Streikkassen sogar dazu über, einen lokalen Arbeiterbund zu begründen, wobei sich neben anderen auch eine Streikkasse der Tischler mit 3100, eine der Drechsler mit 200 und ein Stellmacherverein mit 255 Mitgliedern beteiligten. Man hielt an diesen Ziffern, daß das gewerkschaftliche Leben doch schon weit reger war, als die Mitgliederzahlen der Holzarbeitergewerkschaft vermuten ließen.

Den Berliner Tischlern fiel nun auch bald die Erkenntnis auf, daß es mit der lokalen Organisation allein nicht getan sei, da aber in Berlin

die lassalleantische Richtung Trumpf war, kam der Anschluß an die Yorksche Gewerkschaft nicht in Frage. Statt dessen ließ die Leitung der Streikkasse Ende 1871 einen Aufruf ins Reich gehen, worin die Tischler aufgefordert wurden, allerorten Kassen zwecks Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ins Leben zu rufen und dann diese Kassen zu einem allgemeinen Verband zu vereinigen. Im Oktober des folgenden Jahres trat denn auch in Berlin ein „*Erster deutscher Tischlerkongress*“ zusammen, auf dem 34 Delegierte angeblich 25 956 Tischler aus 41 Orten vertraten. Wohl war York herbeigeeilt, um einer gemeinsamen Organisation das Wort zu reden, aber er wurde gar nicht zugelassen, und der Kongress schritt zur Gründung eines „*Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins*“. Als Sitz des Verbandes wurde Berlin bestimmt, *W. Schweppendick* als erster, *Schmick-Lukas* als zweiter Vorsitzender und *W. Muschan* als Kassierer gewählt. Der Wochenbeitrag betrug, ebenso wie in der Gewerkschaft, einen Groschen.

Als der Verein im April 1873 in Hamburg die erste Generalversammlung abhielt, verfügte er über 4638 Mitglieder, wovon allerdings die reichliche Hälfte allein auf Berlin entfiel, aber auch Hamburg mit 938, Breslau mit 250, Bremen mit 195 und Frankfurt mit 192 Mitgliedern konnten sich sehen lassen. Demgegenüber hatte es die Gewerkschaft der Holzarbeiter bis zu ihrer vierten Generalversammlung im Oktober 1873 erst auf insgesamt 2466 Mitglieder in 29 Orten gebracht, von denen Erfurt mit 500, Dresden mit 400, Leipzig mit 300, Mainz mit 150 und Stade mit 130 Mitgliedern am besten vertreten waren.

Dem glänzenden Anfangserfolg folgte aber auch im Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Verein ein böser Rückschlag; auf seiner zweiten Generalversammlung, die im Mai 1874 in Frankfurt a. M. tagte, zählte er nur noch 2279 Mitglieder in 12 Orten. Die Gewerkschaft dagegen konnte auf ihrer fünften Generalversammlung im Oktober desselben Jahres in Hannover über einen Zuwachs von 500 Mitgliedern berichten. Auch finanziell hatte sie im letzten Jahre mit 2537 Taler Einnahme und 2109 Taler Ausgabe besser abgeschnitten als der Verein, der bei 1789 Taler Einnahme 1734 Taler verausgabte hatte. Die Gewerkschaft verfügte außerdem noch über eine durch besondere Beiträge gedeckte Krankentasse und Sterbekasse sowie über einen Reservefonds von 231 Taler.

Zum Glück für die deutsche Arbeiterbewegung wickelte der mörderische Bruderkampf zwischen den „*Lassalleanern*“ und den „*Eisenachern*“ endlich in einem besseren Geist der Versöhnung, dessen wohlthätige Wirkung auf die Gewerkschaften nicht ausblieb. Im Juni 1876 kam es zu einem gemeinsamen Kongress der Gewerkschaft und des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins in Frankfurt a. M., wo beschlossen wurde, beide Organisationen zu einem „*Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen*“ zu verschmelzen. Leicht war die Einigung nicht gewesen. Zwar der Streit, ob Industrie- oder Berufsverband, war eigentlich immer nur ein theoretischer gewesen, denn in Wahrheit waren auch in der Gewerkschaft fast nur Tischler vertreten. Schwerer zu überbrücken waren die Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Unterstützungseinrichtungen, die im Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Verein als einer Kampfesorganisation unwürdig, grundsätzlich verpönt, in der Gewerkschaft aber stark gepflegt waren. Die Mehrheit des Kongresses entschied sich für Beibehaltung der Krankentasse, aber Ablehnung der Reiseunterstützung und des Sterbegeldes. Das Beitrittsgehalt wurde auf 50, der Wochenbeitrag auf 10 Pf. festgesetzt. Der Sitz des Vorstandes kam nach Hamburg, Vorsitzender wurde *Wiedemann*, derzeitiger Vorsitzender im Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Verein, Sekretär und Redakteur *Moje*, der Nachfolger des am 31. Dezember 1874 leider zu früh gestorbenen *Th. York*. Der Kongress beschloß auch, eine eigene Zeitung unter dem Namen „*Bund*“ herauszugeben. Bis dahin hatte nur die Gewerkschaft über ein eigenes Organ, die „*Union*“, verfügt.

Gegen die Kongressbeschlüsse erhob sich unter den Mitgliedern der Gewerkschaft eine stürmische Protestbewegung, hauptsächlich wegen der Preisgabe der Unterstützungseinrichtungen. Eine Abstimmung über die Verschmelzungsfrage ergab wohl eine große Mehrheit der Abstimmenden dafür, aber die nach dem Statut erforderliche Dreiviertelmehrheit der sämtlichen Mitglieder kam nicht zustande. Trotzdem erklärte der Vorstand den Antrag für angenommen und die Gewerkschaft zugunsten des Bundes für aufgelöst. Die Protestler hingegen erklärten die Maßnahmen des Vorstandes für rechtlos und schlossen sich zur Fortführung der Gewerkschaft zusammen. Der Kongress, der zu diesem Zweck in Dresden tagte, war von 1575 Mitgliedern aus 16 Orten besetzt. Nach halbjähriger Dauer wurde auch dieser Zwist beigelegt. Entsprechend dem Entschluß eines unparteiischen Schiedsgerichts, das aus *Bebel*, *Liebnecht* und anderen hervorragenden Führern der Arbeiterbewegung zusammengesetzt war, hielten im April 1877 der Bund wie die Protestler in Hamburg ihre Generalversammlungen ab, anfangs getrennt, dann gemeinsam. Der Opposition wurden eine Reihe Konzeptionen gemacht, u. a. die Verlegung des Vorstandes von Hamburg nach Mannheim und schließlich auch die Einführung der Reiseunterstützung wenigstens „*probeweise*“ auf ein Jahr. Danach trat auch der Rest der alten Gewerkschaft zum Bund über, doch blieb das persönliche Verhältnis besonders zu *Moje* recht gespannt, was diesen nach *Yorks* Tode zweifellos fähigsten Führer im Juni 1877 veranlaßte, sein Amt niederzulegen; an seine Stelle trat *Weidemann*.

Als der Bund zu Pfingsten 1878 in Dresden seine zweite Generalversammlung abhielt, zählte er 103 Mitgliedschaften mit rund 6000 Mitgliedern. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der unnatürlichen Hochkonjunktur nach dem Kriege ein furchtbarer Krach und eine ungeheure Arbeitslosigkeit gefolgt waren. Die Jahreseinnahme des Bundes belief sich auf 15 167 Mk., die Ausgabe auf 14 394 Mk. Leider war das eigene Organ, der „*Bund*“, mit dem 1. August 1877 aufgegeben worden zugunsten des „*Pionier*“, einem gemeinsamen Blatt der Maurer, Zimmerer und anderer Gewerke.

Nachdem gegen Ende der sechziger Jahre das Wirtschaftsleben sich endlich wieder zu bessern begann, hatte nun nach Ueberwindung der innerlichen Wirren der Bund freie Bahn gehabt für eine ruhige und gesunde Entwicklung. Inzwischen aber war die Arbeiterbewegung schon

ein Faktor geworden, in dem die herrschende Oberschicht eine ernste Gefahr witterte. Unter nichtigen Vorwänden holte sie zu einem zerfahmetenden Schläge aus: Das schändliche Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878 vernichtete mit einem Hieb das ganze Organisationsleben der deutschen Arbeiter.

Das bisher geschilderte Organisationsleben bezog sich fast nur auf Tischler. Zwar war die Holzarbeitergewerkschaft als ein Industrieverband, ähnlich unserm heutigen Holzarbeiter-Verband, gedacht, doch die tatsächliche Entwicklung schlug den Weg des Berufsverbandes ein. Auch in den kleineren Branchen der Holzindustrie fehlte es in der vorsozialistengesetzlichen Zeit nicht an gewerkschaftlichen Regungen, doch gelangten diese zumeist nicht über die Grenzen einer lokalen Fachvereinsbewegung hinaus. Bei den Drechslern wurde im Jahre 1877 von Hamburg aus versucht, die Fachvereine, die in einer ganzen Anzahl Orten bestanden, zu einem Zentralverein zusammenzufassen, doch blieb der Versuch in den Anfängen stecken. Sehr spärlich sind Nachrichten über die Bürstenmacher. Im „Dresdener Volksboten“ findet sich ein vom 26. Mai 1873 datierter Aufruf „An die Bürstenmacherhilfen Deutschlands und Oesterreichs“, der einen geplanten Streik der Dresdener Bürstenmacher betrifft und dessen Fassung darauf schließen läßt, daß damals schon ein gewisses Organisationsleben vorhanden war. Weiter brachten es die Korbmacher. Im Jahre 1873 einen „Korbmacherbund“ gründeten mit dem Hauptzweck, „durch gemeinsames Zusammenstehen die Verhältnisse in materieller und geistiger Hinsicht zu heben“. Der Bund erstreckte sich aber nur auf die Orte Hamburg, Altona und Ottensen und hatte 1877 nur 75 Mitglieder. Erst kurz vor dem Sozialistengesetz konnte er in Berlin und vielleicht noch einigen Orten ebenfalls Fuß fassen.

Am weitesten in der Zentralisation kamen die Stellmacher, für die seit 1871 der „Deutsche Stellmacherverein“ mit dem Sitz in Dresden bestand. Im Jahre 1877 zählte er in 15 Orten 350 Mitglieder; der Wochenbeitrag betrug 10 Pf. Der Verein gab anfangs kleine gedruckte „Berichte“ heraus, im November 1877 wurde an deren Stelle der „Pionier“ Vereinsorgan. Weihnachten dieses Jahres fand in Leipzig ein Kongreß statt, auf dem neben einer Revision der Statuten auch die Gründung einer Zentral-Kranken- und Sterbekasse vollzogen wurde. Der Sitz des Vereins und der Krankenkasse wurde nach Hamburg verlegt.

Sofort nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurden diese kleineren Verbände und Fachvereine ebenso unterdrückt wie der Bund der Tischler. Doch war die Form auch gebrochen, der Geist der Arbeiterbewegung war nicht mehr zu töten, und als die anfängliche Betäubung überwunden war, fand er auch wieder Mittel und Wege der Betätigung. Im Bund der Tischler wurde erst kurz vor Erlaß des Ausnahmegesetzes die Krankenkasse von den übrigen Organisationseinrichtungen vollständig getrennt, und das erwies sich als sehr bedeutungsvoll, denn an dieser vom Gesetz nicht berührten Stelle blieben doch immerhin einige persönliche Beziehungen der ehemaligen Bundesmitglieder erhalten. Aber mehr noch, die Leitung der Kasse gab schon vom 1. Januar 1879 an ein eigenes Organ, die „Neue Tischler-Zeitung“, heraus, die allmählich und sehr geschickt die gewerkschaftliche Propaganda wieder aufnahm. Am 9. Mai 1880 wurde in Berlin ein Fachverein der Tischler gegründet und mit Erfolg um die Klippen des Sozialistengesetzes herumgesteuert. Noch im gleichen Jahre erfolgten einige weitere und in den folgenden Jahren immer zahlreichere Neugründungen, von denen ein Teil allerdings wieder der Auflösung verfiel. Gewaltig erregt wurden die Tischler in ganz Deutschland durch eine allgemeine Aussperrung der Stuttgarter Tischler im Sommer 1883; dank der Solidarität in allen Teilen des Reiches fielen die Unternehmer kläglich ab. Die gemeinsame Unterstützungsaktion hatte die Fachvereine der verschiedenen Orte einander nähergebracht, und nach Beendigung der Aussperrung ergriff der Stuttgarter Verein die Initiative zur Herbeiführung einer dauernden Verbindung. Sein Vorsitzender, Karl Klob, berief zum 27. Dezember 1883 nach Mainz einen „Kongreß der deutschen Tischler- (Schreiner-) Vereine“ ein, auf dem sich 39 Orte vertreten ließen. Das Ergebnis war die Gründung eines „Zentralverband der Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“. Als Sitz des Vorstandes wurde Stuttgart bestimmt, als besoldeter Vorsitzender mit 120 Mk. Monatsgehalt Klob gewählt. Nach dem Statut hatten die Vereine für jedes Mitglied ein Eintrittsgeld von 20 Pf. und einen Monatsbeitrag von 30 Pf. an die Zentralkasse abzuführen; von diesem letzteren war die eine Hälfte für einen Streikfonds, die andere für Reiseunterstützung, Sterbegeld und Verwaltungsausgaben gedacht.

Bis zum Schluß des ersten Jahres waren der Zentralisation 52 Ortsvereine mit 4152 Mitgliedern beigetreten; zahlreiche weitere Vereine mußten sich den Anschluß verweigern, um nicht der Auflösung zu verfallen. Die nicht unberechtigte Furcht vor behördlichen Eingriffen hielt nicht nur die weitere Entwicklung auf, sondern führte sogar zu einem Rückgang, so daß der Verband Ende 1886 nur noch 3291 Mitglieder in 59 Vereinen zählte. Mißlich war auch ein in diesen Jahren entbranntes ungestümes Streikfieber, bei dem die zentrale Streikkasse bei weitem nicht alle auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen konnte. Der Vorstand wußte sich gegenüber der Fülle der Streikgesuche keinen Rat und ließ deshalb das Genehmigungsrecht auf dem ersten Verbandstag im Juni 1885 in Offenbach von sich auf die sämtlichen Vereinsvorstände übergehen, wodurch die Dinge freilich um nichts gebessert wurden. Im Anschluß an den zweiten Verbandstag am Weihnacht 1886 in Gotha berief der Vorstand einen allgemeinen Tischlerkongreß ein, der von 75 Städten beschickt wurde. Hier sollte auch den nichtangeschlossenen Vereinen Gelegenheit zu einer Aussprache über die beste Organisationsform gegeben werden. Die eingehende Debatte endete mit dem Beschluß, den Verband von Einzelvereinen umzuwandeln in einen wirklichen Zentralverband. Bezüglich der leidigen Streikfrage wurde beschlossen, die Genehmigung jedes Streiks von einer Abstimmung unter den 14 Streikkommissionen abhängig zu machen, die zu diesem Zweck in den verschiedenen Teilen des Reiches gebildet werden sollten. Eine Zentralstreikkommission am Sitz des Vorstandes sollte die Oberleitung übernehmen. Der neben dem Kongreß tagende Verbandstag ließ diese Beschlüsse gut und nahm einstimmig den Antrag an, die Organisation zu einem „Deutschen Tischler-Verband“ umzugestalten.

Mit dem 1. April 1887 begann der Deutsche Tischler-Verband seine Tätigkeit, und schon am Jahreschluß konnte ein erfreuliches Wachstum der Organisation auf 6013 Mitglieder in 86 Zahlstellen festgestellt werden. Andererseits gab aber die neue Organisationsform in einzelnen Bundesstaaten, namentlich in Preußen und Bayern, Anlaß zu vermehrten behördlichen Schikanen, für die bald das Versicherungs-, bald das Vereinsgesetz als Vorwand diente. Dies vermochte das Wachstum des Verbandes auf die Dauer jedoch ebensowenig aufzuhalten wie die bald einsetzende Agitation der Lokalisten gegen die Zentralisation. Ende 1889 überstiegen der Verband das erste Zehntausend seiner Mitglieder und stieg im folgenden Jahre auf 14 146 Mitglieder in 203 Zahlstellen. Der vierte Verbandstag, der Ende dieses Jahres in Hannover tagte, beschloß, den Wochenbeitrag von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen und dafür die „Neue Tischler-Zeitung“, die bis dahin von den Mitgliedern abonniert werden konnte, unentgeltlich zu liefern. Außerdem wurde das Gehalt des Vorsitzenden auf 150 Mk. erhöht und das der inzwischen angestellten weiteren Beamten auf 120 und 125 Mk. festgesetzt. Diese Beschlüsse riefen damals eine heftige Protestbewegung hervor, doch gereichten sie dem Verband zum Segen; er zählte Ende 1891 bereits 15 856 Mitglieder, stieg im folgenden Jahre auf 17 298 und schloß am 1. Juli 1893 mit 326 Zahlstellen und 19 400 Mitgliedern.

Wie bei den Tischlern, so konnte das Sozialistengesetz auch in den anderen Branchen das Organisationsleben nur vorübergehend lähmen. Ueberall läßt sich die gleiche Entwicklung verfolgen von anfänglich nur lokalen Fachvereinen zum Zentralverband. Bei den Drechslern kam zuerst 1885 von Magdeburg die Anregung zu einer Zentralisation, zunächst aber ohne Erfolg. Doch wurde der Gedanke nun von Hamburg aus tatkräftig weitergeführt; hier wurde noch im gleichen Jahre eine Zentralisationskommission gewählt, die ein Statut ausarbeitete und bei der Behörde einreichte. Diese machte jedoch endlose Schwierigkeiten, worauf die Hamburger einen Schritt weiter gingen und die „Fachzeitung der Drechsler und Gewerksgenossen“ ins Leben riefen, die vom 1. April 1887 an zunächst monatlich erschien. Das Statut war noch immer nicht genehmigt, als Sündermann (Berlin) die Einberufung eines Kongresses anregte. Erst kurz vor dem Zusammentritt dieses Kongresses, der vom 28. bis 30. August in Raumburg tagte, kam die Genehmigung heraus. Der Kongreß nahm das Hamburger Statut an und begründete damit die „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ mit dem Sitz in Hamburg. Dem Vorstand, an dessen Spitze Carl Legien stand, gehörte auch Th. Leipart an. Der Monatsbeitrag wurde auf 50 Pf. festgesetzt, wofür Reise- und Arbeitslosenunterstützung gewährt werden sollten. Das erwies sich aber als undurchführbar, und deshalb strich man die Unterstützungen und gab dafür das Obligatorium der Fachzeitung. Deren Redaktion ging am 1. Januar 1890 an Th. Leipart über, der im folgenden Jahre daneben auch den Vorsitzendenposten übernahm, als Legien zur Leitung der Generalkommission berufen worden war. Die Vereinigung, die am Schluß des ersten Jahres in 9 Zahlstellen 276 Mitglieder zählte, brachte es bis Mitte 1890 auf 3169 Mitglieder, dann aber setzte, wesentlich infolge der überaus ungünstigen Wirtschaftslage, ein Niedergang ein, der trotz eifriger Agitation nicht aufzuhalten war. Am 1. Juli 1893 gehörten der Vereinigung nur noch 78 Zahlstellen mit 1957 Mitgliedern an.

Für die Stellmacher wurde die Zentralisation angebahnt auf einem Wagenbauerkongreß im Mai 1885 in Magdeburg, der die Gründung eines Verbandes der Schmiede und der Stellmacher vollzog. Der „Vereinigung deutscher Stellmacher“ gehörten nach Jahresfrist nur erst 4 Orte an, während lokale Fachvereine in größerer Zahl abseits blieben. Vorsitzender der Vereinigung war Fr. Vogel mit dem Sitz in Hamburg. Erstmals am 15. Juli 1887 erschien die von Jul. Förstig herausgegebene „Deutsche Wagenbauer-Zeitung“. Am Jahreschluß 1888 verfügte die Organisation über 7 Zahlstellen mit 292 Mitgliedern. Im März 1890 fand in Halle ein allgemeiner Stellmacherkongreß statt, auf dem bedeutende Beschlüsse hinsichtlich einer Regelung der Arbeitsverhältnisse wie auch der Organisationsfrage gefaßt wurden. Doch erlahmte der Eifer schnell. Die Mitgliederzahl, die im Mai 1890 654 betragen hatte, war bis zum Schluß des nächsten Jahres auf 524 beim Uebertritt in den Holzarbeiter-Verband bis auf 450 gesunken.

Verwickelter gestaltete sich die Bewegung der Bürsten- und Pinselmacher, die auf einem Kongreß im November 1884 in Leipzig den „Unterstützungsverein der Bürsten- und Pinselmacherhilfen Deutschlands“ gründeten. Ende 1885 zählte der Verein, dessen Vorsitzender Puls (Hamburg) war, in 29 Filialen 576 Mitglieder, ging dann aber zurück und hatte am 1. April 1889 nur noch 350 Mitglieder. Zum Teil war das verschuldet durch Eingriffe der Behörden, aus welchem Grunde im Februar 1890 der Sitz des Vorstandes nach Berlin verlegt wurde, wo P. Daun den Vorsitz übernahm. Tatsächlich ging es nun besser voran. Von 699 Ende 1889 hob sich die Mitgliederzahl bis Jahreschluß 1891 auf 1229 in 41 Filialen. Seit April 1890 gab der Verein unter der Redaktion von Puls (Hamburg) auch ein eigenes Organ heraus, den „Bürsten- und Pinselmacher“. Nichtsdestoweniger hatte die Sitzverlegung einen Teil der Mitglieder verstimmt; dazu gesellte sich eine heftige Opposition aus den Reihen lokaler Fachvereine, die dem Verein den Kampfscharakter absprachen. Auf Anregung von Nürnberg aus fand im Mai 1891 in Apolda ein Kongreß statt, auf dem eine Konkurrenzorganisation unter dem Namen „Zentralverband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Bürsten- und Pinselindustrie Deutschlands“ ins Leben gerufen wurde. An der Spitze des Vorstandes in Freiburg i. B. stand R. Rauser; als Organ wurde die Lokalist-Zeitung „Solidarität“ benützt. Den Bemühungen des Vorstandes vom Unterstützungsverein gelang es, zum Februar 1892 in Magdeburg einen Kongreß zustande zu bringen, der die Vereinigung beider Richtungen brachte. Der Name des Zentralverbandes und im wesentlichen auch dessen Statut wurden beibehalten, dagegen vom Unterstützungsverein das Verbandsorgan übernommen. Die Vereinigung, die eigentlich nur ein Uebertritt des Vereins zum Zentralverband war, trat mit dem 1. April 1892 in Kraft; um diese Zeit hatte der Verband 450,

der Verein rund 1000 Mitglieder. Ein Vierteljahr nach der Verschmelzung betrug aber die Gesamtzahl nur 868; tatsächlich war nur der kleinere Teil der Mitglieder des Unterstützungsvereins mit übergetreten. Der Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband erfolgte mit 938 Mitgliedern und 910 Mk. Kassenbestand.

Wenn sie auch nicht als Vorläufer des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes im engeren Sinne des Wortes angesprochen werden können, so sei doch auch hier der Organisationen gedacht, die sich erst später unserm Verband angeschlossen haben. Hier ist an erster Stelle der Verband der Vergolder zu nennen, der auf dem Kongress gegründet wurde, der am 26. und 27. Dezember 1889 in Brandenburg tagte. Die Gründung des „Verbandes der Vergolder, Goldleistenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ erfolgte durch den Zusammenschluß einer Reihe bestehender örtlicher Fachvereine, von denen auf dem Gründungskongress 13 durch 20 Delegierte vertreten waren. Als Sitz des neuen Verbandes wurde Berlin bestimmt und Schumme zum Vorsitzenden gewählt. Der Verband zählte nach einjährigem Bestehen 1111 Mitglieder. Die Zahl ging aber in den nächsten Jahren zurück, und erst im Jahre 1897 wurde das Tausend wieder erreicht. Mit Beginn des neuen Jahrhunderts setzte ein kräftiger und anhaltender Aufschwung ein, so daß der Verband, als er am 1. Oktober 1906 seinen Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband vollzog, mit 1844 Mitgliedern zu diesem übertrat. Bei der Gründung des Verbandes war der Anschluß an den Maler-Verband erwogen worden, und während der ersten Zeit benutzten auch die Vergolder den „Vereinsanzeiger“ der Maler als Publikationsorgan. An dessen Stelle trat dann für kurze Zeit die „Kesslersche „Solidarität“. Das eigene Organ des Verbandes war zunächst ein kleines Mitteilungsblatt. Im November 1892 wurde das „Korrespondenz-Blatt“ ins Leben gerufen, welches vom Verbandsvorsitzenden redigiert wurde. Diese Stelle bekleidete die letzten sieben Jahre bis zum Uebertritt Heinrich Späthe. Beim Uebertritt hatte der Verband seine höchste Mitgliederzahl erreicht, und er verfügte über ein geordnetes Kassenwesen. In der Hauptklasse befanden sich 24 780 Mk., und etwa 15 000 Mk. Lokalkassengelder flossen den in Betracht kommenden Jahrestellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu.

Mit vielen Schwierigkeiten hatte der „Deutsche Korarbeiter-Verband“ zu kämpfen, der Anfang März 1895 in Frankfurt a. M. gegründet wurde, wo auch der Vorstand zunächst seinen Sitz hatte. Seine Mitgliederzahl hielt sich, entsprechend der geringen Verbreitung des Berufs, in recht bescheidenen Grenzen. Erst im Mai 1898 konnte zu Halle der erste Verbandstag abgehalten werden, nachdem im Jahre zuvor der Sitz des Verbandes nach Breslau verlegt und Karl Czeka zum Vorsitzenden gewählt worden war. Schon auf dem Verbandstag zu Halle, wo festgestellt wurde, daß die Mitgliederzahl auf 210 gesunken war, erkannte man, daß der Verband nicht lebensfähig sei. Es bedurfte aber wiederholter Urabstimmungen, bis sich im Juli 1899 die große Mehrheit der Mitglieder für den Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband erklärte. Der Uebertritt erfolgte am 6. August 1899. Das Vermögen des Verbandes betrug damals 694 Mk. Von den 171 Mitgliedern vollzogen 118 ihren Uebertritt.

Die Maschinenarbeiter hatten sich auf einem Kongress in Hamburg am 6. und 7. April 1890 eine Zentralorganisation geschaffen mit dem langen Namen: „Verband der in den Holzbearbeitungs-fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands“. Der Sitz des Verbandes war Hamburg und zum Vorsitzenden wurde Hestner gewählt. Später wurde der Sitz nach Bremen verlegt. Auf dem Holzarbeiterkongress in Kassel im Jahre 1893, auf welchem die Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beschlossen wurde, war auch der Maschinenarbeiter-Verband vertreten, er trat jedoch dem Holzarbeiter-Verband nicht bei. Der Anschluß wurde erst im Jahre 1899 beschlossen und am 1. Juli des gleichen Jahres ausgeführt. Aber nur 323 Mitglieder vollzogen damals ihren Uebertritt. Die größte Zahlstelle, Berlin, konstituierte sich als selbständiger Verein, der sich in den folgenden Jahren auch recht gut entwickelte. Der Uebertritt dieses Vereins, der damals 1838 Mitglieder zählte, erfolgte am 1. Oktober 1906.

Jetzt ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband ein wohlthätiges Haus, das den Angehörigen aller Berufe der Holzindustrie Raum zur Betätigung und zur Entfaltung ihrer Kräfte bietet. Die 25 Jahre, die seit der Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes verlossen sind, haben gezeigt, daß die Männer, die am 5. April 1893 in Kassel den Beschluß zur Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes faßten, wohl beraten waren. Unser Verband hat sich in den 25 Jahren seines Bestehens glänzend entwickelt. Die Mitgliederzahlen aus allen Berufszweigen übersteigen um ein Vielfaches die Zahl der Mitglieder in den früheren selbständigen Branchenorganisationen. Innerhalb unseres Verbandes werden die Interessen aller einzelnen Berufszweige gepflegt, und dabei umschließt das Band der engen Solidarität die Angehörigen aller im Verband vertretenen Branchen. Hat der furchtbare Weltkrieg auch unserm Verband schwere Wunden geschlagen, so können wir doch an seinem Jubiläumstag voll Zuversicht in die Zukunft blicken.

Friz Carnow.

Die Holzarbeiter im Lohnkampf.

In unserm Verband hat von der Stunde seiner Gründung an ein frisch-fröhlicher Kampfesgeist geherrscht. Von diesem Geist und einem hohen Idealismus befeelt, trugen bereitwillig, als die deutschen Holzarbeiter nach des Schutzes einer starken, gutgerüsteten gewerkschaftlichen Organisation entbehrten, unsere Vorkämpfer den Gedanken der Solidarität und des Zusammenenschlusses in die Massen der Kollegenchaft. Allen Gefahren und Verfolgungen zum Trotz, nicht achtend der eigenen Schwäche gegenüber den Mächten des Unternehmertums, setzten sie voll Stolz auf die Fahne der jungen Organisation die Inschrift: Auf zum Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen!

In jener Zeit sah es mit der wirtschaftlichen Existenz des größten Teils der deutschen Holzarbeiter mehr als traurig aus. Ganze Branchen zählten mit zu den verurteilten Glanzindustrien, und es gehörte in der

hat ein starker Glaube an die eigne Kraft der Arbeiterschaft dazu, diesen Zuständen vermittels der erst zu schaffenden Gewerkschaftsorganisation Fehde anzufangen mit dem Ziel, an ihre Stelle geordnete und möglichst anständige Lohnbedingungen zu setzen.

Die erste Sorge unserer Verbandsploniere mußte natürlich darauf gerichtet sein, für die zu unternehmenden Lohnbewegungen den nötigen finanziellen und organisatorischen Rückhalt zu schaffen. Der Kampf mußte programmäßig vorbereitet, eingeleitet und durchgeführt werden, wenn er einen nachhaltigen Einfluß auf die fernere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für möglichst alle deutschen Holzarbeiter ausüben sollte. Es herrschte kein Zweifel darüber, daß die Organisationsbestrebungen auf eine systematische, organisierte Kampfstätigkeit gerichtet sein mußten; das aus momentaner Hurrastimmung hervorfludernde Strohflecht einzelner Mitgliedschaften oder Sektionen ist auch schon in früheren Jahren als ungeeignetes Mittel zur Führung eines wirklichen Klassenkampfes erkannt worden.

Die Holzarbeiter waren nicht die letzten, die nach Ueberwindung bzw. Milderung der ausnahmegesellschaftlichen Hindernisse gegen Mitte und Ende der achtziger Jahre in mehreren Städten zum offenen Kampf ausholten. Recht und schlecht schlugen sie sich dabei durch, denn wohl in keinem dieser Fälle war „für den morgigen Tag“ soweit vorgesorgt, daß die geringe Unterstützung zum fälligen Termin ausgezahlt werden konnte. Man mußte sich eben nach der Decke strecken, ein wirklicher Idealismus der Kollegenchaft half über alle Schwierigkeiten hinweg, aber ganz ohne „Unterstützungsorganisation“ ging es trotzdem nicht. Immerhin, es sind heroische Leistungen vollbracht worden, mit denen so mancher Kritiker der heutigen „Gewerkschaftsbureaokratie“ den Vergleich schwerlich aushalten könnte.

Die damaligen Lohnbewegungen unserer Kollegen ermangelten nicht nur finanziell des Rückhalts an einer starken Organisation, sie unterlagen auch sonst naturgemäß mancher Schwäche, über die unsere heutige Kollegenchaft sich größtenteils weit erhaben dünkt. Es ist nicht so einfach, die allgemein-beruflichen Mißstände in einem von der Organisation geformten Begriff zusammenzufassen, noch schwerer aber ist es, Mittel und Wege zur dauernden Beseitigung dieser Mißstände aus dem Boden zu stampfen. Es gibt keinen gewerkschaftlichen Arbeiterverband, der nicht Irrtümer dieser Art zu überwinden gehabt hätte. Heute können wir auf ein gut Stück Entwicklung zurückblicken, und sicher haben wir manchen Fortschritt nicht nur in der Stärkung, sondern auch in der Anwendung unserer Machtmittel erreicht. Wir haben unsere Kampferfahrungen genutzt, um frühere Fehler zu vermeiden und unser geistiges Rüstzeug zu schärfen, womit aber keineswegs zukünftige Meinungsverschiedenheiten um die bessere Taktik ausgeschlossen sind. Einst mußten sich unsere Kollegen damit begnügen, ihre dem Augenblick entspringenden Forderungen an einzelne Betriebsinhaber oder bestenfalls an die sämtlichen Arbeitgeber eines Ortes zu stellen. Kam eine Verständigung darüber — ob mit oder ohne Streik — zustande, so setzten die Kollegen die Arbeit fort. Man hatte den Unternehmer Kleingekriegt, er hatte bewilligen müssen, und damit war man zufrieden. Ein solcher „Sieg“ begehrte nicht selten die gesamte Kollegenchaft, die natürlich auch kräftig durch Sammlungen und Unterstützungen aller Art zu seiner Erringung beigetragen hatte. Doch waren häufig die Siegesfanfaren in unseren Reihen kaum verklungen, da hatte auch schon wieder der „besiegte“ Unternehmer seine Zugeständnisse offen oder heimlich illusorisch gemacht; es mußte nach der nächsten Gelegenheit ausgespäht werden, um ihm von neuem der gleichen Forderungen wegen beizukommen.

Ein solches „System“ der Kämpfe konnte natürlich nicht zu allgemein geordneten und befriedigenden Arbeitsbedingungen für die Holzarbeiter führen. Die Zusammenfassung der Kräfte in geschlossener Organisation machte auf beiden Seiten Fortschritte, womit auch eine Konzentration der Kämpfe sich vollzog. Mit dieser Konzentration und einer größeren Ausdehnung der Lohnkämpfe wurde der Gedanke des Tarifvertrags für beide Teile in den Vordergrund gerückt. Die Unternehmer wollten sich damit vor der immerwährenden durch die Streiks verursachten Beunruhigung der Betriebe Sicherheit verschaffen, und die Arbeiter wollten die einmal erzielten Fortschritte in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen so gut als möglich dauernd festhalten, um beim Tarifablauf neue Verbesserungen erreichen zu können. Bis zum Jahre 1904 hatten unsere Kollegen in 21 Städten ihre Arbeitsbedingungen durch einen mit der örtlichen Arbeitgeberorganisation oder mit Einzelunternehmern vereinbarten Tarifvertrag geregelt. Es waren zwar meist Verträge, die nur beschränkten Anforderungen genühten, aber an sich hatte damit doch der Tarifvertrag auch in unserm Gewerbe seinen Einzug gehalten. Die Tatsachen waren somit über vereinzelte prinzipielle Streitigkeiten, die der Gedanke der Tarifgemeinschaft in unseren Reihen ausgelöst hatte, hinweggeschritten. Aber auch im Unternehmerlager regten sich die Gegner solcher „Harmoniebuscheln“. Es ist bekannt, daß diese Gegnerschaft in der Großindustrie auch bis heute noch nicht überwunden ist. Im Holzgewerbe kam das Arbeitgebertum erst zu einer nennenswerten Organisation und zu einer einigermaßen klaren Haltung in der Tariffrage, als die Arbeiter in jahrelangen erfolgreichen Bemühungen dem Tarifvertrag tatsächlich Eingang verschafft hatten.

Bei diesem Stand der Dinge trat der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe im Jahre 1902 seine Laufbahn an. Ihm blieb keine Möglichkeit, sich dem Tarifvertrag an sich etwa feindlich gegenüberzustellen, da er ihn doch nicht mehr beseitigen konnte. Er mußte, der Not gehorchend, eine tariffreundliche Haltung einnehmen, hatte dafür aber um so mehr an dem Inhalt der schon bestehenden und von uns weiter angestrebten Tarifverträge auszusehen. Die Holzarbeiter hatten bei all ihren bisherigen Kämpfen in erster Linie auf die Verkürzung der Arbeitszeit den größten Wert gelegt und in diesem Punkt auch mancherorts im Vergleich zu anderen Gewerkschaften beachtliche Erfolge erzielt. Bis in die neueste Zeit gilt bei unsern Lohnbewegungen die Parole: 1. Arbeitszeitverkürzung; 2. Lohnerhöhung. Dieses Programm haben wir mit allen nur möglichen Mitteln und unter Aufwendung der größten Opfer in unzähligen großen und kleinen Lohnkämpfen zur praktischen Geltung zu

bringen versucht. Da trat uns der Arbeitgeber-Schutzverband in den Weg, und auf sein Geheiß stellten sich in den Jahren 1903 bis 1905 die Arbeitgeber in mehreren Städten zum offenen Kampf, um unsern Vorwärtsschritten Einhalt zu gebieten. Ihm genügte es aber nicht, in den materiellen Fragen des Vertragsinhalts den Kampf gegen uns zu organisieren, er wollte auch dem ganzen seitherigen Vertragssystem, wie es sich in der Form des örtlichen Vertrages darstellte, radikal ein Ende machen und an seiner Stelle den Reichstarif einführen, dessen Träger nur die Zentralorganisationen auf beiden Seiten sein sollten. Der große Kampf des Jahres 1907, der mit der Aussperrung in Berlin seinen Anfang nahm und in kurzer Zeit auf 17 Städte ausgedehnt wurde, sollte diese Pläne des Arbeitgeber-Schutzverbandes verwirklichen.

Für unsern Verband erwuchs daraus die Notwendigkeit, der durch die Unternehmerattitel bedrohten ruhigen Weiterentwicklung unserer Tarifverträge rechtzeitig zu begegnen. Nach Beendigung des Kampfes im Jahre 1907 und später haben wir darüber gründliche Beratungen gepflogen, die von wirklicher Sorge um eine vorteilhafte Ausgestaltung und Weiterbildung des Vertragswesens erfüllt waren. Die Arbeitgeber dagegen ließen sich bei ihren Bestrebungen ausschließlich von kämpftaktischen Erwägungen leiten, ihnen war der Tarifvertrag an sich vollkommen Nebensache, ihr einziges Ziel war, ihre Position gegenüber unserm Verband zu stärken. Dazu schien ihnen die einheitliche Zusammenfassung aller örtlichen Verträge in einem Reichstarif mit dem gleichen Ablauftermin für das ganze Reich das geeignete Mittel zu sein. Hierfür setzte der Arbeitgeber-Schutzverband Jahre hindurch seine ganze Kraft ein, ohne sich darüber klar zu sein, daß ein solcher Reichstarif, der an sich wohl eine ganz lobenswerte Sache sein kann, nur auf entsprechenden Vorbedingungen beruhen kann. Als solche Vorbedingungen wurden von uns folgende Punkte aufgestellt: Anerkennung des Tarifvertrages seitens der Unternehmer als Mittel zu einer allgemeinfortschrittlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im deutschen Holzgewerbe; Verkürzung und Festsetzung der Arbeitszeit nach Tarifklassen unter Anerkennung der normalen neunstündigen Arbeitszeit; Aufnahme fest vereinbarter Vertragslöhne in alle örtlichen Verträge; gegenseitige Vereinbarung über Fassung und Inhalt der Verträge; Ausbau des tariflichen Schiedsverfahrens bei Lohnstreitigkeiten; Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen an allen Vertragssorten; bestimmte Garantien der Unternehmerorganisation für die Anerkennung und lokale Durchführung der Verträge durch die Arbeitgeber. Das war ein anderes Programm für unsere Tarifpolitik als das vom Arbeitgeber-Schutzverband aufgestellte. Da hieß es nun für unsern Verband, mit ganzer Kraft ans Werk gehen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Bei den im allgemeinen mit großem Verständnis aufgenommenen Bestrebungen unseres Verbandes in den eigenen Reihen unserer Mitglieder durften wir uns den aus diesem Programm sich etwa ergebenden Aufgaben und Kämpfen mit dem allergrößten Vertrauen widmen, und tatsächlich ist denn auch um die gegenteiligen grundsätzlichen Ziele in den folgenden Jahren wiederholt erbittert gekämpft worden. Wir haben dabei die Oberhand behalten, weil wir die bessere Organisation, die opferbereiteren Kämpfer und die richtigeren Kampfziele auf unserer Seite hatten. Wir brachten es fertig, entgegen dem bis zum äußersten verteidigten Willen des Arbeitgeber-Schutzverbandes auf Schaffung des Einheitsstarifs, die Vertragssorte in vier Gruppen zu teilen und bei vierjähriger Vertragsdauer in jedem Jahre nur für eine Gruppe die Verhandlungen um Erneuerung der Verträge zu führen. Dadurch war unsere Position gegenüber den Unternehmern stets die vorteilhaftere, andererseits konnten wir in jedem Jahre auf Grund erneuter Erfahrungen an dem Ausbau der Verträge arbeiten. Wir haben dabei einen Schritt nach dem andern vorwärts getan, nicht nur für momentane Lohnforderungen, sondern auch für ein modernes, günstiges Vertragswesen und seine Fortentwicklung unser Bestes aufgewendet. Jede neue Bewegung führte zu neuen Kämpfen um die oben wiedergegebenen, von uns in jedem Jahre mit erneuter Energie vertretenen Forderungen. Bald war es der Arbeitsnachweis, bald die Arbeitszeit, dann wieder der vertragliche Mindestlohn, die tarifliche Regelung der Akkordarbeit oder irgendeine andere unserer Forderungen, wegen deren Anerkennung wir uns mit den Arbeitgebern herumschlagen mußten. In den Reihen des Unternehmertums bildeten sich die heftigsten Gegner der von uns vertretenen Vertragspolitik heraus, denen aber die ganze Richtung unserer Tarifverträge nicht paßte. Manche Bezirksverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes hielten fortgesetzt im eigenen Lager zu einer aggressiveren Taktik gegen den Holzarbeiter-Verband, und als sie damit nicht durchdrangen, weil die besonnenere Leitung des Schutzverbandes sich mit der Zeit in solche fragwürdigen Aktionen nicht mehr einlassen wollte, da suchten die scharfmacherischen Elemente bei den örtlichen Arbeitgeberverbänden im tariffeindlichen Sinne Schutz und Anstalt. Diese erbitterten Gegner haben uns in den Jahren 1908 bis 1913 wiederholte Machtkämpfe geliefert, wobei es sich in vollstem Ernst um eine radikale Niederschlagung unserer ganzen Vertragsziele und Errungenschaften drehte. Doch auch mit diesen Herrschaften sind wir fertig geworden, wenn es auch nur unter Anspannung der äußersten Kräfte unseres Verbandes und der beteiligten Kollegen möglich war. Nicht nur das materielle Interesse unserer Kollegen ist bei diesen Kämpfen von uns mit Erfolg verteidigt worden, auch in den grundsätzlichen Streitpunkten reichten wir einen Erfolg an den andern. Das war die praktische Vorarbeit für einen Reichstarif, wie wir ihn einst verstanden hatten.

In diese unter dem starken Einfluß unseres Verbandes stehende Entwicklung des Vertragswesens im Holzgewerbe brachte der Krieg mit rauher Hand eine jähe Unterbrechung. Doch nicht lange währte die Resignation, da nahm der Verband seinen alten Schicksalstruf, wenn auch in veränderter Form, von neuem auf. Weiterarbeiten, weiterkämpfen, rief er den Kollegen zu, und wieder zeigte sich, weidlich und bezwinglichen Kampfesgeist die Holzarbeiter sich bewahrt hatten. Wie einst unsere Alten allen Gefahren

trotzend das Banner der gewerkschaftlichen Solidarität den Massen vorantreiben, so erwies sich auch unter dem Krieg der Gedanke von der Notwendigkeit unseres Zusammenhaltens als unbesiegbar. Wir waren bald wieder auf dem Plan und suchten mit kritischem, spähendem Blick die Erfolgsmöglichkeiten der veränderten Situation zu erkennen. Und kein Kollege dürfte heute behaupten wollen, daß unser Verband auch während der Kriegszeit in seiner Lohn- und Tarifbewegung nicht auf vollendeter Höhe gestanden hätte. Im November des Jahres 1914, als wir von den Unternehmern für den Bestand unserer Tarifverträge und vertraglichen Nebenvereinbarungen bestimmte Sicherungen verlangten, riefen sie uns kalt entgegen: „Hände weg, wir wollen die günstige Kriegskonjunktur für uns ausnützen!“ Als sich dann später die Situation änderte, da sagten auch wir: Wir haben weitergehende Wünsche als bloße Teuerungszulagen; jetzt wollen auch wir die Konjunktur ausnützen und in der Ausgestaltung unserer Verträge noch einige rückständige Posten eintreiben. So ergaben sich unsere über die Teuerungszulagen hinausgehenden Forderungen: Schaffung von Tarifklassen mit Einschluß aller Vertragssorten des Reiches unter gleichzeitiger Regelung von Mindestlöhnen und Arbeitszeit nach diesen Klassen; Mindestlöhne für Arbeiterinnen; Erhöhung der Tarifföhe für Montagearbeiten usw.; Sicherung der Entlohnung und Schutz der Kriegsbeschädigten; Ausbau der paritätischen Arbeitsvermittlung; Einbeziehung der Ungelernten bzw. Hilfsarbeiter in die Verträge u. a. m. Unsere Kollegen wissen, daß wir in all diesen Fragen nicht umsonst gekämpft und gestritten haben. Von den Erfolgen im einzelnen wollen wir an dieser Stelle nicht reden. Aber Tatsache ist, daß wir vieles — wenn auch natürlich noch lange nicht ausreichend — für die Kollegen in der Heimat an Verbesserungen für die Gegenwart erzielt haben. Aber größeres Gewicht legen wir auf das, was wir an dauernden Werten auf den bezeichneten Gebieten geschaffen haben und als Erfolg unserer Mühen und Kämpfe den aus dem Felde heimkehrenden Kollegen darbieten können. Auch an sie haben wir dabei gedacht, damit sie nach den harten Kämpfen und Entbehrungen des Krieges wenigstens einen angemessenen Lohn und eine erträgliche Arbeitszeit in der Heimat vorfinden. Wenn uns nach dem lange ersehnten Friedensschluß nicht ein allzu großer Niedergang der Konjunktur trifft, und wenn weiter unsere Kollegenhaft in alter erprobter Treue zu ihrem Verband stehen wird, dann werden wir um so mehr imstande sein, alle kommenden Kämpfe und Gefahren zu überwinden und unsern wirtschaftlichen Aufstieg neue Bahnen zu erschließen. Die Zeit des sogenannten Burgfriedens hat ja schon den Krieg nicht überdauert, um wieviel schärfer werden erst nachher die Interessentkämpfe der Klassen hervordringen, bei denen doch wohl der Arbeiterkampf eine gewichtige Rolle zu spielen dürfte. Eine neue und bessere Zeit kann aber für uns nur dann anbrechen, wenn wir alle, mit unseren Klassengenossen zu geschlossener Kraft vereinigt, ihre Geburtshelfer sein werden. Darum gilt auch heute noch das begeisterte Lösungswort der Vorkämpfer und Gründer des Verbandes: **Rüstig vorwärts im Kampf um eine bessere Zukunft!** A. Neumann.

Die sozialpolitischen Bestrebungen des Verbandes

Mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsangehörigen ist die Aufgabe, die der Verband sich gestellt, nicht erschöpft. Sein Wirken gilt ebenso dem Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit wie auch der Wahrung und Förderung ihrer Rechte und Interessen im sozialen Leben überhaupt. Die Schaffung eines neuen Arbeitsrechts, das die volle wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennt, sowie der Ausbau der Sozialgesetzgebung sind von größter Bedeutung für den Verband und seine Mitglieder. Zu seinem eigenen Leben braucht er Licht und Luft, braucht er das Recht freier Betätigung. Die Forderung eines freien Koalitionsrechts wurde somit geradezu eine Lebensfrage für ihn. Ungeachtet aller Widerstände und Schwierigkeiten, die sich ihm in den Weg stellten, ist er von seiner Bahn nicht abgegangen, hat er mit guter Zuversicht unbeirrt und konsequent sein Ziel verfolgt.

In der Geschichte der Menschheit gibt es keinen Stillstand. Infolge der rapiden technisch-wirtschaftlichen Entwicklung geht die Wandlung der Dinge in der jetzigen Zeit in schnellem Tempo vor sich, viel schneller als in irgendeiner früheren Zeit. Das praktische Leben ist sehr vielgestaltig, immer wieder neue Probleme wirft es auf, die bestimmte Gestaltung erheischen und auf rechtliche Grundlage gestellt werden müssen. Aber nur zögernd und hinter dem Gang der Ereignisse in weitem Abstand folgend, nimmt erst die Gesetzgebung sich der neuen Dinge an. Der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter ist die große und hohe Aufgabe verblieben, die neuen sozialen Probleme schon bei Zeiten einer Lösung zuzuführen, bei der auch die berechtigten Interessen der Arbeiter die gebührende Berücksichtigung finden. Je besser und durchgreifender sie dies vollbringt, um so eher wird auch damit zu rechnen sein, daß die Gesetzgebung in gleicher Weise folgt. Unser Verband hat an dieser Arbeit reichen Anteil genommen. Nicht darum handelt es sich für ihn bei seiner sozialpolitischen Betätigung, etwa den Staat von der Erfüllung seiner sozialen Pflichten zu entbinden, sondern er will im Gegenteil fortgesetzt ein eindringlicher Mahner sein, der den rechten Weg weist und ihn auch vorbereitet.

Eine wichtige Aufgabe erblickt der Verband von seiner Gründung an in der Regelung der Arbeitsvermittlung durch Errichtung von Arbeitsnachweisen. Diesem Bestreben setzten jedoch die Unternehmer heftigen Widerstand entgegen, und ebenso entschieden bekämpften sie die später von uns geforderten paritätischen Arbeitsnachweise. Infolge des großen Kampfes 1907 wurde endlich ein Regulativ für paritätische Arbeitsnachweise mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe vereinbart, das jedoch dann von dessen Generalversammlung wieder abgelehnt wurde. Immerhin kamen in den folgenden Jahren einige Arbeitsnachweise auf der Grundlage jenes Regulativs zustande. Bei den großen Tarifverhandlungen 1913 wurde schließlich vereinbart: „Beide Parteien sollen gehalten sein, in den Städten, wo die Arbeits-

vermittlung einer den beiderseitigen Interessen dienenden Regelung bedarf, diese Regelung durch Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise vorzunehmen.“ Mittlerweile sind durch den Abschluß von Tarifverträgen vielerorts die Arbeitsbedingungen geregelt worden, zum Teil ist der Arbeitsnachweis schon ein Bestandteil des Vertrages geworden. Damit ist der Arbeitsnachweis aber auch seines früheren Charakters als Kampfmittel entkleidet, und er kann jetzt seiner eigentlichen Aufgabe, der unparteilichen Arbeitsvermittlung, um so besser nachkommen. Inzwischen hat weiter auch der Krieg mit erschreckender Deutlichkeit erneut gezeigt, wie dringend notwendig die allgemeine Regelung der Arbeitsvermittlung ist. Ein solch großes volkswirtschaftliches Interesse liegt dabei vor, daß es als unumgängliche Pflicht des Staates erachtet werden muß, mit der gesetzlichen Regelung nicht mehr länger zu säumen.

Im engen Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsvermittlung steht die Ergreifung von Maßnahmen, um größerer Arbeitslosigkeit durch rechtzeitige Beschaffung von Arbeitsgelegenheit möglichst vorzubeugen. Wiederholt ist dieserhalb der Verband an die staatlichen und die kommunalen Behörden herantreten, um sie zu veranlassen, durch Vornahme öffentlicher Arbeiten der Arbeitslosigkeit zu steuern. Als infolge des Ausbruchs des Weltkrieges viele Betriebe der Holzindustrie geschlossen oder erheblich eingeschränkt wurden, wirkte der Verband auf die Gründung von Arbeitsgemeinschaften mit dem Arbeitgeber-Schutzverband hin mit der Aufgabe, Mittel und Wege für die Beschaffung von Arbeit zu finden. Ebenso hat er bei Zeiten Schritte unternommen, damit von den Behörden Vorsorge getroffen werde, daß bei Beendigung des Krieges bei der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft eine Wiederholung der Vorgänge zu Anfang des Krieges verhütet werde.

Die Fürsorge für die Arbeitslosen durch Gewährung von Unterstützung war die Sorge des Verbandes, und hat er damit schon vielen tausend Arbeitern über die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit hinweggeholfen. Daß aber auch in dieser Beziehung im sozialen Interesse eine dringliche Verpflichtung des Staates zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorliegt, darüber kann, zumal nach den Erfahrungen in der Kriegszeit, ein Zweifel heute nicht mehr bestehen.

Für Arbeiterschutz lautet eine alte Parole des Verbandes. Bei Ausübung ihres Berufes ist Leben und Gesundheit der Holzarbeiter von vielerlei Gefahren bedroht. Unzureichende schlechte Arbeitsräume, nicht genügend Licht und Luft, ungenügende Ventilation und Heizung, schlechtes Arbeitsmaterial, übermäßige Arbeitszeit und noch manches andere wirken schädlich auf ihre Gesundheit ein. Dazu treten noch die besonderen Unfallgefahren der einzelnen Berufe. Obwohl es sich hierbei keineswegs um Einzelercheinungen handelt, wurde doch früher dem Schutz gegen Berufsgefahren wenig Beachtung geschenkt. Die Gefahren erkennen lernen, ist die Vorbedingung, um sie zu überwinden. Von dieser alten Erfahrung geleitet, ist der Verband fortgesetzt in Wort und Schrift für Besserung der Verhältnisse tätig gewesen.

Besondere Aufmerksamkeit hat unser Verband dem Kampf gegen die Unfallgefahr an den Holzbearbeitungsmaschinen gewidmet. Auf seine Veranlassung fand im November 1911 in München eine Konferenz der Maschinenarbeiter, Schneidmüller und Säger aus allen Teilen Deutschlands statt, die sich speziell mit den Unfallgefahren dieser Berufe und den Maßnahmen zu ihrer wirksamen Bekämpfung beschäftigte. Lichtbildervorträge wurden in einer großen Anzahl Orten der Holzindustrie veranstaltet, um breitere Schichten der Bevölkerung für das Problem des Unfallsschutzes an Holzbearbeitungsmaschinen zu interessieren. Seine Wanderausstellung betreffend die Unfallgefahren in der Holzindustrie diente dem gleichen Zweck. An die Gewerbeinspektionen, die Berufsgenossenschaften und die Landesregierungen richtete der Verband Eingaben mit geeigneten Vorschlägen für Maßnahmen zum Schutz für Leben und Gesundheit der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter.

Zur Bekämpfung der schlimmen Milzbrandgefahr in der Bürsten- und Pinselindustrie setzte der Verband bereits 1894 eine Kommission ein, die bei den verschiedenen Behörden Schutzmaßnahmen fordernte. Als erster Erfolg erschien im Januar 1899 eine Verordnung des Bundesrats, die allerdings noch sehr unzulänglich war. In einer Denkschrift an den Reichsanzler forderte die Kommission weitergehende Bestimmungen. Im Oktober 1902 erschien auch eine neue Verordnung mit erheblichen Verbesserungen, die allerdings wichtige Wünsche der Arbeiter noch unerfüllt läßt.

Im Interesse der Arbeiter, die mit Verarbeitung des äußerst feuergefährlichen Zelluloids beschäftigt sind oder damit in Berührung kommen, stellte der Verband Erhebungen an, um die nötigen Unterlagen zur wirksamen Bekämpfung der Gefahren zu erhalten. In einer Petition an den Bundesrat und den Reichstag wurden dann unter Darstellung des gewonnenen Materials Vorschläge für eine entsprechende Verordnung gemacht. Die Eingabe wurde zwar vom Reichstag der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, doch ist von dieser in der Sache seither nichts unternommen worden.

Um Maßnahmen zum Schutz der Bergolder gegen ihre Berufsgefahren in die Wege zu leiten, veranstaltete der Verband eine statistische Untersuchung der Verhältnisse und brachte die Ergebnisse in einer Broschüre: „Die hygienischen Zustände in den Bergoldereibetrieben“ zur Veröffentlichung. Auf Grund des gewonnenen Materials wurden weiter bestimmte Forderungen zur Beseitigung der Gefahren für Leben und Gesundheit dieser Arbeiter aufgestellt.

Für den Bauarbeiterschutz betätigte sich der Verband in Gemeinschaft mit den anderen Organisationen. In den Kommissionen, die dem Bauarbeiterschutz dienen, werden die Interessen seiner Berufsangehörigen durch eigene Vertreter wahrgenommen. Dergleichen war der Verband an den Bauarbeiterschutzkongressen wie auch an der Bauausstellung in Leipzig 1913 beteiligt.

Einen langwierigen Kampf hat unser Verband gegen die Schädigung der freien Arbeiter durch die Konkurrenz der Gefängnisarbeit geführt. Durch allgemeine Verordnungen ist auf diesem Gebiet eine Besserung erzielt, doch kommen immer noch Einzelfälle vor, die ein Eingreifen unseres Verbandes zum Schutz von Kollegen aus verschiedenen Berufen notwendig machen.

Bei bestimmten Anlässen hat unser Verband des Öfteren zur Wahrung der Interessen der Arbeiter der in unserem Verband vertretenen Berufszweige Stellung genommen. So für die Arbeiter der Industrie der chirurgischen Instrumente, als deren Existenzbedingungen bedroht wurden, durch den Entwurf eines Gesetzes, durch das angebliche Mißstände im Heilgewerbe getroffen werden sollten. Als durch das Tabaksteuergesetz 1909 auch die Zigarrenfabrikation stark bedrängt wurde, trat der Verband dafür ein, daß den dadurch arbeitslos werdenden Ristenmachern ein Anspruch auf Unterstützung aus dem vom Reichstag für die Tabalarbeiter bereitgestellten Fonds zuteil werde. Die Lehrlingsfrage ist wiederholt Gegenstand der Beratung im Verband gewesen, sowohl um den Mißständen zu begegnen, unter denen die Lehrlinge oft noch zu leiden haben, als auch zur Förderung ihrer Ausbildung im Beruf.

Das Elend der Heimarbeit ist eine Frage, welcher unser Verband fortgesetzt reges Interesse entgegenbringt. Gibt es doch große Gebiete, in denen die Holzarbeiter alle Schädigungen der Heimarbeit im vollstem Umfange auskosten müssen. Neben der Wahrung der besonderen Interessen der heimarbeitenden Holzarbeiter läßt unser Verband den allgemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung des Elends der Heimarbeit jede Förderung zuteil werden. Er hat sich an den Heimarbeiterschutzkongressen beteiligt und es ermöglicht, daß dort auch Heimarbeiter aus der Holzindustrie ihre Wünsche und Beschwerden unmittelbar zum Vortrag bringen konnten. Der Erfolg der Heimarbeiterausstellung in Berlin im Jahre 1906 war zu einem guten Teil auch der Mitwirkung unseres Verbandes zu danken.

Der Ueberwachung der richtigen Durchführung der Arbeiterschutzgesetze sowie der Sozialversicherung hat der Verband seine Aufmerksamkeit gewidmet und gegen Verfehlungen geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen. Bei der Organisation der Wahlen der Arbeitervertreter nach der Reichsversicherungsordnung und bei den Gewerbegerichten war er stets rege beteiligt. Zahlreiche Vertreter wurden dabei aus seiner Mitte gestellt, die dann in eifriger Mitarbeit für die Wahrung der Rechte der Arbeiter gewirkt haben.

Durch Gewährung von Rechtsschutz an die Mitglieder bei gewerblichen Streitigkeiten oder solchen aus der Arbeiterversicherung trug der Verband weiter dazu bei, daß die Mitglieder nicht etwa wegen Mangels an Mitteln zur Klageführung auf ihre Rechtsansprüche verzichten mußten. Auch bei Anklagen wegen angeblichen Verfehlungen gegen vereinssgesetzliche Bestimmungen oder den verüchtigten § 153 der Gewerbeordnung haben sie den Bestand des Verbandes gefunden. Durch die Prozeßführung wurde oft erst breiteren Kreisen offenkundig gemacht, wie das geschriebene Recht manchmal hinter dem Gang der Entwicklung der ganzen Verhältnisse weit zurückgeblieben ist, und wie wenig es mit dem heutigen allgemeinen Rechtsempfinden noch im Einklang steht. So hat unser Verband, ohne sich selbst an der Politik zu beteiligen, doch durch seine Betätigung auf sozialpolitischem Gebiet kräftig an dem Aufbau eines neuen sozialen Rechts mitgewirkt.

Wenn früher manchmal die Ansicht laut wurde, das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften werde durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung eine Einschränkung erfahren, so hat sich diese Prophezeiung für unsern Verband so wenig als für die Gewerkschaften allgemein erfüllt. Ein großes Arbeitsfeld liegt vielmehr noch vor ihm. Noch besteht keine gesetzliche Vertretung der Arbeiter für die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen, während sie die Unternehmer längst schon haben. Noch ist die soziale Gleichberechtigung der Arbeiter in der Gesetzgebung nicht überall anerkannt. Aus der bisherigen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und insbesondere der eignen Geschichte des Verbandes kann die tröstliche Zuversicht gewonnen werden, daß diesen Bestrebungen die Zukunft gehört.

Die praktische Arbeit auf allen Gebieten, auch auf sozialpolitischem, drückt der Zeit die Zeichen des eigenen Willens auf. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist an die Lösung der sozialpolitischen Aufgaben gegangen aus dem tiefsten Grunde seiner Verantwortung vor der Geschichte und der Liebe zur Sache der Menschheit. Das wird sein Leitmotiv auch fernerhin sein.

W. S ch n e e g a ß.

Unsere Bildungsbestrebungen.

Eines der vornehmsten Bildungsmittel ist die Presse. Gilt das für die Presse im allgemeinen, so in ganz besonderem Maß für die Gewerkschaftspresse. Sie hat die Aufgabe, den Gesichtskreis der Arbeiter zu erweitern, sie muß die Berufsangehörigen bei der Führung ihrer Kämpfe unterstützen und zugleich als Werbemittel dienen, um der Organisation neue Mitglieder zuzuführen und bei den Gewonnenen das Verständnis für die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu vertiefen. Aus jeder dieser Aufgaben ergibt sich eine Reihe von Verpflichtungen, die in ihrer Gesamtheit das recht weitreichende Arbeitsgebiet der Gewerkschaftspresse ausmachen.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“, die zugleich mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband ins Leben getreten ist, kann von sich sagen, daß sie in den 25 Jahren ihres Bestehens allezeit bestrebt war, den ihr zugewiesenen Aufgabenkreis auszufüllen. Wie die Verbände, durch deren Zusammenschluß am 1. Juli 1893 der Holzarbeiter-Verband entstand, ihre selbständige Existenz ausgeben mußten zugunsten der höheren Organisationsform, so bedeutete auch die Gründung der „Holzarbeiter-Zeitung“ das Ende von vier Fachblättern. Die „Fachzeitung für Drechsler“, „Der Bürsten- und Pinselmacher“, „Der Wagenbauer“ und die „Neue Tischler-Zeitung“ sind im Juni 1893 zum letzten Male erschienen. Ebenso haben die Verbände, die sich später dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angeschlossen, soweit sie eigene Verbandsorgane hatten, diese zugunsten der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingehen lassen. Hier ist insbesondere das „Correspondenz-Blatt“ der Bergolder zu nennen, welches bis zum Jahre 1906 in Berlin erschien, während die vorgenannten Blätter in Hamburg herausgegeben wurden.

Am Jubiläumstage des Verbandsorgans ist es angebracht, einen kurzen Rückblick auf seine Geschichte und auf die seiner Vorläufer zu

werfen. Wir müssen uns dabei auf knappe Daten beschränken, da ein intimeres Eingehen auf den Stoff viel mehr Raum beanspruchen würde, als uns zur Verfügung steht.

Unter den Vorläufern der „Holzarbeiter-Zeitung“ nimmt die „Neue Tischler-Zeitung“ eine besondere Stellung ein. Von ihr hat unser Verbandsorgan bei seiner Gründung die Einrichtung und das Personal übernommen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ kann somit als die unmittelbare Nachfolgerin der „Neuen Tischler-Zeitung“ gelten, die wiederum ihren Stammbaum, wenn auch nicht ganz lückenlos, bis zu den ersten Preß-erzeugnissen der ältesten Holzarbeiterorganisation zurückverfolgen kann.

Die alte Holzarbeitergewerkschaft hat das Bedürfnis nach einem eigenen Preßorgan zweifellos sehr bald empfunden, aber erst zu Anfang des Jahres 1873 konnte dieses Bedürfnis in bescheidenem Umfang befriedigt werden. „Gewerkschaft der Holzarbeiter. Cirkular-Correspondenz des Ausschusses an die Gewerkschaft“ lautete der Titel des Blättchens, welches monatlich von dem Vorsitzenden der Gewerkschaft, Theodor York, herausgegeben wurde. Es enthielt nicht nur die Bekanntmachungen des Vorstandes, sondern auch belehrende Artikel und Berichte aus einzelnen Verbandsorten.

Am 15. Januar 1874 erschien an Stelle dieses Blattes zum ersten Male „Die Union“ mit dem Untertitel „Organ für die Holzarbeiter Deutschlands“. Die Redaktion führte weiter Theodor York. Zu Beginn des Jahres 1875, nach dem Tode von York, zeichnete zunächst Reinhard Meyer als Redakteur, der im August des gleichen Jahres von Bruno Mose abgelöst wurde. „Die Union“ hatte inzwischen ihren Untertitel abgeändert in „Organ der verbündeten Gewerkschaften“. Seit dem 1. April 1875 war sie in ein Wochenblatt umgewandelt, und am 1. Oktober des gleichen Jahres wurde ihr Format vergrößert. Mit dem 30. September 1879 stellte „Die Union“ ihr Erscheinen ein.

Inzwischen war durch den Zusammenschluß der Gewerkschaft der Holzarbeiter mit dem Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Verein der „Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen“ gebildet worden. Als gemeinsames Organ wurde der „Bund“ mit dem Untertitel: „Organ der Tischler und Berufsgenossen Deutschlands“ ins Leben gerufen. Der „Bund“ erschien ebenso wie „Die Union“ in Hamburg unter der Redaktion von Mose; das Format hatte gegenüber der „Union“ eine Vergrößerung erfahren, und das Blatt diente wieder ausschließlich der Organisation der Holzarbeiter. Der „Bund“ brachte es nur auf 30 Nummern. Die erste erschien am 7. Oktober 1876, die letzte am 28. Juli 1877. Die Redaktion wurde von Mose geführt, der aber infolge von Mißhelligkeiten um die Mitte des Jahres 1877 von seinem Posten zurücktrat. Die letzten sechs Nummern sind wieder von Reinh. Meyer, dem Vorsitzenden der Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Bundes der Tischler, gezeichnet.

Am Kopf seiner letzten Nummer teilte der „Bund“ mit: „Die Majorität der Mitglieder des Tischlerbundes hat beschlossen, daß der „Bund“ zugunsten des neu zu gründenden „Pionier“, Zentralorgan der deutschen Gewerkschaften und der eingeschriebenen Hilfskassen, einzugehen habe.“ Der „Pionier“ hatte schon vorher als Organ für die deutschen Zimmerleute bestanden. Jetzt erfolgte seine Verschmelzung mit dem „Bund“. Das Äußere des „Pionier“ erfuhr dadurch keine wesentliche Aenderung, nur begann er wieder einen ersten Jahrgang. Als Verleger des „Pionier“ zeichneten der Vorsitzende des Tischlerbundes, F. Weidemann, und der Zimmerer Otto Kapell. Redakteur war der Bruder des letzteren, August Kapell. Zeitweilig zeichnete auch Otto Kapell für die Redaktion. Wie der Bund der Tischler, so wurde auch der „Pionier“ sehr bald ein Opfer des Sozialistengefäßes. Seine letzte Nummer erschien am 9. November 1878.

Aus dem allgemeinen Zusammenbruch hatte sich die Zentral-Krankenkasse des Bundes der Tischler dadurch gerettet, daß der Vorstand des Bundes vor der Einreichung des neuen Statuts bei der Polizeibehörde, entgegen einem Beschluß der kurz zuvor abgehaltenen Generalversammlung, die Bestimmung strich, daß nur Mitglieder des Bundes der Krankenkasse angehören dürfen. Dadurch entging diese der Auflösung, und sie konstituierte sich nun als „Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“. In der schwersten Zeit des Sozialistengefäßes bildete diese Kasse den Sammelpunkt der ihrer legalen Organisation beraubten Tischler. Von ihr wurde auch den Tischlern wieder ein Fachorgan gegeben. Am 1. Januar 1879 erschien die erste Nummer der „Neuen Tischler-Zeitung“, als deren Verleger und Redakteur Reinhard Meyer in Hamburg, der Vorsitzende der Krankenkasse, zeichnete. Das Blatt erschien zunächst zweimal monatlich in kleinem Format. Es mußte sehr vorsichtig redigiert werden und behandelte fast nur technische Fragen, daneben wurden auch sozialpolitische Fragen mit großer Zurückhaltung erörtert. Am 1. Oktober 1879 übernahm der Hauptkassierer der Krankenkasse, Wilhelm Gram, die Redaktion, vom November 1880 an auch den Verlag der „Neuen Tischler-Zeitung“. Mit dem Beginn des

Jahres 1881 konnte die „Neue Tischler-Zeitung“ in vergrößertem Format und auf besserem Papier erscheinen. Allmählich begann das Blatt der Fachvereins- und der Streikbewegung größere Aufmerksamkeit zu widmen. Vom Beginn des Jahres 1884 an erschien die „Neue Tischler-Zeitung“, die inzwischen das Publikationsorgan des neugegründeten Tischlerverbandes geworden war, als Wochenblatt. Am 1. Juli 1885 übernahm Louis Jakob die Redaktion, der dieses Amt bis zum Schluß des Jahres 1888 inne hatte. Sein Nachfolger wurde Richard Müller.

Dem Bedürfnis nach einer Vergrößerung des Umfangs wurde im Jahre 1890 durch die Wahl eines größeren Formats entsprochen. Vom Jahre 1891 an lehrte man aber wieder zu dem früheren handlichen Format zurück, und nunmehr erschien die „Neue Tischler-Zeitung“ wöchentlich acht Seiten stark. Am 1. April 1891 trat das auf dem Verbandstag in Hannover im Jahre 1890 beschlossene Obligatorium in Kraft; fortan erhielt jedes Verbandsmitglied das Verbandsorgan unentgeltlich zugestellt, während es vorher besonders abonniert werden mußte.

Ende Juli 1892 schied Richard Müller aus der Redaktion aus und Wilhelm Pfannkuch übernahm die Leitung des Verbandsorgans. Die Nummer vom 25. Juni 1893 war die letzte der „Neuen Tischler-Zeitung“. In ihr teilte der Verleger Wilhelm Gram mit, daß das Blatt, welches es im Jahre 1880 nur auf 711 Abonnenten gebracht hatte, zu einem Gewerkschaftsorgan ersten Ranges geworden sei und in einer Auflage von mehr als 22 000 gedruckt wurde. Das Personal der Redaktion und der Expedition bleibe bei der nunmehr erscheinenden „Holzarbeiter-Zeitung“ daselbe wie bei der „Neuen Tischler-Zeitung“. Das von dieser erworbene Eigentum, sowohl die Bureaueinrichtung als auch das Barvermögen, werde vom Verlag dem Holzarbeiter-Verband als Geschenk überwiesen. Am 2. Juli 1893 erschien die erste Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“. An ihrem Kopf zeichneten als Herausgeber Heinrich Stübbe, als Redakteur Wilhelm Pfannkuch und als Expedient Albert Röske. In einem Aufruf an die Verbandsmitglieder sagte Verlag und Redaktion: „Die vornehmste Aufgabe der Holzarbeiter-Zeitung ist, die Leitung des Verbandes zu führen, die Bestrebungen des Verbandes zu fördern, den Kollegen des Verbandes im besonderen und der Arbeiterklasse im allgemeinen zu dienen.“ Diesem Programm ist unser Verbandsorgan in der Folge treu geblieben; es war der Leitfaden für alle Redakteure, die seither an der „Holzarbeiter-Zeitung“ tätig waren.

Mit dem Ablauf des Jahres 1893 schied Pfannkuch aus der Redaktion aus, um eine Stelle als Sekretär im Parteivorstand anzutreten. Das Amt des Redakteurs übernahm nun Albert Röske, der schon früher vertretungsweise die Redaktion geführt hatte. Als Expedient trat Heinrich Stübbe ein. Als das Wachstum des Verbandsorgans die Einstellung einer weiteren Kraft notwendig machte, wurde Ernst Deinhardt berufen, der seit September 1900 in der Redaktion und der Expedition tätig war.

Die von der Verbandsleitung schon lange angestrebte Zusammenlegung der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit dem Verbandsorgan wurde vom Verbandstag zu Leipzig 1904 beschlossen. Vom Beginn des Jahres 1905 an erschien die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Stuttgart. Die Kollegen Röske und Stübbe, die sich von Hamburg nicht trennen wollten, schieden aus, und Deinhardt übernahm die Leitung der Redaktion. Die von ihm bisher bekleidete Funktion wurde Michael Kayser übertragen, während Eduard Steinhilber die Leitung der Expedition übernahm. Seit dem im Frühjahr 1909 erfolgten Tod von Deinhardt wird die „Holzarbeiter-Zeitung“ von Kayser redigiert.

Im Herbst 1908 wurde der Sitz des Verbandsvorstandes von Stuttgart nach Berlin verlegt; die erste hier herausgegebene Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ war die vom 3. Oktober 1908. Seit der Ueberführung nach Stuttgart hatte der Verbandsvorsitzende als Verleger gezeichnet. Im Dezember 1909 wurde der Verlag von der inzwischen gegründeten Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., übernommen. Gedruckt wird die „Holzarbeiter-Zeitung“ seit Juli 1913 in der eigenen Druckerei der Verlagsanstalt.

Das ist in kurzen Zügen der äußere Werdegang unseres Verbandsorgans. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann gesagt werden, daß alle Redakteure, die bisher an ihm gewirkt haben, bemüht waren, den vielseitigen Ansprüchen, die an das Verbandsorgan der Holzarbeiter gestellt werden, Genüge zu leisten und ihm eine geachtete Stellung in der deutschen Gewerkschaftspressen zu sichern. Die dem Verbandsorgan gestellten Aufgaben sind zahlreich und mannigfaltig, und es wird so leicht nicht gelingen, etwas in jeder Hinsicht Vollkommenes zu leisten. Auch auf diesem Gebiet ist ein verständiges Zusammenwirken aller im Verband tätigen Kräfte notwendig, um gute Ergebnisse zu erzielen.

Nach Lage der Dinge kann die „Holzarbeiter-Zeitung“ der beruflichen Fortbildung der Mitglieder nur geringe Aufmerksamkeit widmen. Dieser



Die Union.
Organ für die Holzarbeiter Deutschlands

Bund.
Organ der Tischler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands

Neue Tischler-Zeitung.
Wöchentlich acht Seiten stark

Pionier.
Zentralorgan der deutschen Gewerkschaften und der eingeschriebenen Hilfskassen

Fachzeitung - Drechsler
Organ der Drechsler und verwandten Berufsgenossen

Correspondenz-Blatt
Organ der Holzarbeitergewerkschaften

Holzarbeiter-Zeitung
Organ der Holzarbeitergewerkschaften

Bürsten- und Pinselmacher.
Organ der Bürsten- und Pinselmacher

Holzarbeiter-Jugendblatt
Organ der Holzarbeiterjugend

Sachblatt für Holzarbeiter
Organ der Holzarbeitergewerkschaften

Die Union.
Organ für die Holzarbeiter Deutschlands

Teil seiner Aufgabe ist dem Verbandsorgan abgenommen durch das im Jahre 1906 vom Verband ins Leben gerufene „Fachblatt für Holzarbeiter“. Das „Fachblatt“ behandelt ausschließlich technische und kunstgewerbliche Fragen. Seine redaktionelle Leitung wurde von Deinhardt übernommen, der es verstanden hat, dem „Fachblatt“ schnell einen geachteten Platz unter den kunstgewerblichen Zeitschriften Deutschlands zu verschaffen. Der Nachfolger Deinhardts, Franz Rißner, hat dem „Fachblatt“ die errungene Stellung zu behaupten gewußt. Das gleiche kann auch von den Kollegen gesagt werden, die Rißner während seines Kriegsdienstes vertreten haben, aber gleichfalls nacheinander zum Heer einberufen wurden. Seit nahezu zwei Jahren wird die Redaktion des „Fachblatts“ von Franz Schlemminger besorgt.

Mit der „Holzarbeiter-Zeitung“ und dem monatlich erscheinenden „Fachblatt für Holzarbeiter“ ist die literarische Produktion unseres Verbandes bei weitem nicht erschöpft. Eine vollständige Aufzählung der periodisch und gelegentlich erscheinenden Druckerzeugnisse, die von unserm Verband bisher herausgegeben wurden, ist auch kaum möglich. Besondere Erwähnung verdient der „Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“, den Leipart im Auftrage des Verbandsvorstandes zuerst für das Jahr 1900 herausgegeben hat. Dieser Taschentalender erscheint seither alljährlich in immer vollkommenerer Gestalt. Daß es ein glücklicher Gedanke war, einen solchen gewerkschaftlichen Taschentalender ins Leben zu rufen, kann man daraus erkennen, daß das Beispiel unseres Verbandes seither von vielen Gewerkschaften nachgeahmt wurde. Die Jahrbücher unseres Verbandes, die seit 1906 herausgegeben werden, sind eine Fundgrube für Material über unsere Organisation. Erwähnt seien noch die verschiedenen Statistiken, die unser Verband im Lauf der Jahre aufgenommen hat, und die verschiedenartigen Publikationen über die einzelnen im Verband vertretenen Branchen.

Zur Bewältigung der sich immer mehr und mehr häufenden literarischen Arbeiten hat der Verbandsvorstand einem Beschluß des Münchener Verbandstages folgend, ein eigenes literarisch-statistisches Bureau eingerichtet. Als wichtigste Aufgabe ist dessen Leiter, Fritz Larnow, die Abfassung einer groß angelegten Geschichte unseres Verbandes übertragen, die zum Verbandsjubiläum hätte erscheinen sollen. Der Krieg und die Einberufung des Autors haben die Verwirklichung dieses Planes auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Zu den periodisch erscheinenden Druckschriften des Verbandes gehören auch das „Holzarbeiter-Jugendblatt“, welches im Mai 1914 ins Leben gerufen wurde, und das „Holzarbeiter-Frauenblatt“, dessen erste Nummer im November 1914 erschien. Beide Blätter wurden zunächst von Larnow redigiert; jetzt wird diese Arbeit vom Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ besorgt.

Wenn man den Begriff der Bildungsbestrebungen des Verbandes weiter fassen will, dann könnte man hier auch noch die mitunter sehr erheblichen Beträge nennen, die von vielen Zahlstellen für Bibliotheken, Unterrichtskurse usw. aufgewendet werden. Hierzu würden auch die Leistungen unserer Verbandsbuchhandlung und auch die vom Verband veranstalteten Lichtbildervorträge gehören, die nur durch den Krieg eine unliebsame Unterbrechung erfahren haben. Aber wenn man sich auch nur auf die literarische Produktion beschränkt, die von der Verbandsleitung ausgeht, und ihre Menge und ihren inneren Gehalt zugrunde legt, dann muß man zugestehen, daß diese Leistungen auch einer strengen Prüfung standhalten können.

Blättert man in den Publikationen aus der Jugendzeit der Organisation, dann mutet uns heute manches, was damals geschrieben wurde, recht naiv an. Aber es ist viel schwerer, etwas Neues aus dem Nichts zu schaffen, als auf einer bereits vorhandenen Grundlage weiterzubauen. Unsere Vorkämpfer haben, oft mit unzulänglichen Mitteln, aber mit glühender Begeisterung die Fundamente gelegt, auf denen wir das Gebäude unseres Verbandes errichtet haben. Die Erfahrungen, die die Älteren mühselig gesammelt, haben wir uns zunutze gemacht, wie eine spätere Generation auch unser Werk in vervollkommnetem Zustand weiterführen wird. Auch für die literarischen Erzeugnisse und die sonstigen Bildungsmittel unseres Verbandes muß der Grundsatz gelten: Für unsere Kollegen ist das Beste gerade gut genug! M. R.

Unser Kassenwesen.

Mit der Abrechnung für das Jahr 1917 konnte über ein Verbandsvermögen von 7 703 717 M. berichtet werden. Ein Ergebnis, über das wir uns um so mehr freuen dürfen, wenn wir die riesigen Ausgaben dabei in Betracht ziehen, die allein in den letzten vier Jahren während des Krieges vom Verband geleistet werden mußten.

Es ist langsam vorwärtsgewandert. Mit einem Grundstock von 30 313 M., welcher von den vier sich zusammenschließenden Verbänden eingekauft wurde, trat am 1. Juli 1893 der Deutsche Holzarbeiter-Verband ins Leben. Bei einem Beitrag von 15 Pf. pro Woche war an Ueberschüsse nicht zu denken. Die wenigen Unterstützungen, welche damals gewährt wurden, dazu der Unterhalt der Zeitung, erforderten fast regelmäßig die ganzen Einnahmen, und als im Jahre 1896 der große Streit in Lauterberg ausbrach, sah sich der Vorstand genötigt, vorübergehend einen Extra-

beitrag von 10 Pf. pro Woche zu erheben. Noch in demselben Jahre erfolgte die Erhöhung des ordentlichen Beitrages von 15 auf 20 Pf. pro Woche; dieser Beschluß trat am 1. Januar 1897 in Kraft. Er brachte eine kleine Besserung; erhöhte sich doch der Bestand der Hauptkasse von 48 000 M. am Jahresschluß 1896 auf 123 000 M. am Jahresschluß 1897 und auf 252 000 M. am Jahresschluß 1899. Doch schon das Jahr 1900 brachte durch seine Streikbewegung die Finanzlage des Verbandes arg ins Schwanken. Trotzdem in diesem Jahre der Beitrag von 20 auf 25 Pf. pro Woche erhöht wurde, weist die Abrechnung für dieses Jahre eine Mehrausgabe von rund 120 000 M. und eine Gesamtausgabe der Verbandskasse von 1 200 000 M. auf. Zum erstenmal seit Bestehen des Verbandes haben hier die Einnahmen aber auch die Ausgaben den Betrag von einer Million überstiegen. Nachdem im Jahre 1903 der Beitrag auf 35 Pf. erhöht wurde, konnte der damalige Hauptkassierer, Kollege Wohne, auf dem Verbandstag in Leipzig 1904 berichten, daß es vorwärtsgehe, und wenn keine größeren Ansprüche an die Kasse gestellt würden, die Million Verbandsvermögen hoffentlich bald voll sein werde. Sie ist noch voll geworden, die Million, denn am Jahresschluß 1904 konnte über ein Vermögen der Hauptkasse von 1 007 000 M. berichtet werden. Im Jahre 1905 überstiegen die Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse schon die zweite Million. Jetzt werden auch zum erstenmal Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen zusammengestellt und veröffentlicht. Auch hier wird über ansehnliche Summen berichtet, weist doch die Zusammenstellung eine Einnahme der Lokalkassen von 1 549 000 M., eine Ausgabe von 1 278 000 M. und einen Bestand von 734 000 M. auf. Am Jahresschluß 1906 betrug das Vermögen der Haupt- und Lokalkassen zusammen bereits die Summe von 2 327 000 M., jedoch die zweite Million der Verbandskasse ließ noch lange auf sich warten.

Erst nachdem im Juli 1906 der Beitrag auf 50 Pf. und vier Jahre später im gleichen Monat des Jahres 1910 auf 60 Pf. erhöht wurde, konnte am Jahresschluß 1910 die Hauptkasse über ein Vermögen von über zwei Millionen und am Jahresschluß 1911 von über drei Millionen berichten.

Das Aussperrungsjahr 1907 stellte an die Verbandskasse wieder große Anforderungen. Die Jahresabrechnung weist für die Hauptkasse eine Gesamtausgabe von 4,2 Millionen und die der Lokalkassen von 3,8 Millionen Mark auf. Hier treten zum erstenmal in erheblichem Maße die freiwilligen Extrabeiträge in Erscheinung, wurden doch in diesem Jahre von den Lokalkassen und durch die Kollegen die ansehnliche Summe von 1,4 Millionen Mark an die Hauptkasse abgeführt.

Durch den günstigen Abschluß unserer Tarifbewegungen in den Jahren 1910 und 1913 war es möglich, unsere Bestände ganz wesentlich zu erhöhen, wenn auch im Krisenjahr 1913 die Arbeitslosenunterstützung große Anforderungen an unsere Kasse stellte. Sind doch in diesem Jahre für Arbeitslosenunterstützung durch die Hauptkasse 1,2 Millionen und durch die Lokalkassen 995 000 M. ausgezahlt worden. Trotzdem war es möglich, das Verbandsvermögen in der Hauptkasse und den Lokalkassen auf 7,4 Millionen Mark bis zum Jahreschluß 1913 zu steigern.

Als im Jahre 1914 der Krieg ausbrach, schienen alle unsere Hoffnungen, die auf eine gut fundierte, finanziell starke Organisation gerichtet waren, zunichte zu sein. Von überall wurden Betriebsstillegungen, Betriebseinschränkungen, Entlassungen gemeldet. Dies mußte natürlich auch auf die Kassenverhältnisse ihre Wirkung ausüben. Trotzdem die Unterstützungen wesentlich gekürzt wurden, erforderte doch deren Bestreitung ungeheure Summen. Die gesamte Ausgabe der Verbandskasse betrug in diesem Jahre rund 7 Millionen Mark. Allein für Unterstützungen an Arbeitslose wurde aus der Hauptkasse und den Lokalkassen in diesem Jahre die Summe von über 4 Mill. Mark ausgegeben. Das Vermögen der Hauptkasse ging von 5,2 Millionen am Jahreschluß 1913 auf 3,9 Millionen am Jahreschluß 1914 zurück. Auch bei den Lokalkassen trat eine Verringerung des Vermögens von 2,1 Millionen auf 1,2 Millionen ein, so daß das gesamte Verbandsvermögen in diesem Jahre von 7,4 Millionen auf 5 Millionen zurückging. Durch die fortlaufenden Einberufungen sank auch die Mitgliederzahl ganz rapid und damit auch die Einnahmen. Konnte die Hauptkasse im Jahre 1913 noch mit einer Einnahme von 5,6 Millionen und im Jahre 1914 von 5,5 Millionen rechnen, so sank dieselbe im Jahre 1915 auf 2,9 Millionen und im Jahre 1916 auf 2,2 Millionen. Das Jahr 1917 brachte, verursacht durch eine rege Agitation, welche schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 einsetzte, eine Steigerung der Mitgliederzahl und damit auch eine Steigerung der Einnahmen. Dieselben betragen im Jahre 1917 bei der Verbandskasse 2,6 Millionen Mark.

Wenn wir heute, nach fast vierjähriger Kriegsdauer, bei unserer bis über die Hälfte zurückgegangenen Mitgliederzahl mit unseren Kassenbeständen fast auf dem gleichen Punkt stehen wie bei Beginn des Krieges, so ist dies gewiß erfreulich, niemand hätte es in den ersten Kriegsmonaten zu hoffen gewagt. Trotzdem kann dieser Stand der Finanzen für uns nicht befriedigend sein. Denn niemand kann mit Bestimmtheit voraussetzen, wie groß die Zahl derjenigen sein wird, die auf Grund der später bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sein werden, die Hilfe der Organisation in bezug auf Unterstützungen in Anspruch zu nehmen. Bestimmt zu erwarten ist dagegen, daß wir nach Beendigung des Krieges vor schwere wirtschaftliche Kämpfe gestellt werden, die im Interesse unserer

Die Entwicklung des Verbandes

Zahlstellen und Mitglieder am Jahreschluß

Jahr	Zahlstellen	Zahl der Mitglieder		
		insgesamt	weiblich	jugendlich
1893	356	23 774		
1894	410	26 144	401	
1895	449	29 115	367	
1896	476	37 816	453	
1897	465	42 576	296	
1898	496	50 961	332	
1899	538	67 656	720	
1900	568	70 630	755	
1901	591	67 341	589	
1902	607	70 851	455	
1903	629	83 662	511	
1904	660	105 386	635	
1905	714	130 141	1 797	
1906	767	151 717	3 350	42
1907	787	147 492	3 553	49
1908	811	144 259	2 967	57
1909	825	151 827	3 204	169
1910	844	165 042	5 040	613
1911	874	182 750	6 349	823
1912	877	196 810	7 193	1 116
1913	880	193 075	7 470	1 148
1914	860	115 039	6 234	680
1915	806	69 415	5 770	554
1916	773	68 249	8 172	938
1917	765	90 237	18 456	2 015

Mitglieder durchgefodten werden müssen. Es gilt deshalb, wie früher, so auch heute noch, zu rüsten, die Finanzkraft unseres Verbandes so zu stärken, daß wir den kommenden Dingen mit Ruhe entgegensehen können. Der Anfang ist gemacht, durch Urabstimmung ist die Neuregelung der Beitrags- und der Unterstützungsfrage entschieden und angenommen worden. Die Wirkungen des Beschlusses in bezug auf unser Finanzwesen lassen sich heute zahlenmäßig noch nicht nachweisen, sicher steht jedoch fest, daß auch diese Neuregelung, wie so viele andere, im Verband für unsere Mitglieder nur von Nutzen sein wird. Lange hat es gedauert, fast zehn Jahre sind erforderlich gewesen, um einen kleinen Kampffonds, wie wir ihn mit Recht immer bezeichnen, aufzusammeln. Diesen Kampffonds zu stärken, auszubauen, soll auch in Zukunft unser Bestreben sein. Zum Nutzen der Kollegen, zum Nutzen des Verbandes.

Friz König.

Das Unterstützungswesen des Verbandes.

Die glänzende Entwicklung der deutschen Gewerkschaften hat für viele den Reiz eines geheimnisvollen Phänomens. Zweifellos haben mancherlei Ursachen zu diesem Ergebnis beigetragen: die wirtschaftliche Erstarkung der Industrie und damit zugleich der Arbeiterschaft, das Bedürfnis der Unternehmer wie der Arbeiter, ihre Kräfte im wirtschaftlichen Kampf zu messen, um das richtige Gleichgewicht für die Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu finden, und daraus das Bedürfnis nach fester Organisation, der nach Vereinheitlichung drängende Einfluß der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen, die rührige gewerkschaftliche und sozialpolitische Propaganda und anderes mehr. Unter den Förderern der Gewerkschaften

nimmt das Unterstützungswesen nicht die letzte und geringste Stelle ein. Wenn es auch nicht zutreffend ist, wie die Mißgunst oft behauptet, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliederzulauf nur ihren Unterstützungseinrichtungen zu danken hätten — denn den stärksten Zuwachs haben ihnen immer die wirtschaftlichen Kampfsahre und die Waffenausparungen der Unternehmer gebracht —, so darf man das Unterstützungswesen doch als das feste Rückgrat der Organisation bezeichnen, da es die Gewerkschaften vor allzu starker Mitgliederfluktuation bewahrt. Zugleich bildet es die beste Stütze der Mitglieder in allen Notlagen, in denen die eigene wirtschaftliche Kraft versagt. Man nennt es auch das Werbe- und Bindemittel der Gewerkschaften, und mit vollem Recht, denn die Masse der Arbeiter verlangt für die Opfer, die die Gewerkschaft von ihr für das Gemeinwohl heischt, auch eine sichtbare Gegenleistung und ist bereit, um so dauernder höhere Opfer zu bringen, je mehr sie die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes wertschätzt.

Diese Wertschätzung äußert sich aber ebensowenig sofort wie die Opferwilligkeit; es bedurfte vielmehr einer jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Erziehung der Arbeiterschaft. Gerade der Ausbau des Unterstützungswesens hat lange Zeit unter diesem Mangel an Vertrauen leiden müssen, und wenn auch heute diese Rückständigkeit im allgemeinen als überwunden gelten kann,

so zeigt uns doch der Verlust zahlreicher Mitglieder in kritischen Zeiten und die Unlust größerer Arbeiterkreise gegenüber Beitragserhöhungen, daß auch hier jede Höherentwicklung nur schrittweise und nicht ohne Rückschläge vor sich geht.

Auch der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat sich ein festes Gerüst von Unterstützungseinrichtungen geschaffen, und auch hier war eine jahrelange Erziehungsarbeit notwendig, um die kräftigsten Stützen dieses Gerüsts, die zentrale Streikunterstützung und die Arbeitslosenunterstützung, einzufügen. Mit der Reise- und der Gemäßregelunterstützung sowie dem Rechtsschutz bei Arbeitsstreitigkeiten begann der Verband vor 25 Jahren seine Wirksamkeit. Die Arbeitslosen- und die Sterbeunterstützung wurden damals noch abgelehnt und selbst die Umzugsunterstützung auf Gemäßregelte beschränkt. Die Streikunterstützung wurde nicht aus der Verbandskasse, sondern aus einem zentralen Streikfonds aufgebracht, der nicht einmal mit festen Beiträgen rechnen konnte, vielmehr auf freiwillige Beitragsleistung angewiesen war, um auch Nichtmitgliedern, auf die man bei Streiks nicht verzichten konnte, zu Beiträgen heranzuziehen. Im wesentlichen wurden die Unterstützungsgelder aber während der Lohnkämpfe durch Sammlungen aufgebracht. Bei diesem Zustand verblieb es bis zum Jahre 1898; erst der Göttinger Verbandstag beschloß, die Streikunterstützung fortan aus der Verbandskasse zu bestreiten, nachdem dieselbe schon vorher erhebliche Vor- und Zuschüsse zur Streikunterstützung geleistet hatte.

Im Jahre 1895 wurden die Umzugsunterstützung und der Rechtsschutz für Streitigkeiten aus der Krankenversicherung eingeführt. Die Höchstbeträge der Reiseunterstützung wurden von 100 auf 75 Pf. pro Tag herabgesetzt und die Karenzfrist von halbjährlicher auf jährliche Mitgliedschaftsdauer verlängert. Die Arbeitslosenunterstützung fiel infolge der Ablehnung jeder Beitragserhöhung mit 48 gegen 6 Stimmen. Damit sollte indes keine grundsätzliche Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung verbunden sein, denn die Zahlstellen wurden aufgeföhert, auf die Schaffung von Arbeitsnachweisen hinzuwirken und in Verbindung damit die Arbeitslosenunterstützung einzuföhren.

Im Jahre 1898 wurde die Streikunterstützung völlig auf die Verbandskasse übernommen und der Vorstand ermächtigt, in außer-

ordentlichen Fällen Extrasteuern für die Unterstützung von Kämpfen zu erheben. Die Umzugsunterstützung wurde schon bei Umzügen von 20 Kilometer Entfernung gewährt und die vordem unregelmäßige Notfallunterstützung sätigungsgemäß bis zu einem Höchstbetrag von 30 Mk. eingeföhrt. Der Vorstands Antrag, die Arbeitslosenunterstützung mit einer Beitragserhöhung von 10 Pf. wöchentlich einzuföhren, wurde mit 62 gegen 16 Stimmen abgelehnt; doch wandte sich die Opposition mehr gegen die Beitragserhöhung als gegen das Prinzip der Arbeitslosenunterstützung. Der Beitrag blieb auf 20 Pf. wöchentlich für männliche Mitglieder bestehen. Der damalige Widerstand gegen die Erhöhung der Beiträge ergab sich keineswegs aus der allgemeinen Wirtschaftslage, die im Gegenteil noch als günstig angesprochen werden konnte. Es waren lediglich Rückständigkeit, Kleinlichkeit, mangelnde Opferwilligkeit und Hang an Ideal möglichst billiger Werbemittel für die Organisation, die ihn verursachten.

Das gleiche Ergebnis zeigte sich zwei Jahre später auf dem Nürnberger Verbandstag (1900), wo die Arbeitslosenunterstützung, wiederum aus Abneigung gegen die erforderliche Beitragserhöhung, mit 47 gegen 19 Stimmen abgelehnt wurde. Doch wurde diesmal beschlossen, vor dem nächsten Verbandstag eine Urabstimmung über die Einführung dieses Unterstützungszweiges entscheiden zu lassen. Als neuer Unterstützungszweig wurde die Sterbeunterstützung mit Sätzen von 25 bis 75 Mk. eingeföhrt. Die Gemäßregeltenunterstützung wurde auf 12 bis 18 Mk. pro Woche erhöht und die Umzugsunterstützung vom Nachweis unverschuldeter Arbeitslosigkeit befreit. Die Streikunterstützung wurde an eine 18wöchige Mitgliedschaftsdauer gebunden; doch durften die seit 4 bis 13 Wochen dem Verband angehörenden Mitglieder mit den halben statutarischen Sätzen unterstützt werden.

Im Jahre 1902 war die Arbeitslosenunterstützung schließlich im Urabstimmungswege mit einer nur schwachen Mehrheit von 2497 gegen 24037 Stimmen und 21000 Stimmenthaltungen beschlossen worden. Das Abstimmungsergebnis über die erforderliche Beitragserhöhung war zweifelhaft geblieben. Der Mainzer Verbandstag beschloß darauf die Einführung eines Wochenbeitrags von 35 Pf. vom 1. April 1903 und die Auszahlung der Unterstützung vom 1. April 1904 an. Die weite Hinauschiebung des Einführungstermins geschah, wie der Vorsitzende Klotz motivierte, um die Mitglieder „mit dem höheren Beitrag nach und nach zu versöhnen“. So stark wirkte auch damals noch die Abneigung gegen höhere Beiträge nach. Die Unterstützung wurde, nach Mitgliedschaftsdauer gestaffelt, auf 6 bis 10 Mk. wöchentlich und im Höchstbetrag auf 36 bis 60 Mk. festgesetzt. Die Streikunterstützung, soweit sie aus der Verbandskasse gezahlt wurde, sollte für alle Orte gleich hoch sein, und zwar betrug sie 12 Mk. wöchentlich für verheiratete und 10 Mk. für ledige Mitglieder. Den Zahlstellen blieb es überlassen, diese in den größeren Städten natürlich unzureichenden Sätze zu erhöhen. Die Sterbeunterstützung wurde auch für Hinterbliebene lediger Mitglieder zugänglich gemacht, sofern diese dem Verband mindestens drei Jahre angehört hatten. Die Vorfalgeschenkausgabe in den Zahlstellen wurde einigen Einschränkungen unterworfen.

Der Verbandstag des Jahres 1904 in Leipzig änderte nur wenig an den Unterstützungseinrichtungen. Nur für Lehrlinge, die unmittelbar nach der Beendigung des Lehrverhältnisses die Mitgliedschaft erwarben, wurden Erleichterungen für die Reise- und die Streikunterstützung beschlossen. Dagegen brachte das Jahr 1906 eine bedeutsame Erweiterung mit der Einführung der Krankenunterstützung durch den Kölner Verbandstag. Die Einführung dieses Unterstützungszweiges geschah sogar ohne grundsätzliche Widerstände, wie sie sich immer auch gegen die Arbeitslosenunterstützung geltend gemacht hatten, und mit einer wöchentlichen Beitragserhöhung von 15 Pf. Die Mehrheit betrug 87 gegen 34 Stimmen. Freilich waren damals schon viele Gewerkschaften dem Holzarbeiter-Verband in ihrem Unterstützungswesen vorausgekommen, und das Gefühl, daß man manches nachzuholen habe, mag dabei nicht ohne Einfluß gewesen sein. Die Unterstützungssätze wurden auf 3 bis 6 Mk. pro Woche, die Höchstbeträge auf 39 bis 78 Mk. festgesetzt. Die Arbeitslosenunterstützung war wiederholt bei nicht genehmigten Streiks an Stelle der Streikunterstützung gewährt worden. Dieser Praxis schob der Verbandstag einen Riegel vor. Die Umzugsunterstützung wurde nach der Mitgliedschaftsdauer in Sätzen von 20 bis 40 Mk. gestaffelt. Den Gaukonferenzen wurde untersagt, für Unterstützungszwecke Extrabeiträge zu beschließen.

Mit der Einführung der Krankenunterstützung war eine gewisse Sättigung auf dem Gebiet des Unterstützungswesens eingetreten, denn der Verbandstag 1908 zu Stuttgart lehnte alle Erweiterungen desselben prinzipiell ab. Maßgebend dafür war auch der Gesichtspunkt, daß der Unterstützungsaufwand des Verbandes ganz erheblich gestiegen war. Noch im Jahre 1900 hatten diese Ausgaben erst 756 000 Mk. betragen (einschl. Streikunterstützung im eigenen Beruf) und 1902 gar bloß 221 000 Mk. 1904 waren sie auf 1 588 000 Mk. gestiegen, 1906 hatten sie schon 2 708 000 Mk. erreicht, und 1907 stand man bereits einer Unterstützungsausgabe von 5 268 000 Mk. gegenüber. Dabei stieg der Bedarf an Arbeitslosenunterstützung noch von Tag zu Tag (es war im schlimmsten Arbeitslosigkeitsjahr), und die Krankenunterstützung war kaum eben erst in Wirksamkeit getreten. Der Hauptanteil der Unterstützungskosten entfiel

Die Entwicklung der Verbandskasse Einnahmen, Ausgaben und Vermögensstand der Hauptkasse

Jahr	Gesamteinnahme Mark	Gesamtausgabe Mark	Vermögensstand am Jahreschluß Mark
1893	114 194	81 518	32 676
1894	194 777	181 461	45 986
1895	205 498	179 269	72 215
1896	321 669	345 015	48 870
1897	377 927	303 534	123 269
1898	472 216	398 205	197 274
1899	643 172	588 136	252 310
1900	1 108 954	1 230 739	130 526
1901	831 265	628 368	333 423
1902	977 439	796 137	514 725
1903	1 263 415	951 006	827 134
1904	1 813 515	1 633 238	1 007 411
1905	2 170 271	2 074 600	1 103 082
1906	2 983 361	2 888 789	1 197 654
1907	4 837 045	4 224 313	1 810 386
1908	3 371 260	3 274 010	1 907 636
1909	3 442 310	3 372 711	1 977 235
1910	4 626 790	3 686 893	2 917 132
1911	4 948 666	4 703 845	3 161 952
1912	5 473 560	3 894 164	4 741 348
1913	5 636 153	5 167 537	5 209 964
1914	5 572 456	6 989 656	3 972 764
1915	2 915 539	2 166 672	4 541 611
1916	2 254 175	1 692 074	5 103 732
1917	2 639 994	1 894 143	5 849 583

freilich auf die Streikunterstützung infolge der großen Aussparungen im Frühjahr 1907, die Extrabeiträge von 50 Pf. bis 2 Mk. wöchentlich erfordert hatte. Diese Belastungsprobe auf die Organisationsstreue hatte der Verband im allgemeinen gut überstanden, wenn auch in manchen Aussparungsorten ein Teil der Mitglieder es vorzog, sich „billigeren“ Gewerkschaften zuzuwenden. Diese Erfahrungen in der Beitragsfrage führten dazu, daß sich der Verbandstag eingehend mit dem System der Staffelbeiträge und der gestaffelten Unterstützungen beschäftigte. Aber so sehr sich letztere auch bewährt hatten, soweit es sich um die Gegenleistung für längere Mitgliedschaftsdauer handelte, und soviel auch für die stärkere Heranziehung der höher entlohten Mitglieder zu den Beiträgen sprechen mochte, so konnte sich der Verbandstag doch nicht entschließen, von dem System des Einheitsbeitrages abzugehen. Er überließ es den Zahlstellen, durch Erhebung von Ortszuschlägen einen Ausgleich zwischen höheren Verdiensten und höheren Unterstützungsansprüchen herbeizuführen. Doch sollten die Lokalbeiträge und die lokalen Unterstützungen in allen Orten eines einheitlichen Lohngebiets gleich bemessen werden.

Auch der Münchener Verbandstag 1910 lehnte das System der Staffelbeiträge ab, erweiterte aber das System der Unterstützungsstaffelung nach der Mitgliedschaftsdauer durch dessen Anwendung auf die Streit- und die Gemafregeltenunterstützung. Für beide wurden Sätze von 9 bis 14 Mk. (ohne Kinder) und 15 bis 20 Mk. einschl. Kinder beschlossen. — Der Verbandstag des Jahres 1912 brachte nur für die Streikunterstützung eine kleine Aenderung, indem die Unterstützungssätze der weiblichen Mitglieder auf zwei Drittel derjenigen der männlichen Mitglieder erhöht wurden.

Auf dem Dresdener Verbandstag wurde die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 7 Wochen ausgedehnt und die Reiseunterstützung in ihren erreichbaren Höchstbeträgen nach der Mitgliedschaftsdauer auf 42 bis 70 Mk. gestaffelt. Daneben wurde aber eine grundsätzliche Erweiterung des Unterstützungswezens durch Einführung einer Unterstützungskasse für unbesoldete Verbandsfunktionäre zur Schadloshaltung bei Invalidität durch Unfall oder Krankheit beschlossen. Anknüpfend an einen Beschluß des Berliner Verbandstages 1912, für die Angestellten des Verbandes die Beiträge der Angestelltenversicherung zu übernehmen, wollte der Verband auch für die nicht besoldeten Funktionäre eine Sicherstellung ohne eigene Beitragsleistung derselben schaffen, wozu die Verbandskasse einen Fonds von 10 000 Mk. bewilligte und die Zahlstellen Beiträge leisteten. Die Unterstützung sollte eintreten, wenn ein Funktionär im Dienst des Verbandes einen Unfall erleidet; ihm sollte dann die Differenz zwischen der Krankenunterstützung und dem vorher verdienten Lohn vergütet werden und bei längerer Krankheit oder Ganzinvalidität drei Viertel des Lohnes. Hat der Unfall den Tod eines Funktionärs zur Folge, so sollte die hinterbliebene Witwe eine Jahresunterstützung von 300 bis 600 Mk. erhalten. Die Staffelung sollte nach der Dauer der Verbandstätigkeit bemessen werden. Leider hat der Weltkrieg seither die Durchführung dieses Beschlusses verhindert, und es wird erst nach Beendigung des Krieges möglich sein, diese Unterstützungskasse ins Leben treten zu lassen.

Ueberblickt man die Gesamtleistungen des Verbandes auf dem Gebiet des Unterstützungswezens in dem verfloffenen Vierteljahrhundert seines Bestehens, so ergibt sich eine Gesamtausgabe von 47,6 Millionen Mark, von denen 17,2 Millionen Mark auf Streikunterstützungen und 30,4 Millionen Mark auf andere Unterstützungen entfallen. Zeigt schon dieses Zahlenverhältnis zur Evidenz, daß der Holzarbeiter-Verband trotz der bedeutenden Entwicklung seines Unterstützungswezens die wirtschaftlichen Kämpfe keineswegs vernachlässigt hat, so wäre zweifellos der Anteil der Kampfesausgaben weit größer, wenn nicht während des Krieges die Arbeitseinstellungen aus natürlichen Gründen fast völlig in den Hintergrund getreten wären. Die genannte Höhe der Streikunterstützungen umfaßt übrigens nicht die gesamten Streikausgaben und von den Unterstützungen auch nicht die für fremde Streiks. Von den friedlichen Unterstützungsausgaben nahm die Arbeitslosenunterstützung mit etwa 15 Millionen Mark den Löwenanteil in Anspruch. Die Krankenunterstützung erreichte einen Aufwand von 7,6 Millionen Mark, für Unterstützung der Kriegerfamilien wurden 2,1 Millionen Mark vom Verband geleistet. Umzugsunterstützung, Beihilfen in Sterbefällen und Notfallunterstützung weisen eine Ausgabe von 2,8 Millionen Mark auf. Für Gemafregeltenunterstützung wurden in diesem Zeitraum 0,8 Millionen Mark und für Rechtschutz nahezu 0,3 Millionen Mark aufgewendet.

Eine gewaltige Leistung stellt diese Gesamtsumme von Unterstützungen dar, die der Holzarbeiter-Verband in diesen 25 Jahren verausgabte. Aus den kleinsten Anfängen hat sich das Unterstützungswezen unseres Verbandes zu solcher Höhe entwickelt. Mit einer Ausgabe von 18 955 Mk. begann der Verband im Jahre 1893 sein Unterstützungsbudget; im Jahre 1914 hatte es schon 6½ Millionen Mark erreicht. Der Weltkrieg hat, wie leider so vieles, auch diese hoffnungsvolle Entwicklung unterbrochen; wichtige Unterstützungsweize mußten erheblich eingeschränkt werden. Aber die großen Ausgaben für Familienunterstützung der Kriegerfrauen sind ein Beweis dafür, daß der Verband auch im Kriege seine Pflicht, den Mitgliedern in Kampf und Not eine Stütze zu sein, erfüllt hat.

Wäge die baldige Wiederkehr des Friedens die Bahn für die weitere Pflege des Unterstützungswezens frei machen, zum Wohle des Verbandes und der Kollegenschaft!

Die Entwicklung der Lokalkassen seit dem Jahre 1905

Jahr	Gesamteinnahmen Mark	Gesamtausgaben Mark	Bestand am Jahres- schluß Mark
1905	1 549 070	1 278 633	734 103
1906	2 167 473	1 771 455	1 130 121
1907	3 606 360	3 838 370	898 111
1908	3 549 635	3 215 282	1 232 464
1909	2 440 363	2 220 271	1 452 754
1910	2 970 433	2 738 753	1 689 433
1911	3 226 174	2 993 380	1 917 227
1912	3 301 816	2 747 182	2 471 861
1913	3 393 853	3 678 199	2 187 515
1914	2 834 780	3 789 079	1 233 216
1915	1 948 556	1 329 384	1 352 390
1916	1 303 280	1 051 059	1 604 616
1917	1 573 048	1 330 092	1 847 564

Paul Umbreit.

Die Verbandstage.

Wie aus dem Orange der aufstrebenden proletarischen Bewegung im Jahre 1868 die Holzarbeitergewerkschaft entstand, so zwangen die wirtschaftlichen Tatsachen später zum Uebergang von der Berufs- zur Industrieorganisation. Allem Widerstreben zum Trotz faßte der im April 1893 in Kassel tagende Kongreß der Holzarbeiter den Beschluß, den Deutschen Holzarbeiter-Verband zu begründen, und es wurde ihm in der „Holzarbeiter-Zeitung“ sein Organ und durch ein erstes Statut seine Verfassung gegeben. Wer bei einer Rückschau sich die Tagungen unseres Verbandes vergegenwärtigt, wird zugestehen müssen, daß auf ihnen immer der Weg gesucht und gefunden wurde, der vorwärts und aufwärts führte.

Die ersten Erfahrungen des Zusammenschlusses drängten in Erfurt (1895) zu einigen Reformen. Das Bemühen, die Kampfesmöglichkeiten zu vermehren, führten dahin, daß sämtliche Streiks der Oberleitung des Vorstandes unterstellt wurden. Dagegen blieb die finanzielle Seite noch ungelöst. Die Arbeitslosenunterstützung wurde als ein Problem aufgefaßt, dessen Lösung sorgfältig vorbereitet werden müsse. Die Einführung der Umzugsunterstützung wurde beschlossen. Zu lebhaften Auseinandersetzungen gaben Kompetenzfragen Anlaß, die durch die Neubesehung der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ entstanden waren. Vor allem ging die Meinung, die sich dann noch zehn Jahre erhalten hat, dahin, daß die Unabhängigkeit der Zeitung am sichersten dadurch gewahrt werde, wenn die Redaktion in einer anderen Stadt sitze als der Vorstand. In einer Erweiterung der sozialpolitischen Aufgaben der Generalkommission der Gewerkschaften wurden allerlei Gefahren erblickt. Die internationale Solidarität sollte aber eifrig gepflegt werden. Daß sie nicht als leerer Schall aufgefaßt wurde, bewies die materielle Unterstützung von Streiks im Ausland und die Uebernahme des internationalen Sekretariats.

Nach der schweren Krise Anfang der neunziger Jahre hatte ein wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt, der sich in einer lebhaften Streikbewegung widerspiegelte. Eine größere Sicherung dieser Aktionen wurde in Göttingen (1898) angestrebt. Die Oberleitung bei Streiks blieb nicht nur in den Händen des Vorstandes, diesem wurde jetzt auch die Entscheidung über die Genehmigung übertragen. Er hatte vorher ein Gutachten der neugegründeten Gauerwartungen einzufordern. Die Unterstützung wurde von da an durch die Verbandskasse gewährt. Die zeitweise Erhebung eines Extrabeitrages und die durch Abstimmung beschlossene Beitragserhöhung berechtigte zu der Erwartung, den neuen Anforderungen gerecht werden zu können. Als ein Mittel, größere Stetigkeit im Mitgliederstand zu sichern, wurde die

Arbeitslosenunterstützung empfohlen. Nach einer weitgehenden Aussprache wurde ihre Einführung indessen mit 62 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Die Ausnutzung der günstigen Wirtschaftslage zur Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen hatte das Anwachsen der Mitglieder auf 67 000 erleichtert, als der Verbandstag in Nürnberg (1900) zusammentrat. Da sich bereits wieder ein Abflauen der Konjunktur zeigte, sah sich der Vorstand veranlaßt, auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu drängen. Doch erfolgte erneut die Ablehnung mit 47 gegen 19 Stimmen, bei 14 Enthaltungen. Dafür wurde jedoch mit zwei Drittel Mehrheit eine Beitragserhöhung beschlossen, um den Kampfesaufgaben besser gerecht zu werden. Bei der Besprechung der Taktik trat klar die Einsicht hervor, daß der Streik nicht Selbstzweck sein könne. Eine starke Organisation werde zur Anwendung dieses letzten Mittels feltener greifen brauchen. Hatte sich doch gezeigt, daß die Arbeitgeber dann zu Verhandlungen mit dem Verband geneigt waren, wenn sie wußten, daß in ihm der einheitliche Wille der Kollegen zum Ausdruck kam. In einzelnen Fällen waren die so erreichten Erfolge sogar schon in Verträgen festgelegt! Die umstrittene Frage der Tarifgemeinschaften wurde erörtert und durch eine Entschließung ausgesprochen, daß ein festgefügtter Verband sehr wohl den Grundsatz der Unternehmer, daß sie allein den Arbeitsvertrag zu diktieren hätten, durchbrechen könne. Damit war eine taktische Beweglichkeit gesichert, die um so wichtiger war, als größere Unternehmerorganisationen im Entstehen waren.

Beim Zusammentritt der Delegierten in Mainz (1902) herrschte innerhalb der Mitgliedschaft eine gedämpfte Stimmung. Eine Wirtschaftskrise bot den Unternehmern Anlaß zum Lohndruck und zu Maßregelungen, um die Arbeiter und den Verband zu schwächen. Dadurch waren Kämpfe notwendig geworden, die nur wenig günstige Resultate und auch direkte Niederlagen brachten. Viele Kollegen übersahen die Schwierigkeiten und Fährnisse, und sie erblickten deshalb in den häufigeren Ablehnungen der Streikgesuche ein Abflauen des Kampfeswillens! Diese Vorstellungen knüpften auch an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die im März durch Abstimmung mit 24 907 gegen 24 037 Stimmen beschlossen worden war. Dieser knappe Mehrheitsbeschluß hatte in die Stimmung etwas Gereiztes gebracht. Der Verkauf der Zeitung trug wesentlich zu einer besseren Würdigung aller Geschehnisse und Aufgaben bei. Der Erweiterung des Unterstützungswezens Rechnung tragend, wurde der Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. zugestimmt. Die Besprechung der Taktik brachte den Beweis, daß weiter mit aller Kraft für die Existenzverbesserung der Kollegen gewirkt werden solle. Der erfolgten Anstellung einzelner besoldeter Gauerwartungen wurde zugestimmt und gewünscht, hierin später weiterzugehen.

Bessere wirtschaftliche Verhältnisse hatten eine Steigerung erfolgreicher Lohnbewegungen gebracht, über die in Leipzig (1904) berichtet werden konnte. Was durch das Eingreifen der Unternehmerverbände zu

erwarten war, das hatte sich bei der Abwehrbewegung in Berlin und mehr noch bei dem Streit in Rassel gezeigt. Der Arbeitgeber-Schutzverband wollte hier seine „Feuerprobe“ mit dem Holzarbeiter-Verband bestehen. Nach einem Streit von 30 Wochen mußte er jedoch die überlegene Stärke unseres Verbandes anerkennen. Diese und andere Vorgänge führten zu einer Aussprache über die bei Lohnbewegungen anzuwendenden Methoden. Empfohlen wurde die Taktik der Ueberrumpfung, um so den Verschleppungsabsichten der Unternehmer zu begegnen. Besonders nützlich sollte sie dort sein, wo die Arbeitgeber unsere Macht noch nicht würdigten und durch Verhandlungen deshalb nichts Wesentliches zu erreichen sei. Demgegenüber wurde betont, daß durch solche die Gegner nicht dauernd bezwungen werden könnten und obendrein der Weg zur Verständigung geradezu versperrt werde. Beschlossen wurde, den Vorstand durch einige Mitglieder zu vermehren und einen weiteren Sekretär anzustellen. Dadurch hoffte man, die zu erwartende Vermehrung der Lohnkämpfe besser bewältigen und agitatorisch ergiebiger ausnützen zu können. Obwohl noch eine sehr starke Fluktuation — 72 900 Aufnahmen standen 56 000 Ausscheidungen gegenüber — herrschte, war die Mitgliederzahl auf fast 85 000 gestiegen. Und das trotz einer Protestbewegung, die gleich nach der Mainzer Tagung begonnen hatte, und die sich außer gegen die Beitragserhöhung sehr lebhaft gegen unwesentliche Diäten- und Gehaltsregelungen richtete! Die Schädlichkeit solcher Tuns stellte der Verbandstag fest. Ungeregt wurde, mehr Lokalbeiträge zu erheben und jeweilig in bedeutsameren Zahlstellen Beamte anzustellen. Die Verlegung der Zeitung an den Sitz des Vorstandes wurde endlich beschlossen, dagegen die Verlegung des Verbandsitzes von Stuttgart mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Die kapitalistische Entwicklung hatte einen außerordentlichen Antriebsfaktor erfahren, und in der Zunahme der Aussperrungen kündete sich ein neues Machtgebaren der Unternehmer an. Die tatsächlichen Dinge hatten, entgegen allen Besürchtungen, zur noch stärkeren Kampfeskraftigkeit Anlaß gegeben. Mit großer Genugtuung wurde in Köln (1906) ein Umfang der Lohnbewegungen festgestellt, wie ihn früher niemand erwartet hatte. Gleichzeitig waren über 50 000 neue Mitglieder gewonnen und die Mitgliederzahl auf 140 000 gestiegen. Unsere Kräfte hatten sich also auch vermehrt, und so waren auch ohne Arbeitseinstellung wesentliche Verbesserungen errungen. Auch die vertragliche Festlegung hatte bedeutende Fortschritte gemacht, und die Arbeitgeberorganisationen hatten lernen müssen, mit unserer Stärke zu rechnen. Dagegen war eine verstärkte Bekämpfung durch die „Christlichen“ eingetreten, die in Köln (1905) zum planmäßigen Streikbruch ausartete. Taktische Erörterungen mußten daher wieder in erster Linie gepflogen werden. Dabei wurde u. a. auch auf die möglichen Gefahren aufmerksam gemacht, die mit der Zunahme der Tarifverträge dann entstehen könnten, wenn die Auffassung sich festsetzen sollte, daß nach Ablauf jedes Vertrages für neue Forderungen in den Streit zu treten sei. Durch rechtzeitige Verhandlungen müsse versucht werden, solche Verbesserungen zu erzielen, die die Verlängerung ermöglichten. Es gelte, das Zusammenfallen umfangreicher Bewegungen zu vermeiden. Als weiteres Bindemittel für die Mitglieder wurde die Krankenunterstützung angesehen und deren Einführung auch beschlossen. In Verbindung damit wurde der Beitrag auf 50 Pf. erhöht. Eine Entschärfung galt der Errichtung von Arbeitsnachweisen. Der Aufklärung und Schulung wurde das Wort geführt und die Unterrichtskurse der Generalkommission zur Beschickung empfohlen. Branchenkongresse sollen dann abgehalten werden, wenn gute Wirkungen gesichert sind. Von der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde gewünscht, daß sie in der Erziehungsarbeit führend sein möge und sich der Aufklärung über die Schädlichkeit des Alkohols zuwendet. Die vorgelegte erste Nummer des „Fachblatt für Holzarbeiter“ diente als Beweis, daß auch die technische Ausbildung gefördert werden soll. Der Bildung der Internationalen Holzarbeiter-Union wurde zugestimmt und über die Maßfeier besonders verhandelt. Die Mitglieder wurden verpflichtet, für die Arbeitsruhe am 1. Mai zu wirken, und es wurde ihnen bei etwa eintretender Aussperrung oder Maßregelung die Streikunterstützung geschickt.

Bei Eröffnung des Verbandstages in Stettin (1908) mußte über den schmerzlichen Verlust berichtet werden, der uns getroffen hatte durch den Tod des Vorsitzenden Karl Klotz und des Kassierers August Bohne. In jahrzehntelanger, mühevoller Tätigkeit hatten diese Männer ihr Bestes für die Kollegenschaft eingesetzt. Eine glänzende Entwicklung der Organisation und wertvolle Errungenschaften durften dann die Delegierten konstatieren. Die Ausweitung der Vertragsverhältnisse heißte aber nach neuer Klärung. Zu den Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband wurde daher gründlich Stellung genommen. War doch auch durch Vertragsbruch der Schutzverbände in Kiel und in Burg eine gespannte Situation entstanden, und es wurde durch ihren angelegten Plan auf Herbeiführung eines gemeinsamen Ablauftermins aller Verträge unsere Beweglichkeit außerordentlich bedroht. Nach einer tagelangen Erörterung kam es zu einer Entschärfung, die die Tarifpolitik würdigte, jedoch die Voraussetzungen für einen Reichstarif sowie den gleichzeitigen Ablauf aller Ortsverträge als nicht gegeben ansah. Einem gegebenenfalls zu vereinbarenden „Regulativ für paritätische Arbeitsnachweise“ sowie den „Regeln für die Klasseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit“ wurde die Zustimmung erteilt. Ein Antrag des Vorstandes auf Beschneidung der Prozente für die Lokalkassen wurde abgelehnt. Er löste lebhafteste Auseinandersetzungen aus, die dem Recht der Zahlstellen und der Vereinheitlichung der gesamten Unterstützungsanstaltungen galten. Zur Sicherung für kritische Zeiten wurde den Zahlstellen die Pflicht auferlegt, in dringenden Fällen alle verfügbaren Lokalkassengelder der Hauptkasse zinslos zu überlassen. Bei Besprechung der Maßfeier trat ein starker Umschwung in der Wertschätzung der Arbeitsruhe in Erscheinung. Die oft angestrebte Verlegung des Verbandstages nach Berlin wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Zu einem späteren Termin als üblich trafen die Abgesandten der Mitglieder in München (1910) zusammen. Die Ursache hierfür lag in einer ausgedehnten sich bis ins Frühjahr hinziehenden Tarifbewegung, die trotz allem einen friedlichen und ertragreichen Verlauf nahm. Die taktischen Maßnahmen, zu denen auch die Erhebung eines Extrabeitrages

gehörte, hatten den wertvollen Erfolg verbürgt. In gewohnter Selbstkritik wurden Richtlinien gezogen für unser künftiges Handeln. Eine Ausdehnung der Kampfesfläche sei vorab tunlichst zu vermeiden, und im allgemeinen sollten Verträge nicht unter vierjähriger Dauer abgeschlossen werden. Besonders gelte es, die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den kleinen Orten zu fördern, und es wurde die Unkorrektheit an Maschinen für unzulässig erklärt. Für alle Beschlussfassungen bei Lohnbewegungen wurde die Dreiviertelmehrheit vorgeschrieben und die Wartezeit für Streitunterstützung, die erhöht wurde, auf 52 Wochen festgelegt. Entsprechend einer Urabstimmung wurde der Grundbeitrag auf 60 Pf. festgesetzt, von welchem 50 Pf. an die Hauptkasse fließen müssen. Die leistungsfähigen Zahlstellen wurden moralisch verpflichtet, einen höheren Betrag abzuführen. Hingewiesen wurde auf die zunehmende Frauenarbeit und die notwendige Organisation der weiblichen Berufskollegen. Beschlossen wurde, unter den jugendlichen Arbeitern und den Lehrlingen frühzeitig eine Aufklärung über wirtschaftliche Fragen sowie über die Bestrebungen des Verbandes zu betreiben. Jugendlige Arbeiter unter 17 Jahren sollten fortan zu den für die weiblichen Mitglieder festgesetzten Bedingungen dem Verband beitreten können.

Mit Genugtuung wurde in Berlin (1912) der weitere Zustrom zum Verband und die Steigerung kultureller Erfolge begrüßt. Die angewandte Taktik hatte sich bewährt, sie wurde auch als geeignet angesehen zur Sicherung weiteren Aufstiegs. Besonderer Nachdruck sollte fürder geübt werden, um die Löhne der ungelerten Arbeiter vertraglich so zu regeln, daß der Wert der gelernten Arbeitskraft nicht sinke. Da die vielseitigen Fragen des Vertragswesens oft zu einer schnellen Verständigung zwingen, wurde die Einberufung sogenannter Städtekonferenzen anerkannt. Die Verkürzung der Arbeitszeit solle nach wie vor als die wichtigste Aufgabe des Verbandes gelten, und der Neunstundentag wurde als das höchstzulässige Maß erklärt. Die Einführung des freien Sonnabendnachmittags könne erst befürwortet werden, wenn die tägliche Arbeitszeit ausreichend gekürzt sei. In dem regellosen Angebot der Arbeitslosen wurde eine Gefährdung der Errungenschaften erblickt, so daß die Arbeitsvermittlung tatkräftiger zu fördern sei. Auf die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise müsse energischer gedrängt werden; solange solche nicht bestehen, bilde der eigne Arbeitsnachweis einen wirksamen Schutz.

Als die Delegierten in Dresden (1914) zusammentraten, konnten sie das Ergebnis der größten Lohnbewegung nachprüfen, die mitten in schwerster Krise mit besten Resultaten durchgeführt war. Wenn trotzdem keine frohere Stimmung herrschte, so war das auf die Nachwirkungen der Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die furchtbar gewütet hatte. Waren doch 34 000 Kollegen im Jahre 1912 und 46 000 im Jahre 1913 genötigt gewesen, die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Um den vielen Ausgesteuerten in ihrer Not beizuspringen, war eine besondere Hilfsaktion durchgeführt worden. Auch die Differenzen beim Werkarbeiterstreik, die durch ein angebliches Ausweichen der Vorstände vor dem Kampf verschuldet sein sollte, zitterten noch nach, und alles drängte so nach einer Aussprache über das oft variierte Thema: Führer und Masse. Die demokratische Art, wie in unserem Verband Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, bewährte sich erneut, und es wurde sowohl hinsichtlich der Tarifpolitik als auch der übrigen Lohnkämpfe eine einheitliche Marschlinie vereinbart. Eine Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung wurde beschlossen und dabei von neuem der Wunsch geäußert, daß die Vereinheitlichung des gesamten Unterstützungswesens doch schließlich gelingen möge. Bei der Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und zum internationalen Holzarbeiterkongress zeigte sich, wie immer, der innige Zusammenhang mit den übrigen proletarischen Bestrebungen.

Wenige Monate nach unserem zehnten Verbandstag brach der furchtbare Krieg aus, der auch unsere Kulturarbeit störte und durch seine lange Dauer auch eine Unterbrechung in der Tagung des Holzarbeiterparlamentes brachte. An seine Stelle traten des öfteren Städtekonferenzen, die sich jetzt nicht nur den Vertragsfragen, sondern auch den übrigen in schwerster Zeit zu erfüllenden Aufgaben zuwandten. Den dort gepflogenen Verhandlungen ist es mit zu danken, daß die durch die Teuerung bedingten Zulagen schließlich in beachtenswerter Höhe erreicht wurden. Eine Reichskonferenz im November 1917 beriet u. a. die Erhöhung der Wochenbeiträge und die Erweiterung und Vereinheitlichung der Unterstützungen. Die von ihr ausgearbeitete Neuregelung hat dann in einer Urabstimmung die Zustimmung der erdrückenden Mehrheit der Mitglieder gefunden. Die höhere Beitragsleistung hat bereits am 1. Januar 1918 begonnen, und die erweiterten Ansprüche auf Unterstützungen treten am Jubiläumstage des Verbandes in Kraft. Eine neue wertvolle Förderung unserer Organisation ist damit erreicht. Genugtuung darf diejenigen erfüllen, die am Erstarken des Verbandes mitgewirkt haben, mit rastloser Energie sollten sich alle einsetzen für den Ausbau seiner Macht!

E. Schrad.

Die Demokratie in der Gewerkschaft.

Für die innere Kräftigung einer Organisation ist die Geschlossenheit in der Auffassung ihrer Mitglieder, das Streben nach einem gemeinsamen Ziel von großer Bedeutung. Die Organisation gewinnt nach außen an Ansehen, erhöht ihre Werbekraft, wenn deutlich erkennbar wird, in wie gutem Kontakt die Leitung mit den Mitgliedern steht, und die Organisation gelangt zu einer Kraftentfaltung, die das Höchstmögliche dessen gibt, was organisatorisches Streben zu erlangen vermag. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo in der Arbeiterbewegung tief liegende Differenzen zum Ausdruck kommen, werden wir uns mehr denn je wieder bewußt werden, wie zerstörend ein gegensätzlicher innerer Kampf in die Kraftentfaltung der Gewerkschaften eingreifen muß. Es ist eine durchaus törichte Auffassung, die man leider sehr oft findet, daß der Streit der Meinungen notwendig sei, um als belebendes Element in der Organisation zu dienen. Belebend ist eine solche Tätigkeit nicht immer im nützlichen Sinne, wohl aber vermag sie sehr oft zerstörend zu wirken. Dabei soll nicht gesagt sein, daß, wenn eine gesunde Auffassung sich durchsetzen muß, Kämpfe zu

vermeiden sind. Aber eine notwendige und erfreuliche Erscheinung wird sie dann um so weniger, wenn diese Auseinandersetzung sich in heftigen, das sachliche Gebiet nicht einhaltenden Uebertreibungen ergeht.

Große Organisationen, zu denen wir unsern Verband rechnen können, werden nicht von Strömungen und Neigungen unberührt bleiben, die Sonderheiten über die Auffassung in der Taktik oder über die inneren Verbandseinrichtungen zu erkennen geben. Es gehört das ganze Geschick der Leitung des Verbandes dazu, um solchen Strömungen eine richtige Würdigung angedeihen zu lassen, damit sie nicht ausarten zu organisationschädlichen Handlungen. Der alte Grundsatz in der Arbeiterbewegung, der auch in der Gewerkschaftsbewegung eine feste Stütze erhalten hat, muß Beachtung finden, die Anerkennung der demokratischen Einrichtungen darf nicht erschüttert werden. Die Demokratie will der Mitarbeit der Mitglieder an dem Aufbau des Verbandes, an seinen inneren Einrichtungen und in seiner Taktik Gewähr leisten, sie stellt sich ablehnend gegen ein autoritäres Regiment, das bestimmt und anordnet, ohne eine Fühlung mit der großen Masse der Mitglieder zu haben.

Wenn wir die 25 Jahre Verbandsarbeit zurückblicken, dann dürfen wir sagen, daß dem Deutschen Holzarbeiter-Verband erfreulicherweise innere schwere Kämpfe erspart blieben. Der Verband hat seine Taktik und seine inneren Einrichtungen ausgestaltet im Einverständnis mit den Mitgliedern. Die Verbandstage geben Zeugnis davon, daß auch in Fällen, wo Meinungsverschiedenheiten unausbleiblich waren, der alte Grundsatz der Demokratie Anerkennung fand, daß, wenn die Instanz, die berufen ist, die Meinung der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen, ihre Entscheidung gefällt hat, damit die Anerkennung dieses Beschlusses nicht mehr in Frage gestellt war. Das ist eine recht angenehme Seite unseres Verbandslebens, an die wir bei diesem bedeutsamen Abschnitt der Verbandstätigkeit erinnern wollen.

Der Verband hat für die innere demokratische Gestaltung seines Aufbaues feste Grundlagen geschaffen. Bei der Größe des Verbandes ist es natürlich nicht anders möglich, als zu repräsentativen Körperschaften innerhalb des Verbandes zu kommen, die als Träger der Meinung der Mitglieder zu erachten sind, weil sie durch Wahl aus Mitgliederkreisen ihr Mandat erhalten haben. Von der Zahlstelle, die bis zur gewissen Grenze in ihrer Entscheidung der Verbandstätigkeit frei und ungehindert ist, gehen bestimmte, das Gesamtinteresse berührende Fragen auf den Zentralvorstand über. Die eigentliche Kontrolle des Verbandsvorstandes in seiner Tätigkeit ist in unserer Organisation so geregelt, daß der Verbandstag die Instanz ist, die zu entscheiden hat. Daneben gilt nach dem Statut der Ausschluß als Beschwerdeinstanz für die Mitglieder während der Zeit, wo der Verbandstag nicht tagt. Im allgemeinen darf gesagt werden, daß die Tätigkeit der Aufsichtsinstanz sich in recht bescheidenen Grenzen während der ganzen zurückliegenden Epoche der Verbandsarbeit bewegte. Es waren Differenzen nicht ganz zu vermeiden, aber zu irgendeiner Erschütterung der Gesamtorganisation haben sie nie geführt. Die Geschlossenheit und Einigkeit der Organisation blieb unberührt. Daraus darf gefolgert werden, daß der Vorstand die Führung der Organisation unter Rücksichtnahme auf die Wünsche und Interessen unserer Mitglieder wahrgenommen hat. Das, was an Aufgaben der Organisation für die kommende Zeit aufgelegt wird, wird nicht gering sein an schwerer Arbeitslast und Verantwortung. Aber wir dürfen wohl die Hoffnung aussprechen, in diesen Tagen, wo wir auf eine 25jährige erprobte Arbeit zurückblicken, daß in der kommenden Zeit die Kräfte neu gestaltet werden, um den weiteren Ausbau der Organisation und ihre Machtentfaltung zu fördern. Glückauf zu neuer Arbeit, zu neuen Zielen!

Robert Schmidt.

Zum Werdegang unseres Verbandes.

Die Auseinandersetzungen über die von den Gewerkschaften zu wählende Form der Organisation hatten zur Zeit der Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes den Höhepunkt erreicht. Die erste Gewerkschaftskonferenz nach dem Sozialistengesetz im November 1890 hatte sich für die Zentralorganisation und gegen lokale Vereinigungen mit parteipolitischer Tendenz ausgesprochen. Damit war die grundsätzliche Frage entschieden, ob die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Interessen und die damit in Zusammenhang stehenden sozialpolitischen Forderungen vertreten oder parteipolitischen Einschlag haben sollten, „Rekrutenschulen“ für die Sozialdemokratische Partei sein müßten, wie man damals sagte.

Die Konferenz von 1890 hatte die Generalkommission der Gewerkschaften eingesetzt. Ihr wurde u. a. der Auftrag gegeben, einen Organisationsplan für die Gewerkschaften Deutschlands auszuarbeiten. Von den sieben Mitgliedern der Generalkommission gehörten drei zum Holzgewerbe (Glocke, Klotz und Legien). Der Kommission waren die Organisationspläne, die im Jahre 1877 ausgearbeitet wurden, nicht bekannt. Während der zwölf Jahre Sozialistengesetz lagen sie in versteckten Winkeln bei den seinerzeit Beteiligten vergraben. Erst später kamen sie zum Vorschein. Dabei zeigte sich, daß die von der Generalkommission im Vorschlag gebrachten Einrichtungen sich in den Grundzügen mit denen deckten, die im Jahre 1877 geplant und 1878 auf einem Gewerkschaftskongreß durch Beschluß zur Durchführung gebracht werden sollten. Der Kongreß, nach Magdeburg berufen, wurde verboten. Der Versuch, ihn in Hamburg tagen zu lassen, mißlang. Das dann folgende Sozialistengesetz verhinderte jedes Zusammenwirken der Gewerkschaften. Die Tatsache, daß, als 1890 die Arbeit dort wieder einsetzen sollte, wo sie 1878 gewaltsam unterbrochen wurde, von den berufenen Personen gleichartige Vorschläge wie zwölf Jahre früher gemacht wurden, ohne daß die letzteren bekannt waren, beweist, daß Organisationsformen aus den jeweiligen Zeitverhältnissen sich ergeben und nicht das Resultat der geistigen Arbeit hervortragender Köpfe sind.

Nach dem Organisationsplan der Generalkommission, der im Frühjahr 1891 veröffentlicht wurde, sollte die Berufsorganisation die Grundlage bilden. Die Berufsorganisationen verwandter Gewerbe sollten zu Unions vereinigt und wiederum durch die Generalkommission miteinander verbunden werden. Dieser Plan fand lebhaften Widerspruch in

der Gewerkschaftspresse. Eine Konferenz von Vorstandsvetretern, die im September 1891 in Halberstadt tagte, erklärte sich jedoch für diese Art des Aufbaues der Organisation und empfahl dem für März 1892 nach dem gleichen Ort berufenen Gewerkschaftskongreß seine Annahme. Auf dem Kongreß trat jedoch eine starke Minderheit für Industrieverbände ein, nach dem Muster des 1891 gegründeten Metallarbeiter-Verbandes. Neben diesem bestanden in der Metallindustrie noch Berufsverbände, so für Former, Schlosser, Schmiede, Goldarbeiter, die zum Teil erst viele Jahre später in dem Metallarbeiter-Verband aufgegangen sind.

In besonderen Tagungen der Vertreter der einzelnen Industriegruppen wurden die Vorschläge geprüft. Die Gruppe der Holzindustrie unter der Leitung des Vorsitzenden des Tischler-Verbandes, des bewährten Genossen Klotz, arbeitete einen neuen Organisationsplan aus, der die Berufsorganisation wohl als Unterbau, an Stelle der Unions aber Kartellverträge unter den verwandten Berufsorganisationen vorsah. Der weiteren Entwicklung sollte es vorbehalten bleiben, ob die Kartellverträge zur Schaffung von Industrieverbänden führen würden. Diesem Vorschlag schloß sich die übergroße Mehrheit des Gewerkschaftskongresses an. Damit schien die Regelung der Organisationsfrage ihren vorläufigen Abschluß gefunden zu haben.

Da begann unvermittelt in der Holzindustrie eine Agitation dafür, den kürzeren Weg zu wählen. Nicht erst durch Kartellverträge den Boden für den Industrieverband vorzubereiten, sondern einen solchen durch sofortigen Zusammenschluß der vorhandenen Berufsorganisationen zu schaffen. Das Projekt fand lebhaften Widerspruch. Auch ich gehörte zu denen, die es mit aller Energie bekämpften. Nicht weil ich einer Vereinigung der Gewerkschaften widerstrebe, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen. Da ich selbst der Konferenz von 1890 einen Plan für die Verbindung der gewerkschaftlichen Organisationen vorgelegt hatte, konnte der Verdacht nicht aufstehen, daß ich die Wahrung der beruflichen Interessen in den Vordergrund der gewerkschaftlichen Betätigung stellen wollte. Auf dem Gewerkschaftskongreß 1892 hatte ich unter Zustimmung der Mehrheit den Grundsatz vertreten, daß die Arbeiterschaft, die in einem Betrieb tätig ist oder sich bei der Arbeitstätigkeit gegenseitig ersetzen könnte, in einer Organisation vereinigt sein müsse. Diese Voraussetzung schien mir mit Rücksicht auf die große Zahl der Branchen im Drechslergewerbe noch nicht gegeben. Während sie für die Holzdreherei ohne weiteres als vorhanden gelten mußte, fehlte sie für viele Arten des Berufes, die mit der Holzindustrie nur statistisch in Verbindung gebracht werden konnten, in einer Drechslerorganisation sich aber wirkungsvoll hätten vereinigen lassen. Mit dem Beschluß von 1893 in Kassel war der Streit der Meinungen erledigt. Müßig wäre es, darüber nachzugrübeln, ob die Agitationskraft der einzelnen Berufsorganisationen stärker gewesen ist als die des Gesamtverbandes. Eine Organisation kann nur dann erfolgreich vorwärtsschreiten, wenn alle ihre Kräfte für die Durchführung des einmal getroffenen Entschlusses wirken.

Die Entwicklung des Holzarbeiter-Verbandes hielt sich in den ersten Jahren nach der Gründung in bescheidenen Grenzen. Dieses Schicksal teilte er mit allen anderen Gewerkschaften, den Berufsorganisationen wie den Industrieverbänden. Im Jahre 1900 hatte er die Mitgliederzahl, die 23 700 im Jahre 1893 betrug, jedoch bereits verdreifacht und fünf Jahre später das erste Hunderttausend Mitglieder überschritten. Alle Branchen waren, dank der inneren Organisationseinrichtungen des Verbandes, bei den wirtschaftlichen Kämpfen auf ihre Rechnung gekommen. Das Vertrauen zum Verband wuchs nach den Erfolgen. Diese haben erwiesen, daß der 1893 eingeschlagene Weg der richtige war, wenn daneben die Einrichtungen geschaffen werden, die den einzelnen Berufsgruppen den erforderlichen Spielraum für ihre Betätigung sichern.

In dieser Beziehung, d. h. in bezug auf innere Ausgestaltung, steht der Deutsche Holzarbeiter-Verband nicht nur vollwertig neben den anderen großen Gewerkschaftsverbänden, sondern er ist vielfach auch für diese vorbildlich gewesen. Das im einzelnen darzulegen, erübrigt sich bei einem Rückblick auf den Abschnitt der Betätigung während eines Vierteljahrhunderts. Es genügt, festzustellen, daß der Verband in dieser Zeit Großes für seine Mitglieder und für die allgemeine Gewerkschaftsbewegung geleistet hat. Auch während des weltgeschichtlichen Dramas, das wir erleben müssen, hat er bei der Erfüllung seiner Aufgaben nie versagt. Größeres wird er leisten müssen, wenn nach Friedensschluß der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfolgen und die Sicherung der Existenzmöglichkeit seiner Angehörigen sich mehr denn je notwendig machen wird. Er wird es leisten können, wenn diejenigen seiner Mitglieder, die nicht die Sorgen bei seiner Schaffung getragen und alle die kleinlichen Dinge, die bei seinem Ausbau die Kräfte in Anspruch nahmen, miterlebt haben in ihm, gleich den alten Verbandskollegen, nur das Große sehen: Die Vereinigung einer der bedeutendsten Berufsklassen zur Sicherung einer höheren Lebenshaltung und des Kulturfortschritts. C. Legien.

Die Internationale der Holzarbeiter.

Der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder hat schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begeisterte Propagandisten gefunden. Noch ehe Marx und Engels im kommunistischen Manifest der Welt ihr „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“ zuriefen, hat es Anfänge einer internationalen Verbindung der Arbeiter gegeben. Von einer gewerkschaftlichen Verbindung der Arbeiter konnte aber, zumal soweit Deutschland in Frage kommt, erst viel später die Rede sein. Erst in den sechziger Jahren konnte in Deutschland mit der Gründung von Gewerkschaften begonnen werden. Diese mußten zuvor eine gewisse Stärke erlangen, ehe die Anknüpfung internationaler Beziehungen in Betracht gezogen werden konnte. Die von den „Eisenachern“ ins Leben gerufenen Gewerkschaften nannten sich zwar „Internationale Gewerkschaften“, doch war mit diesem Namen nur eine Tendenz ausgedrückt; reale Bedeutung hatte er nicht.

Bei der Gründung der neuen Internationale, die auf dem internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß erfolgte, der am 14. Juli

1889 in Paris zusammentrat, blühte auch bei manchen Gewerkschaftsführern der Wunsch rege geworden sein, eine ähnliche Verbindung, wie sie nun zwischen den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder geschaffen wurde, auch für die Gewerkschaften herzustellen. Hatte doch an dem Pariser Kongress eine Reihe bekannter Gewerkschafter, darunter auch Karl Klotz als Vertreter der deutschen Tischler, teilgenommen.

Der Anstoß zur Abhaltung eines internationalen Holzarbeiterkongresses wurde von den belgischen Kollegen gegeben. Er tagte im Anschluß an den zweiten internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress vom 15. bis 17. August 1891 in Brüssel. Infolge der recht spät ergangenen Einladung hat aus Deutschland nur ein Vertreter des Bildhauer-Verbandes an diesem Kongress teilgenommen. Als internationaler Sekretär wurde der Sekretär der belgischen Gewerkschaft der Holzarbeiter, François Sas, eingesetzt. Das internationale Zusammenwirken sollte sich auf den vierteljährlichen Austausch von Berichten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und über wichtige Streiks beschränken.

In Wirklichkeit geschah aber nichts, und als im Jahre 1893 wieder ein internationaler Holzarbeiterkongress in Zürich zusammentrat, auf welchem auch der eben ins Leben getretene Deutsche Holzarbeiter-Verband vertreten war, da konnte über eine entfaltete internationale Tätigkeit nichts berichtet werden. Das internationale Sekretariat wurde jetzt nach Stuttgart verlegt und Karl Klotz zum Sekretär gewählt. Die Brüsseler Beschlüsse waren in Zürich erneuert worden, aber sie wurden nicht durchgeführt, trotzdem sich Klotz reibliche Mühe gab, eine internationale Berichtserstattung in Gang zu bringen. Auf einer Zusammenkunft, welche Holzarbeitervertreter veranstalteten, die als Delegierte zum internationalen Arbeiterkongress 1896 nach London gekommen waren — ein internationaler Holzarbeiterkongress war damals nicht einberufen worden — wurde Klotz ersucht, das Amt des internationalen Sekretärs weiterzuführen. Er versandte dann auch ein Rundschreiben, doch gingen keine Berichte ein. Die internationale Verbindung schien erloschen.

Erst drei Jahre später begannen sich nähere Beziehungen zwischen den Organisationen in Deutschland, Dänemark, Oesterreich und der Schweiz zu entwickeln. Die Verbände ließen sich gegenseitig auf ihren Generalversammlungen vertreten, und bei einer solchen Gelegenheit wurde an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes das Ersuchen gerichtet, wieder einen internationalen Holzarbeiterkongress einzuberufen. Daraufhin wurde der internationale Holzarbeiterkongress veranstaltet, der am 12. und 13. August 1904 in Amsterdam tagte. Von diesem Kongress datiert eine neue Aera in den internationalen Beziehungen der Holzarbeiter. Theodor Leipart hatte als Einberufer gründliche Vorarbeit geleistet. Die von ihm vorgelegten Statuten für die zu gründende „Internationale Union der Holzarbeiter“ wurden angenommen. Als Sitz der Union wurde Stuttgart bestimmt und Leipart zum Sekretär gewählt. Der Union wurde ein bestimmter Aufgabenkreis zugewiesen und den angeschlossenen Organisationen ein Beitrag von zunächst 1 Franc pro Jahr und Mitglied zur Deckung der Kosten auferlegt. Später wurde der Beitrag verdoppelt. Gleich nach dem Kongress gab Leipart ein Korrespondenzblatt heraus, welches unter dem Titel „Internationale Union“ im September 1904 zum ersten Male erschien. Das Blatt wurde nach Bedarf herausgegeben und erschien in deutscher, französischer und englischer Sprache. Später wurde mit Rücksicht auf die skandinavischen Länder das Schwedische als vierte Sprache hinzugenommen und der Titel umgeändert in „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“.

Seit der Gründung der Internationalen Union fanden Kongresse statt in Stuttgart 1907 und in Kopenhagen 1910. Der Kongress, der im Jahre 1914 in Wien tagen sollte und für den alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, ist durch den Ausbruch des Krieges unmöglich gemacht worden. Der Internationalen Union waren bei Ausbruch des Krieges 47 Organisationen in 21 Ländern mit 489 699 Mitgliedern angeschlossen. Noch in den letzten Jahren vor dem Kriege hatte sie sehr beträchtlichen Zuwachs erhalten, und der Anschluß weiterer Verbände, insbesondere auch der großen Bruderschaft der Tischler und Zimmerer von Amerika, die an Mitgliederzahl mit unserm Deutschen Holzarbeiter-Verband wetteifert, stand in naher Aussicht. Diese Entwicklung ist durch den Krieg unterbrochen worden.

Der Aufgabenkreis der Internationalen Union ist noch ziemlich eng begrenzt. Sie dient der gegenseitigen Benachrichtigung und Verständigung über wichtige Fragen. Sie soll bei Lohnkämpfen den Fuzug fernhalten und, wenn notwendig und möglich, die finanzielle Unterstützung vermitteln. Den Abschluß von Kartellverträgen über den gegenseitigen Uebertritt und die Unterstützung von Mitgliedern im Ausland soll sie fördern und im allgemeinen ein solidarisches Zusammenarbeiten der einzelnen Landesorganisationen anstreben. Auf dem Stuttgarter Kongress wurden Bestimmungen in das Statut aufgenommen, welche den Uebertritt von Mitgliedern regeln. Auf dem Kopenhagener Kongress wurden Beschlüsse gefaßt über die Agitation in den Grenzgebieten und die Einführung einer internationalen Reiselegitimation.

Der Sekretär hat mit den Organisationen in den einzelnen Ländern einen sehr regen schriftlichen Verkehr unterhalten; auch ein persönlicher Verkehr hat sich angebahnt. Den zahlreichen Einladungen zur Teilnahme an den Generalversammlungen der Landesorganisationen konnte der Sekretär allerdings nur in wenigen Fällen entsprechen. Als ein sehr wertvolles Bindemittel hat sich das „Bulletin“ erwiesen, das trotz des Krieges weitererscheint und durch Vermittlung der Neutralen auch regelmäßig in das feindliche Ausland gesandt wird.

Wie sich die internationalen Beziehungen nach dem Kriege gestalten werden, läßt sich schwer voraussagen. Ein zwingendes Hindernis für die Wiederaufnahme der früheren herzlichen Beziehungen besteht unseres Erachtens nicht. Wir bringen den für ihr Vaterland eintretenden Kollegen in den uns jetzt feindlich gegenüberstehenden Ländern volles Verständnis entgegen, wie ja auch wir uns rüchlos auf den Boden der Vaterlandsverteidigung gestellt haben. Das hat uns aber nie gehindert, dem Chauvinismus und dem Völkerverhaß mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ueber die Stellung unserer Kollegen im feindlichen Ausland zu der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nach dem Kriege ist uns etwas Positives nicht bekanntgeworden. Wir haben aber nicht den geringsten Zweifel, daß die alten Verbindungen wieder angeknüpft und weiter ausgebaut werden. Stärker als der gute oder schlechte Wille einzelner Menschen werden sich die Verhältnisse erweisen. Das Kapital ist international, es kennt keine Landesgrenzen. Es zwingt deshalb auch die unter dem Druck des internationalen Kapitalismus leidenden Arbeiter, sich über die Landesgrenzen hinweg die Hände zu reichen zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

Unsere Internationale Union hat seit ihrem Bestehen ganz unverkennbare Fortschritte gemacht. Aber sie war auch bei Kriegsausbruch noch kaum aus den Kinderschuhen herausgewachsen. Verfolgt man den Weg, den die internationale Verbindung der Holzarbeiter von ihren ersten Anfängen an zurückgelegt hat, dann erkennt man deutlich, daß ein erfolgreiches internationales Zusammenwirken erst möglich ist, wenn die einzelnen Landesorganisationen eine gewisse Stärke erreicht haben. Je stärker die nationalen Verbände, desto wirkungsvoller die internationale Betätigung.

Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband nimmt in der Internationalen Union eine gewisse Sonderstellung ein. Nicht nur, daß unser Verbandsvorsitzender als Sekretär der Internationalen Union wirkt, um deren Schaffung und ihre Betätigung er sich große Verdienste erworben hat, unser Verband ist auch die an Mitgliedern stärkste der angeschlossenen Organisationen. Daraus ergibt sich, daß wir auch zu den materiellen Lasten der internationalen Verbindung sehr wesentlich beigetragen haben. Wir können aber nicht sagen, daß wir in der Internationale nur die Gebenden wären. Für die Aufrechterhaltung und die Pflege der internationalen Beziehungen kommen bei uns nicht nur ideale Beweggründe in Betracht; die Stärkung der Organisationen im Ausland gereicht indirekt auch uns zum Vorteil. Vor allem müssen wir auf den Ausbau des eigenen Verbandes bedacht sein. Damit stärken wir unsere Position dem eigenen Unternehmertum gegenüber. Unsere Macht nützt aber auch den Kollegen im Ausland. Unser Wachstum regt sie an, mit uns zu wetteifern. Wir wollen die internationalen Beziehungen weiter pflegen, sie ausbauen und vertiefen. Das liegt in dem Rahmen unserer Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Lage der Holzarbeiter zu heben. M. R.

50 Jahre Holzarbeiterbewegung.

Eine lange Zeit des gewerkschaftlichen Kampfes! Ernste und hellere Erinnerungen werden wach, wenn diejenigen, die seit Beginn „dabei waren“, die Ereignisse an ihrem geistigen Auge vorüberziehen lassen.

Schreiber dieses, als „eben Ausgelernter“ ins Leben tretend zu einer Zeit, in welcher die Herren von der Junft sich in die Neugestaltung der Dinge durch die eben in Kraft getretene Gewerbeordnung noch nicht zu rechtfinden konnten, horchte hoch auf, als sein ehemaliger Lehrgeselle Depe in Hannover ihn zum Mitgehen zu einer in der Ballhofstraße stattfindenden Tischlerversammlung veranlaßte, um einen Vortrag des Bevollmächtigten der Holzarbeitergewerkschaft, Ariete, anzuhören. In meinem Leben hatte ich noch nie eine Tischlerversammlung gesehen, und auch meine Mitausgelernten nicht, welche ebenfalls sich herbeiließen, solch wichtigen Moment nicht zu verpassen. Wie erstaunt waren wir über die eindrucksvollen Worte und die klaren Darlegungen dieses Mannes. Welcher von den zuhörenden Ausgelernten hätte da widerstehen können, einzutreten in die Holzarbeitergewerkschaft? Keiner! Klein war indes die Zahl der in der Gewerkschaft vereinigten Tischler immerhin noch, gemessen an den in Hannover Arbeitenden. Aber es war doch ein vielversprechender Anfang.

Trotz der erst kurz zuvor ins Leben getretenen Gewerbeordnung konnten die alten „amtierenden“ Alt- und Junggesellen, welche quartaliter die Krankentassenbeiträge für die alte Junftlade von den „Buden“ abholten, wobei der Junggeselle die Büchse zu tragen hatte, sich des Junftzopfes nicht entschlagen. Die Kaufereien in der Herberge um die Herrschaft bei der Wahl der Altgesellen feierte jedesmal aufs neue ihre Auferstehung mit obligater Prügelei und Sauferei.

In Hamburg-Altona lagen Ende der sechziger Jahre die Dinge nicht viel besser. Kollege Somann in Altona führte die Kasse für die Holzarbeitergewerkschaft. Im Verein mit dem Kollegen Prey und dem Präsidenten Theodor York, welcher im nahen Harburg seinen Wohnsitz hatte, brachte er von Zeit zu Zeit etwas Leben in die Bewegung. Doch ein eigentliches Vorwärts war kaum zu erblicken. Auch die in Hamburg in der Herberge (Breite Straße) vom Bevollmächtigten der Holzarbeitergewerkschaft, Oskar Leder, verwaltete alte Tischlerkasse — eine Personalunion nach zwei Fronten — vermochte die Bewegung nicht fondelnd vorwärtszubringen. Die Kriegsjahre 1870/71 ließen nur schwache Reste übrig. Nach Beendigung des Krieges 1871 begann wieder eine rege Tätigkeit für Zusammenschluß der Tischler. Kollege Heinrich Doose gründete mit mehreren Kollegen zusammen den „Tischlerverein“, welcher sich gut entwickelte.

Inzwischen war unter der Leitung des Kollegen Schweppendiek der „Allgemeine Tischler-(Schreiner-)Verein“ ins Leben getreten. Der kleine Stempel zur Entwertung der Beitragsmarken (A. T. S. V.) wurde vielfach zu Wizen ausgebeutet, so z. B. wurde ihm die Devise unterlegt: „Alle Tischler laufen viel.“ Es war aber nicht so böse gemeint. Der später an die Leitung der Zentralorganisation berufene Kollege Ferd. Weidemann in Hamburg, unstreitig eine begabte rednerische Kraft, trug kräftig zum Ausbau der Organisation bei. So bestanden zwei sich gegenseitig bekämpfende Organisationen.

Erst im Jahre 1876 kam es auf dem Kongress in Frankfurt a. M. zur Verschmelzung. Um den Namen der neuen Organisation wurde heftig gestritten, schließlich wurde die neue Organisation „Bund der Tischler und Berufsgenossen“ genannt. Außerdem wurde beschlossen, eine dem Hilfskassengesetz angepaßte Zentral-Kranken- und Sterbekasse zu gründen. Das Fazit des letzteren Beschlusses war die am 12. Dezember 1876 ins Leben getretene Zentral-Kranken- und Sterbekasse

des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen", die sich bis heute eines guten Zuspruchs erfreut, in Hamburg ihren Sitz hat und etwa 2½ Millionen Mark Vermögen besitzt. Der eigentliche Zusammenschluß der bestehenden beiden Zentralorganisationen fand erst im folgenden Jahre statt.

Zu jener Zeit standen uns keine Arbeiter-Tageszeitungen zur Verfügung, um durch diese für die Gewerkschaft die nötige Agitation zu betreiben. Wir benutzten daher unsere "freie Zeit" und zogen, bewaffnet mit einer Anzahl "Bund" über dem Arm, von Werkstatt zu Werkstatt, gaben den Kollegen je eine Nummer des Organs und luden noch mündlich zu den angeordneten Versammlungen ein. Waren Werkstätten in den Versammlungen nicht vertreten, konnten die Kollegen sicher sein, daß sie zur nächsten Versammlung "ganz dringend" brieflich eingeladen wurden. So fand im Vorort Elmshorn jede Woche eine Versammlung, umschlichtig eine Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung statt. Bei unseren Werkstattbesuchen kam es oft zu humoristischen Auseinandersetzungen mit den Meistern, doch das waren Ausnahmen, die Regel war ein recht böses Gesicht und im Wiederholungsfalle die Mitteilung: "Id mag datt nich hebben, datt se mien Gefellen steuert!"

So brachten wir es in Hamburg zu einer verhältnismäßig starken Mitgliedschaft. Doch sollte diese Freude nicht lange dauern. Das Sozialistengesetz kam und machte auch dem Tischlerbund ein gewaltsames Ende. In Hamburg hatten wir uns daran gewöhnt, neben dem laufenden Beitrag Extrabeiträge "für örtliche Zwecke" zu erheben. Kollege Heinrich Doose bewahrte diese Gelder auf, und er hatte sie unter meiner Mitwirkung in Altona bei einer Sparkasse hinterlegt. Es waren 800 Mk., für damalige Zeit eine recht große Summe. Da bei der Auflösung des "Bundes" alles Eigentum deselben der Polizei ausgeliefert werden sollte, was ja selbstverständlich nicht so freiwillig geschah, erwirkte sie auch unsere schönen 800 Mk. Kollege Doose war allzu ehrlich und ließ nicht zu, daß das Sparkassenbuch von einem anderen Kollegen "gesund" wurde. Schade, wir hätten das Geld zweckmäßiger verwendet. Auch zur Sicherung unserer roten seidenen Fahne, die etwa 1000 Mk. gekostet hatte, kamen wir zu spät, die Polizei hatte sie schon weggeschleppt.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes reklamierte ich die Fahne, aber nach dem noch in meinen Händen befindlichen Bescheid der Hamburger Polizei soll sie vernichtet sein. Die Moten auf dem Boden des Stadthauses werden das Vernichtungswort wohl besorgt haben.

Erst nach einigen Jahren, nachdem der allgemeine Schrecken des Sozialistengesetzes sich gelegt hatte, selbst der "kleine Belagerungszustand" den Kollegen nicht mehr imponierte, sammelten sie sich allmählich wieder zu einer lokalen Vereinigung im "Fachverein der Tischler Hamburg", welcher als Vorläufer der hiesigen Zahlstelle unseres jetzigen Verbandes gelten kann. Auf dem im Jahre 1883 nach Mainz berufenen Kongress, auf welchem der "Verband von Vereinen der Tischler und Berufsgenossen" gegründet wurde, war auch der Hamburger Fachverein vertreten. Delegierte waren der Kollege Heinrich Koenen und der Schreiber dieser Zeilen. Der Fachverein trat am 1. Mai 1884 dem neuen Verband bei.

Noch während der ersten Zeit des Anbelangungsgesetzes, als die Kollegen ohne jedwede Verbindung waren, auch die "Zentralkrankenkasse" kein Organ hatte, in welcher sie ihre Bekanntmachungen ergehen lassen konnte, wurde Bedacht genommen auf ein geistiges Band. Kollege Reinhard Meyer, der Hauptkassierer der Krankenkasse, unternahm die Gründung der "Neuen Tischler-Zeitung". Nachdem Kollege R. Meyer auf Grund des "Kleinen" aus Hamburg ausgewiesen und nach Amerika übergesiedelt war, übernahm Kollege Wilhelm Gramin aus Hannover, der zum Hauptkassierer der Krankenkasse gewählt worden war, auch die fernere Herausgabe der Zeitung. . . .

Zum Schluß sei noch an den Ursprung des Tischlerverbandes erinnert, aus dem unser Holzarbeiter-Verband zu hoher Blüte herangewachsen ist. Im Jahre 1883 tagte in Gera die Zentralkrankenkasse der Tischler. Kollege Karl Kloss nahm als Delegierter an der Generalversammlung teil. Die Stuttgarter Kollegen hatten kurz zuvor einen örtlichen für sie günstig verlaufenen Kampf durchgeföhrt, ebenso die Kölner Kollegen, doch hatten diese Kämpfe gelehrt, daß ohne Rückenstärkung durch andere Orte große Lohnkämpfe wenig aussichtsvoll sind. Nach Schluß einer Sitzung der Krankenkasse traten daher etwa ein Duzend Delegierte — ohne daß die Polizei eine Ahnung davon hatte — zu einer zwanglosen Besprechung zusammen. Kollege Kloss schilderte den Verlauf des Stuttgarter Kampfes und zog die Anwendung daraus. Auch andere Kollegen berichteten über ihre örtlichen Erfahrungen. Das Ergebnis war, daß Kollege Kloss beauftragt wurde, einen Statutenentwurf auszuarbeiten, diesen einer kleinen Kommission von drei Kollegen, zu welcher auch der Kollege Gramin und der Kollege Tiggas in Braunschweig gehörten, zur Begutachtung vorzulegen und alsdann die Einberufung eines Kongresses in die Wege zu leiten. Der Kongress fand statt und verlief in würdiger Weise unter der behelmteten Aufsicht der Mainzer Polizei. Die Gründung des Tischlerverbandes wurde perfekt. Später ist aus ihm der Holzarbeiter-Verband geworden, der sich seither, allen Gegenstürmen zum Trost, als ein festes Bollwerk aller Berufskollegen bewährt hat. Möge er weiter wirken zum Nutzen der deutschen Holzarbeiter. G. Blume.

Angenehme Erinnerungen.

Mit welchen Gefühlen und Eindrücken die älteren Kollegen, die schon an der Gewerkschaftsbewegung der vorsozialistengesetzlichen Zeit beteiligt waren, an die Jahre zurückdenken, in denen unsere Gewerkschaften neu entstanden, weiß ich nicht. Für mich hat der Gedanke an diese Zeit immer etwas reizend Romantisches. Das mag daher kommen, daß ich mich damals in den Junglingsjahren befand, in denen der Geist am lebhaftesten arbeitet, am leichtesten schwärmt und am ausnahmefähigsten ist. Die Kollegen, die schon eine längere Praxis im Organisationsleben hinter sich hatten, waren wohl schon abgeklärter und nüchterner. Wir jungen Nachse aber fürzten uns mit Begeisterung und Latendrang in die wiedererwachte gewerkschaftliche Bewegung. Wir erlebten manchen Verdruß und manche

Enttäuschung, aber nachdem wir uns einmal in die neue Welt, die uns die Organisation erschloß, hineingelegt hatten, schreckte uns kein Hindernis und kein Widerstand. Es werden denn auch recht angenehme Erinnerungen wach, wenn man sich heute zurückversetzt in die Geburtsjahre unserer neuen Gewerkschaftsverbände, die zugleich die Anfangsjahre unseres eigenen organisierten Wirkens waren. Es sind das ähnliche Erinnerungen, wie die an eine harte Kinderzeit. Je weiter man sich von ihr entfernt, desto interessanter erscheinen einem manche Einzelheiten. Vielleicht darf ich das Jubiläum des Holzarbeiter-Verbandes, das viele Erinnerungen wachruft, als Anlaß benutzen zu einigen knappen Mitteilungen über meinen Eintritt in die Arbeiterbewegung.

Auf dem Lande als Bauernbub aufgewachsen, wußte ich bis zur Beendigung meiner 3½-jährigen Drechslerlehrezeit von der Arbeiterbewegung nicht viel mehr, als daß die Sozialdemokraten teilen und die Fachvereine streiken wollten. Das schien mir zwar kein sehr hohes Ziel, aber in den Auseinandersetzungen mit meinen künstlerisch angehauchten Lehrgesellen, die wenig für die moderne Gewerkschaftsbewegung übrig hatten, trieb es mich doch immer wieder instinktiv, Partei für diese zu ergreifen. Als im November 1887, acht Tage nachdem ich Geselle geworden, in Kassel ein Drechslerfachverein gegründet wurde, war ich mit dabei. Dieser Verein pflegte zunächst nur die kollegiale Geselligkeit, schloß sich aber später, als ich Kassel schon verlassen hatte, der Vereinigung der Drechsler Deutschlands an. Hannover war meine erste Station in der Fremde. Als Geselle eines Innungsmesters mußte ich hier zunächst dem Gesellenauschuß angehören. Nachdem wir Innungsgesellen aber im Frühjahr 1888 einen Vortrag des Kollegen Legien über Zweck und Ziele des Zentralverbandes der Drechsler gehört hatten, ließen wir den Gesellenauschuß im Stich und schlossen uns dem Verband an. Bald darauf gelangte ich nach Hamburg, wo im Sommer 1888 die Drechsler streikten. Ich schaffte bei einem anarchisierenden Zwischenmeister auf Damenschirm-Horngriffe, spielte mit ihm in der benachbarten Kellerwirtschaft Billard und trank mit ihm Rummel aus einer Pulle. Dieser Meister glaubte, die gestellten Forderungen nicht formell bewilligen zu müssen, weil unsere Arbeitszeit im Wochenmaß die Forderungen nicht überschritt und unser Akkordverdienst den Lohnforderungen entsprach. Mein Disziplingefühl war noch nicht so ausgeprägt, daß ich die formelle Bewilligung gefordert hätte.

Ich kam aber in die richtige Schule, als ich, auf dem Umwege über London im Herbst in Köln landend, mit Paul Umbreit Freundschaft schloß, der von Kindheit an die Luft der freien Arbeiterbewegung eingeatmet hatte. Paul hatte bald ein zielbewusstes Verbandsmitglied aus mir, dem achtzehnjährigen gemacht und so gelegentlich mich auch in die geheimen Zusammenkünfte der Sozialdemokratischen Partei blicken lassen. Wir beide veräumten keine Versammlung der Kölner Zahlstelle der Deutschen Drechslervereinigung, beteiligten uns allmählich an den Debatten und fühlten, als wir 1889 in Elberfeld wieder zusammentrafen, bereits den Beruf in uns, große Versammlungen der Knochmacher zu veranstalten. Das war nicht ganz leicht, aber es gelang uns doch die Gründung einer Zahlstelle Elberfeld. Wir lehnten uns schon damals an die kräftigere Zahlstelle des Tischler-Verbandes an und fanden bei deren führenden Mitgliedern jede gewünschte Förderung. Für mich ergab sich dieser Anschluß von selbst aus meinem Zusammenarbeiten mit Tischlern in einer Möbelfabrik. In den folgenden Jahren, in denen ich in Mannheim in Möbelfabriken schaffte, wurde mein Verhältnis zu den Schreibern noch enger. Dies Verhältnis kam mir zustatten, als ich in meinem Uebereifer die Mannheimer Drechslerzahlstelle über Nacht von allen Schladern des Junstweßens befreien wollte und dabei mit der Mehrzahl der Kollegen in Konflikt geriet. Obgleich der Verbandsvorstand auf meine Seite trat, verhielt ich mich um des Friedens willen schließlich der Drechslerzahlstelle gegenüber reserviert, beschränkte mich auf die Zahlung der Beiträge, wurde zugleich Mitglied des Tischler-Verbandes und fand hier reiche Betätigungsgelegenheit. Die gleichzeitige Zusammenarbeit mit vielen Schreibern in der Partei, unter ihnen M. Kayser, brachte ein geradezu familiäres Verhältnis unter uns mit sich. Als die Kasseler Tagung herannahte, wurde ich, der Drechsler, von den Schreibern sowohl zum Tischlerverbandstag als zum Holzarbeiterkongress delegiert.

Die Osterwoche, die wir mit unseren Beratungen auf dem Bunten Bod ausfüllten, habe ich in angenehmer Erinnerung. Ich war ein überzeugter Verechter des Industrieverbandsgebankens. Mein Wahlbezirk stand hinter mir. Dem Buchdrucker-Verband hatte ich die Gauorganisation abgequakt und wollte sie sofort im Holzarbeiter-Verband eingeföhrt wissen. Der Kongress bereitete mir aber den Schmerz, unter Verzicht auf meine Begründung meinen Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung zu begraben. Mit besonderer Befriedigung denke ich an die Vorstandswahl zurück. Daß Kloss erster Vorsitzender und Bohne Hauptkassierer auch im erweiterten Verband blieben, war selbstverständlich. Eine starke Strömung unter den Schreibern wollte auch den zweiten Vorsitzenden des Tischler-Verbandes, Karl Widmann, mit demselben Amt im Holzarbeiter-Verband betrauen. Eine andere Strömung schlug Theodor Leipart, den bisherigen Vorsitzenden des Drechsler-Verbandes, als zweiten Vorsitzenden vor. Als von den Schreibern delegierter Drechsler glaubte ich, den Drechsler Leipart durch eine Rede empfehlen zu müssen, und als das Wahlergebnis 47 Stimmen für Leipart, 42 für Widmann brachte, bibete ich mir ein, zum Sieg Leiparts mein Teil beigetragen zu haben. Hervorgehoben zu werden verdient, daß Leipart vom Tage seiner Ueberfiedlung nach Stuttgart an das engste Freundschaftsverhältnis mit Widmann, der als Hilfsarbeiter im Verbandsbureau verblieb, verknüpfte. Den prächtigen Menschen Widmann mußte auch jeder leben, der ihm nähertrat. Auch ich habe, als ich im Herbst 1893 während einer politischen Untersuchungshaft Leiparts Aushilfsdienste im Verbandsbureau leistete, mit dem ideal veranlagten Widmann Freundschaft geschlossen, die erst dessen Tod im Jahre 1897 zerriß.

Dem Holzarbeiter-Verband und seinen Vorläufern habe ich viel zu danken. Ich wünsche ihm, daß er bald den letzten deutschen Holzarbeiter mit umfaßt. Wilhelm Reil.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. — Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2.